



Franz Meitinger:

Stadengemeinde im Internet

Der Bürgermeister von Mittelneufnach will mit der neuen Homepage Bürgern und Gästen die Vorzüge seiner Gemeinde darstellen. **Seite II-11**



Hans Zehetmair:

Kulturportal Bayern im Internet freigeschaltet

Angeregt durch den Kunstminister, hat der Freistaat die zentrale und übersichtliche Adresse www.kulturportal-bayern.de freigeschaltet. **Seite 2**



Graf Albrecht von Ingelheim:

Historische Bausubstanz erhalten

Unterfrankens Bezirkstagspräsident beglückwünschte Familie Bach aus Zeilitzheim zu ihrem Förderpreis der regionalen Kulturstiftung. **Seite 7**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 2. Oktober 2003

54. Jahrgang / Nummer 19

Landtagswahl 2003:

„Epochales Ergebnis“ für die CSU

Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag/SPD stürzt ab

Einen beispiellosen Triumph hat die CSU bei der Landtagswahl in Bayern gefeiert. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis verbesserte sich die Partei von Ministerpräsident Edmund Stoiber auf 60,7 Prozent und hat im Landtag künftig eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Damit hat sie ihr zweitbestes Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte erzielt. Ein Debakel erlebte die SPD mit 19,6 Prozent - ihr mit Abstand schlechtestes Ergebnis. Die Grünen verbesserten sich auf 7,7 Prozent. Die FDP verpasste mit 2,6 Prozent erneut den Sprung in den Münchner Landtag, ebenso die Freien Wähler mit 4 Prozent.

Somit kann sich Edmund Stoiber jetzt europaweit zu einem handverlesenen Kreis zählen: Nur in Serbien, Südtirol, Gibraltar und Monaco gelang Parteien bei freien Wahlen in jüngster Zeit ein Ergebnis in der Größenordnung wie das der CSU mit über 60 Prozent der Stimmen. Etwas mehr Zulauf als die CSU hatte in den vergangenen Jahren lediglich die Demokratische Opposition Serbiens, die im Jahr 2000 mit 64,1 Prozent der Stimmen gewählt wurde.

Die CSU erreichte insgesamt 124 Sitze, vier mehr als für die Zweidrittelmehrheit notwendig

sind. Die SPD bekam 41 Sitze, die Grünen 15. Die Wahlbeteiligung sank auf 57,3 Prozent gegenüber 69,8 Prozent vor fünf Jahren.

Alle Direktmandate

Erobert wurden alle 92 Direktmandate, wie aus den Ergebnissen in den einzelnen Stimmkreisen hervorgeht. Seinen Wahlkreis Bad Tölz-Wolfratshausen gewann Edmund Stoiber mit alles überragenden 73,5 Prozent der Erststimmen. Das entspricht 8,4 Prozentpunkten mehr als bei der letzten Landtagswahl 1998. Die meisten Stimmen errang die Christlich-Soziale Union im oberbayerischen Mühldorf am Inn mit 72,9 Prozent. Ihr Kandidat Marcel Huber erreichte 71,4 Prozent. Im schwäbischen Donau-Ries kann die CSU mit 72,2 Prozent aufwarten, ihr Spitzenkandidat Georg Schmid kam auf

73,2 Prozent. Den Wahlkreis Bamberg-Land eroberte schließlich Heinrich Rudrof mit 72,1 Prozent der Erststimmen.

Münchens bestes Ergebnis

Mit 48,7 Prozent der Stimmen erzielte die Münchner CSU ihr bislang bestes Ergebnis bei Landtagswahlen. Erstmals gelang es auch Monika Hohlmeier,

der neuen Bezirksvorsitzenden, ihren Stimmkreis München-Milbertshofen zu gewinnen - und zwar gegen SPD-Spitzenkandidat Franz Maget. Die Kultusministerin erhielt 42,6 Prozent der Stimmen, der SPD-Fraktionschef lediglich 39,9 Prozent.

Edmund Stoiber zeigte sich am Wahltag sehr erfreut über das „sensationelle und epochale Ergebnis“ seiner Partei. Dies sei ein Tag, der „weit über die nächsten Wochen und Monate und eventuell Jahre hinausreiche“. Die Wähler hätten der Partei einen „überragenden Vertrauensbeweis“ entgegengebracht. Das Ergebnis sei ein Ansporn, „mit der Verantwortung sehr sorgsam umzugehen“.

CSU-Generalsekretär Thomas Goppel wertete den Wahlausgang als „wahr gewordenen Traum“. Der CSU-Vorsitzende (Fortsetzung auf Seite 2)



„Ein Tag, der weit über die nächsten Wochen und Monate hinausreicht“ war für Dr. Edmund Stoiber der Tag der Landtagswahl in Bayern. Der Bayerische Ministerpräsident kann künftig mit Zwei-Drittel-Mehrheit regieren. Foto: GZ-Archiv

Theo Zellner fordert Zustimmung zum Soforthilfegesetz:

Die Landkreise nicht im Regen stehen lassen!

Pressekonferenz des Bayerischen Landkreistags in München

„Die Horrormeldungen zur kommunalen Finanzsituation sind hinreichend bekannt, danach gehandelt wird aber immer noch nicht“, erklärte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, auf einer Pressekonferenz in München. Ständig neue Belastungen und wiederholte Eingriffe in die kommunalen Einnahmen, verbunden mit dem gegenwärtig geringen Wirtschaftswachstum, hätten die Finanzhoheit der Kommunen ausgehöhlt und ihre Haushalte völlig überstrapaziert.

Alle politisch Verantwortlichen hätten erkannt, dass die Kommunen dringend stabile Einnahmen und eine Begrenzung der Ausgaben benötigen, betonte der Präsident. Die derzeit vorliegenden Pläne der

Bundesregierung zur Revitalisierung der Gewerbesteuer fänden allerdings selbst innerhalb der Regierungsparteien, aber auch seitens der Opposition und Interessensverbände keine Zustimmung. „Mir erscheint daher

eine rechtzeitige Einigung zwischen Regierung, Opposition, Bundesländern und Wirtschaft höchst zweifelhaft“, so Zellner.

Notprogramm

Er forderte deshalb die Abgeordneten des Deutschen Bundestags eindringlich auf, dem vom Bundesrat eingebrachten Soforthilfegesetz für die Gemeinden zuzustimmen. Dieser Gesetzesantrag zielt

darauf ab, die Kommunen bis zum Wirksamwerden der Gemeindefinanzreform im Rahmen eines Notprogramms durch die vorgesehene Senkung der Gewerbesteuerumlage und die Erhöhung der Beteiligung an der Umsatzsteuer finanziell zu entlasten. Nicht vergessen werden dürfe aber auch die sofortige Novellierung des Sozialgesetzbuches, um zu verhindern, dass sich das kommunale Defizit in Bayern ungebremst erhöht, bekräftigte Zellner.

Die Bayerische Staatsregierung befinde sich auf dem richtigen Weg, wenn sie eine zusammengelegte Arbeitslosen-

(Fortsetzung auf Seite 4)



OB Dr. Christoph Hammer.

Bürgermeisterwahlen:

Erfolgreiche CSU

Mit einer Überraschung ist die Oberbürgermeisterwahl im mittelfränkischen Dinkelsbühl zu Ende gegangen. Der 42-jährige Verwaltungsjurist Christoph Hammer von der CSU setzte sich mit 64,6 Prozent der Stimmen gegen den parteilosen Amtsinhaber Otto Sparrer durch. Sparrer, der 35,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, war als gemeinsamer Kandidat von SPD, Grünen und Freien Wählern angetreten.

Der Job des Dinkelsbühler Oberbürgermeisters ist kein sanftes Ruhekitzen. Das haben die beiden Vorgänger des jetzt neu gewählten Rathauschefs leidvoll erleben müssen. Dr. Jürgen Walchshöfer musste nach 12 Jahren den Rathaussessel räumen, verdrängt von Otto Sparrer, einem Verwaltungsbeamten, der bis dato in den neuen Bundesländern tätig und den Dinkelsbühlern gar nicht bekannt war. Der Mann der Freien Wähler fand offenbar aber nicht den richtigen Draht zu den Franken und stieß mit einigen personellen Entscheidungen auf den Widerstand der ehemaligen Reichsstädter. Am 21. September widerfuhr ihm das Schicksal seines Vorgängers. Die Abwahl fiel schmerzhaft aus. Gerade einmal 35 Prozent entfielen auf Sparrer. Der neue Mann im Dinkels-

bühler Rathaus ist ein gebürtiger Freisinger. Dr. Christoph Hammer kam als Student der Rechtswissenschaften nach Erlangen und war von 1993 bis 1996 Richter am Verwaltungsgericht Ansbach. In den letzten sechs Jahren war er Abteilungsleiter am Landratsamt Neustadt/Aisch-Bad Windsheim. Im Mai 2002 wechselte er nach seiner verlorenen Landratswahl in Neustadt an die Regierung von Mittelfranken.

In Litzendorf bei Bamberg ist CSU-Kandidat Möhrlein mit großer Mehrheit zum neuen Bürgermeister gewählt worden. Er errang 67,2 Prozent der Stimmen und tritt damit die Nachfolge des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Amtsinhabers Konrad/SPD an. Die Beteiligung betrug 74,4 Prozent.

In der 2.100 Einwohner zäh-

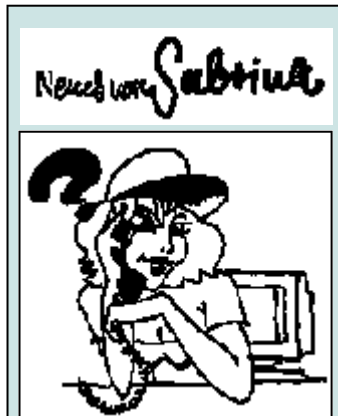
lenden Stadt Rieneck/Lk. Main-Spessart wurde der 53-jährige Forstamtsangestellte Waldemar Horn von den Freien Bürgern zum neuen Bürgermeister bestimmt. Der bisherige Vize bekam 63,9 Prozent der Stimmen und gewann damit deutlich vor der 45-jährigen Gegenkandidatin Edith Reuter vom Bürger-Forum (36,1). Die Beteiligung lag hoch bei 80,8 Prozent.

Der Verwaltungsbeamte Josef Schweinberger ist zum neuen Bürgermeister von Buchloe gewählt worden. Der 46-Jährige, der als parteiloser Kandidat für die CSU antrat, erreichte 59,4 Prozent der Stimmen.

Nach der ersten Runde der Bürgermeisterwahl in Garchinga. Alz, im Landkreis Altötting, müssen zwei Bewerber in die Stichwahl. Der parteilose Amtsinhaber Wolfgang Reichenwallner, der die absolute Mehrheit mit 47,6 Prozent nur knapp verfehlte, tritt dann gegen den SPD-Kandidaten Christian Mende an. Dieser hatte 26,4 Prozent der Stimmen erhalten. Die Beteiligung lag bei 67,4 Prozent. **DK/wefa**



Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistags.



„Tradition bedeutet Weitergabe des Feuers - nicht Anbetung der Asche.“ Mit diesem Zitat Gustav Mahlers begründet die Vorzimmerperle unseres Bürgermeisters dessen Einsatz für die örtlichen Freiwilligen Feuerwehren, die die intriganten Emporkömmlinge Klein und Bacher ihrer Eitelkeit opfern wollten. **Seite 7**

Sie lesen in dieser Ausgabe

CSU will ihre Macht verantwortungsbewusst nutzen	Seite 2
Kulturportal Bayern im Internet freigeschaltet	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Kinder- und Jugendhilfe auf dem Prüfstand	3
Furchterregende Informationsmängel	3
GZ-Fachthema: Kommunale Baupolitik	4 - 6
Aus den bayerischen Kommunen	6 - 8
GZ-Dokumentation: Zukunftswerkstatt „Die virtuelle Behörde“ EDV für Bayerns Kommunalverwaltungen	II/1 - II/12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Nach der Landtagswahl:

Die CSU will ihre große Macht verantwortungsbewusst nutzen

Konstituierende Sitzung am 6. Oktober
Fraktionen treffen personelle und sachliche Vorbereitungen

Die Wahlschlacht ist geschlagen, die Signale nach Berlin sind gesetzt und im Maximilianeum sind die drei Fraktionen dabei, die personellen Voraussetzungen für die Legislaturperiode bis 2008 zu schaffen. Unverändert bestimmen nur CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Politik, allerdings in anderer Gewichtung. An den großen Sachkomplexen und Frontstellungen wird sich nach den ersten Erklärungen aller drei Parteien nichts ändern. Die kommende, vierte Regierung Stoiber bleibt bestrebt, Bayern bei Wirtschaft und Arbeit, Familie und Schule, Landwirtschaft und Umwelt, verbunden mit Bürokratieabbau, weiter zum Beispiel für Rot-Grün zu machen. Die Opposition will bei aller Kontroverse zur CSU und Treue zu ihrer Bundesregierung die bayerische Eigenständigkeit betonen.

Die vom ausgeschiedenen Landtagspräsidenten Johann Böhm mit auf den Weg gegebene Mahnung, den Landtag nicht zum Ersatz-Bundestag werden zu lassen, soll befolgt werden, versichern alle, verweisen jedoch auf die Verzahnung von Landes- und Bundespolitik. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, der in der zweiten Landtagssitzung am 7. Oktober zum vierten Mal in das Amt gewählt werden wird, und CSU-Fraktionsvorsitzender Alois Glück betonten, sie werden mit der nunmehrigen Zwei-Drittel-Mehrheit ihrer Partei „sorgfältig und sehr verantwortungsbewusst“ umgehen.

CSU beansprucht nur einen Vizepräsidenten

Die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition hatte die letzte Wahlkampfphase unter das Motto gestellt, „Macht braucht Kontrolle“ und von einer Zwei-Drittel-Mehrheit (die es bisher weder in Bayern noch der übrigen Bundesrepublik gab). „Schaden für die Demokratie“ befürchtet. Als ersten Gegenbeweis hat Glück angekündigt, die CSU werde nicht, wie mit ihren 124 Abgeordneten möglich, beide Vizepräsidenten beanspruchen, sondern einen wieder der SPD überlassen. Dass es der zweite statt des ersten „Vize“ sein wird, ist in der parlamentarischen Praxis unerheblich.

Weichenstellungen

Die personellen und organisatorischen Weichenstellungen für Landtag und Staatsregierung werden in den Fraktionen und

zwischen ihnen bis zum 6. Oktober ausgehandelt. Die CSU war zwar vier Tage nach der Wahl die erste Fraktion die im Hohen Haus zusammentrat, trifft ihre Entscheidungen aber erst am Tag der konstituierenden Sitzung. Wobei die Nominierung Stoibers für das höchste Staatsamt sicherlich nur noch Formsache ist. Alles andere wird in dieser Woche intern ausgehandelt. Zur Spekulation, der bisherige Staatskanzleiminister Erwin Huber könnte neuer Fraktionsvorsitzender werden, sagte Glück, der von Insidern als künftiger Landtagspräsident betrachtet wird, „es steht 50:50“.

Abstimmung in der Fraktion

Entsprechend verhielt sich der Ministerpräsident zu Fragen nach dem künftigen Kabinett. Er werde im Einvernehmen mit der Fraktion - deren Bedeutung er ausdrücklich hervorhob - zur gegebenen Zeit entscheiden. In der Fülle der auch von Abgeordneten angestellten Spekulationen ist eine Neubesetzung sicher: Der aus dem Landtag ausgeschiedene Wissenschaftsminister Hans Zehetmair braucht einen Nachfolger.

Stoiber will mehr Junge und mehr Frauen

Der von der SPD angekündigte Antrag, die Staatsregierung von 17 auf 11 Köpfe zu verkleinern, ist von Glück bereits abgelehnt worden. Zu seinem vierten Kabinett hat der Ministerpräsident bislang nur angemerkt, eine Verjüngung sei angebracht, eine Verweiblichung gut denkbar. Bei allen Neu- und Umbesetzungen

in Regierung und Fraktion spielt erklärtermaßen der regionale Proporz eine beträchtliche Rolle. Würde Huber Fraktionschef erhöhen die Niederbayern Anspruch auf seine Nachfolge im Kabinett. Abgeordnete aus anderen Bezirken hielten entgegen, Stoiber habe selber gesagt, der Fraktionsvorsitzende sei bedeutungsmäßig zwischen dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern einzuordnen.

Veränderung in den Ausschüssen

Auch wenn die CSU ihre große Mehrheit nicht ausnutzen will, wird sie doch bei den Ausschussvorsitzenden davon Gebrauch machen. Vorausgesetzt es bleibt bei den 13 Ausschüssen steht der SPD mit 41 statt 67 Abgeordneten nur mehr ein Vorsitz statt dreien zu. Einen muss sie an die CSU, den anderen an die auf 15 (nach 13) Sitze erstarkten Grünen abgeben. Sie hatten im alten Landtag lediglich eine Vorsitzenden-Stellvertreterin.

Wichtiger Kommunalausschuss

Für die CSU-interne Konkurrenz um den Vorsitz in den Facharbeitskreisen und damit in den dazu passenden Landtagsausschüssen steht der Ausschuss für

Kommunale Fragen und Innere Sicherheit. Der langjährige Vorsitzende Dr. Herbert Kempfler (Eggenfelden) ist aus dem Parlament ausgeschieden. Um seine Nachfolge bewerben sich die Abgeordneten Herbert Eitengruber (Straubing) und Franz Meyer (Passau); eine rein niederbayerische Angelegenheit also.

SPD sucht Spitzenkräfte

Die Oppositionsfraktionen, die diese Woche tagen, tun sich nach vorliegenden Äußerungen mit ihren wenigen Vorsitzenden- und Stellvertreter-Positionen kaum leichter. Was die Führung anlangt, hatte die SPD kein Problem, Franz Maget wiederzuwählen. Er wurde nach dem Rücktritt des Parteivorsitzenden Wolfgang Hoderlein auch für dieses Amt genannt, wehrt sich jedoch dagegen. In ihrer schwierigen Lage brauche die Bayern-SPD eine Doppelspitze, fordert er. Die Entscheidung fällt auf einem Parteitag voraussichtlich im November. Dann muss auch ein neuer Generalsekretär, bzw. eine Generalsekretärin gefunden werden, nachdem Susann Biedefeld ihren Rücktritt zum Parteitag angekündigt hat.

Führungstrio bei der „Premium-Opposition“

Am vergleichsweise leichtesten tun sich die Grünen. Sie sehen sich nach ihrem relativen Erfolg bei der Wahl als die „Premium Opposition“ des Landtags. Die Probleme wollen die als „Führungstrio“ apostrophierten Abgeordneten Christine Stahl, Margarete Bause und Dr. Sepp Dürr einvernehmlich anpacken. **rm**

„Epochales Ergebnis“ für die ..

(Fortsetzung von Seite 1)

Edmund Stoiber sei der „Stabführer für den Erfolg“ gewesen. Die CSU könne nun weiter verantwortungsbewusst Politik machen. Die Bundespolitik war nach Ansicht Goppels entscheidend für den deutlichen Wahlsieg seiner Partei bei der Landtagswahl in Bayern. „Im Gefühl der Bürger waren die bundespolitischen Themen sicherlich vorne“, sagte Goppel. Im Vordergrund des Wahlkampfes hätten die „Berliner Misslichkeiten“ gestanden. „Es ist ein deutlicher Auftrag, in Berlin endlich für Ordnung zu sorgen und dabei die bayerische Stimme zu erheben“, so der Generalsekretär.

Wahlversprechen gehalten

Die Analysen der Landtagswahl vom 21. September nennen mehrere Gründe für den sensationellen Wahlerfolg der CSU. So ist die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung mit der Arbeit der Staatsregierung zufrieden (65 Prozent laut Forschungsgruppe Wahlen) und sieht den Freistaat gut auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet (73 Prozent). In der gleichen Umfrage zeigten sich übrigens nur 18 Prozent der Bayern mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. Neben der Kompetenz war auch das Vertrauen in die Christlich-Soziale Union ein bedeutender Faktor für das historische Ergebnis. Die CSU hat schließlich ihre Wahlversprechen von 1998 eingehalten und unter anderem 5.300 neue Lehrer eingestellt und 1,3 Milliarden Euro Staatsverschuldung abgebaut.

Volkspartei

Eine Analyse von Infratest dimap belegt, dass sich die CSU zu recht „Volkspartei“ nennen darf: Der Zuspruch für die Partei von Ministerpräsident Edmund Stoiber ist in allen Bevölke-

rungsgruppen gestiegen. So wählten 62 Prozent der Arbeiter (plus 16 Prozent) und 50 Prozent der Arbeitslosen (plus 14 Prozent) diesmal CSU.

Zugewinne bei den Jungwählern

Besonders erfreulich sind die großen Zugewinne bei den Jung- und Erstwählern. Beispielsweise wuchs der Zuspruch bei Frauen unter 30 Jahren um 16 Punkte und bei den Erstwählern machten sogar 62 Prozent ihr Kreuz auf der Liste 1 (Infratest dimap). Wie gefestigt der Zuspruch für CSU in der bayerischen Bevölkerung ist, zeigt diese Umfrage: Auf die Frage, welche Partei am besten zu Bayern passe, antworteten 90 Prozent mit „CSU“. Der Bekanntheitsgrad von Edmund Stoiber lag übrigens bei 100 Pro-

Kulturportal Bayern im Internet freigeschaltet

Adresse für Kulturinteressierte: www.kulturportal-bayern.de

Die Kultur in Bayern hat eine zentrale und übersichtliche Adresse im Internet erhalten. Angeregt wurde sie vom Kulturausschuss des Bayerischen Städtetags. Kunstminister Hans Zehetmair, der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer, und der Vorsitzende des Kulturausschusses des Bayerischen Städtetags, Erlangens Kulturdezernent Dr. Dieter Rossmeissl, haben Ende Juni das „Kulturportal Bayern“ freigeschaltet.

Das neue Internetportal soll ein zentraler Ausgangspunkt sein, um die bayerische Kulturlandschaft von zu Hause aus zu entdecken und kennen zu lernen. Zehetmair: „Ziel der Internetplattform ist, die Menschen zu ermuntern, am kulturellen Leben in allen Teilen des Freistaates teilzunehmen.“ Für Josef Deimer bietet das Kulturportal die Chance, die vielfältigen kulturellen Leistungen den Bürgerinnen und Bürgern so zu vermitteln, wie es nur das Internet kann.

Zwei virtuelle Bauherren

Dieter Rossmeissl betonte, dass das Kulturportal durch die Kooperation von Staat und Kommunen bildlich gesprochen zwei „Bauherren“ habe. Städte, Gemeinden und Landkreise haben bis jetzt schon über 3.000 Daten für das Kulturportal Bayern erhoben. Die gute Zusammenarbeit zwischen Staat und Kommunen bietet Gewähr für eine erfolgreiche Kulturpolitik. Deshalb appelliert der Vorstand des Städtetags an die Verbandsmitglieder, sich am Kulturportal aktiv zu beteiligen. Das Kulturportal bietet vielfältige Informa-

tionen. Der Nutzer hat die Möglichkeit, die Welt der Bildenden Kunst, Theater und Tanz, Literatur, Musik, Film und Medien, Museen, Baukunst und Denkmäler, Heimatpflege und Brauchtum, Interkulturelles oder die kulturelle Szene per Mausklick zu erkunden.

Weiterführende Links

Ein Highlight sind die zahlreichen weiterführenden Links. Sie bieten durch ihre strukturierte Aufbereitung eine zielgerichtete Hilfe, um sich im Kulturangebot Bayerns zurecht zu finden.

Dynamische Datenbank

Kernstück des Internetauftritts ist eine dynamische Datenbank mit Informationen zu Orten und Einrichtungen in allen Landesteilen, Städten und Gemeinden, in denen Kultur angeboten und gelebt wird. Qualität, Vollständigkeit und Aktualität zu gewährleisten, ist das zentrale Anliegen dieser Datenbank. Ein umfangreiches Unterfangen angesichts der rund 1.200 Museen und über 100 Theater, der Fülle von Bau- und Kunstdenkmälern, von Gemeindezentren und Einrichtungen der Stadtteilkulturarbeit bis hin zu Bibliotheken, Kunst- und Laienmusikvereinen. Aufgebaut haben das Portal die Dozenten und Studenten des Studiengangs „Multimedia & Kommunikation“ der Fachhochschule Ansbach.

Erfreuliche Zusammenarbeit

Alle Beteiligten sind sich darin einig, dass das Kulturportal ein erfreuliches Beispiel für eine gute und gelungene Zusammenarbeit zwischen Staat und Kommunen ist. Der Staat stellt eine inhaltlich und technologisch ansprechende Infrastruktur zur Verfügung. Die Kommunen beteiligen sich, indem sie ihre Kulturinstitutionen an zentraler Stelle präsentieren und die Datenbank füllen. Schon die Startphase zeigte, dass das Kulturportal auf große Resonanz bei den Städten und Gemeinden stößt. **DK**

Wahlen zu den sieben bayerischen Bezirkstagen:

Auch hier heißt der Sieger CSU

Auch bei den bayerischen Bezirkswahlen ist die CSU der große Gewinner und die SPD der eindeutige Verlierer. Künftig stellt die CSU in fünf Bezirkstagen die absolute Mehrheit, in den Kommunalparlamenten von Niederbayern und Schwaben sogar, wie im Landtag, eine Zweidrittelmehrheit.

Auch künftig kommen auf Grund der Mehrheitsverhältnisse alle sieben Bezirkstagspräsidenten aus der CSU. Allerdings gibt es in drei Bezirken einen Wechsel an der Spitze. Nach 13 Jahren hört Bezirkschef Gerd Lohwasser in Mittelfranken auf, 21 Jahre stand Edgar Sitzmann aus Oberfranken dem dortigen Bezirk vor. Unübertroffen ist freilich die 29-jährige Amtszeit des scheidenden „Schwabenherzogs“ Georg Sinnacher, für den auch an der Spitze des Verbandes der Bayerischen Bezirke ein Nachfolger gefunden werden muss.

In Niederbayern zieht die CSU mit zwölf der insgesamt 18 Mandate in den neuen Bezirkstag ein. Die SPD stellt nur noch drei Bezirksräte, die Grünen entsenden ebenso wie Freie Wähler (FW) und ÖDP einen Vertreter. In Schwaben gewann die CSU exakt zehn Prozent hinzu und stellt künftig 18 der 26 Vertreter in dem Kom-

munalparlament. Die SPD muss sich künftig mit vier Bezirksräten begnügen, je zwei Vertreter schicken Grüne und FW in das Gremium. Im 17-köpfigen Oberpfälzer Bezirkstag stellt die CSU künftig mit elf Vertretern fast doppelt so viele Bezirksräte wie SPD, Grüne und FW zusammen. In Unterfranken stellt die CSU künftig 13 Vertreter in dem insgesamt 20-köpfigen Kommunalparlament. Die SPD hat im Bezirkstag nur noch vier Mandate, die FW schicken zwei Bezirksräte, die Grünen entsenden einen Vertreter.

Von 25 Sitzen stellt die CSU künftig 15 im Bezirkstag von Mittelfranken. Die SPD entsendet sieben Vertreter, die Grünen stellen zwei Bezirksräte, die Freien Wähler einen. Im Bezirkstag von Oberfranken sitzen künftig zehn CSU-Bezirksräte, fünf SPD-Vertreter, ein Grünen- und ein FW-Vertreter. Auch in Oberbayern legte die CSU deutlich zu: Sie hat jetzt 34 Sitze inne, während sich die SPD mit elf Sitzen begnügen muss. Die Grünen legten deutlich zu und stellen in dem Kommunalparlament künftig sechs Kreisräte, je zwei Sitze eroberten FW und FDP. Je einen Vertreter stellen die ÖDP und die rechtsextremen Republikaner. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Kurt Hamburger
91080 Spardorf
am 9. 10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Gschwentner
84533 Markt
am 14. 10.

Bürgermeister Hans-Peter Koch
87463 Dietmannsried
am 18. 10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reiner Hoffmann
96149 Breitengübbach
am 6. 10.

Bürgermeisterin Rita Röhl
94244 Teisnach
am 9. 10.

Bürgermeister Konrad Welz
86946 Vilgertshofen
am 9. 10.

Bürgermeister Josef Wengbauer
84561 Mehring
am 10. 10.

Bürgermeister Friedrich Wieth
91583 Schillingfurst
am 10. 10.

Bürgermeister Karl Ernhofer
85129 Oberdolling
am 17. 10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Stegmair
85411 Hohenkammer
am 17. 10.

Bürgermeister Wilhelm Lehmann
82269 Geltendorf
am 18. 10.

Bürgermeister Thomas Schiebel
97737 Gemünden a. Main
am 19. 10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrat Harald Kühn
82467 Gramisch-Partenkirchen
am 9. 10.

Bürgermeister Josef Niedermaier
83646 Bad Tölz
am 14. 10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Jauerning
89312 Günzburg
am 18. 10.

Kommunale Informationstechnik:

Furchterregende Sicherheitsmängel

BKPV zieht Resümee über mehrjährige Prüfungen eGovernment-Vereinbarung der Spitzenverbände mit der Staatskanzlei Firewall-Systeme unter der Lupe

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) hat eine bedenkliche „Vielfalt von Sicherheitsmängeln“ bei der Nutzung von Internettechnik und -Diensten durch Kommunen ermittelt. Das gilt für Ausfälle, Datenverluste, auch gegenüber böswilligen oder allzu neugierigen Mitarbeitern. Alle IT-Entscheider und -Verantwortlichen vor Ort sollten sich endlich dafür sensibilisieren, dass ein ohne ein Firewallsystem ungesicherter Anschluss des lokalen Netzes an das Internet oder an andere unsichere Weitverkehrsnetze unzulässig ist.

Hierbei wird im BKPV-Geschäftsbericht 2002 durch die beiden Verbandsexperten Herbert Gruschka und Andreas Schneider auf das Strafrecht, auf Datenschutz, Kassensicherheit und Verfügbarkeit verwiesen. Angesichts des großen Nutzens, den das Internet und seine verfügbaren Dienste bieten,

werde allzu oft vernachlässigt, dass im Internet viele Gefahren lauern. „Besonders beunruhigend ist es aber, wenn lokale Verwaltungsnetze ungeschützt mit dem Internet und so mit der ganzen Welt verbunden sind.

Die häufigen Meldungen in Fach- und Boulevardpresse über weltweite Systemausfälle

durch Viren, Würmer oder Hackerangriffe machen es dringend notwendig, sich mit den Gefahren auseinander zu setzen, die beim Anschluss lokaler Netze an das Internet entstehen und die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu besprechen“.

ABC der Firewall-Systeme

Der BKPV scheut sich nicht, das ABC von Firewall-Systemen offen zu legen, auch Vor- und Nachteile der bekanntesten Systeme abzuklopfen. Die Sicherung lokaler Netze durch eine Firewall setze eine klare Strategie - Sicherheitsziele und -konzepte - sowie die gewissenhafte Umsetzung dieser Vorgaben durch organisatorische und technische Maßnahmen voraus. Das sei kein einmaliger Vor-

gang sondern eine Daueraufgabe. Aufbau und Betrieb einer Firewall erforderten ein Fachwissen, das in der Regel erst ab einer gewissen Größenordnung wirtschaftlich vorgehalten werden könne.

Abgesicherte Teilnetze

Zu den für den Prüfungsverband unerlässlichen Vorgaben zählen weiter: Eine Firewall muss nicht immer am Standort selbst stehen, kann auch zentral für mehrere Standorte vorgehalten werden, wenn die Übertragungsstrecken vom Standort bis zur Firewall ausreichend sicher sind; Maschinen, die von außen erreichbar sein müssen, da sie Internet-Dienste anbieten, gehören stets in ein besonders abgesichertes Teilnetz und sollten nicht direkt mit dem lokalen Netz verbunden sein. Auch bei einem Anschluss an das Bayerische Behördennetz (BYBN) hat jede Stelle für ihren Verantwortungsbereich sicherzustellen, dass ihre Daten und Programme nicht von Unbefugten eingesehen, verändert oder gelöscht werden können. Für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorschriften zur IT-Sicherheit ist jede Stelle selbst verantwortlich.

Eine Mängelliste

Die vom BKPV jetzt erstmals veröffentlichten Details sind ein Resümee der Prüfungserkenntnisse nach Untersuchungen des ordnungsgemäßen und sicheren Einsatzes der Hard- und Software. Es mündet ein in „schwerwiegende Feststellungen“ quasi in eine Mängelliste, die u.a. herausstellt als gravierendste Beispiele

- ≠ der Internetzugang des lokalen Verwaltungsnetzes ist ohne jegliche Schutzmaßnahme
- ≠ es erfolgt keinerlei Protokollierung sicherheitsrelevanter Zugriffe
- ≠ es gibt keine Beschränkung und Differenzierung von Benutzerrechten in finanzwirksamen Anwendungsverfahren
- ≠ es gibt keine Kontrolle von Internetdiensten wie Download

ches (IT-GSHB) des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) empfohlen. Es sei eine gute Informationsquelle und praxisorientierte Anleitung. Die gespeicherten Daten hätten zudem einen unterschiedlich hohen Schutzbedarf. Die in finanzwirksamen Verfahren gespeicherten Daten wiesen in der Regel einen mittleren Schutzbe-

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

aller Dateien oder pornographischen WEB-Seiten

- ≠ es fehlen Virenschutz oder funktionsfähige Datensicherungen.

Durch die Verbindung eines lokalen nichtöffentlichen Netzes (LAN) mit einem öffentlichen, auf der ganzen Welt verfügbaren Netzes (WAN) sind, so die beiden Autoren, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der gespeicherten Daten gefährdet, ebenso deren Verfügbarkeit. Das alles könne das Ansehen der Verwaltung, der kommunalen Gebietskörperschaft und ihren Einrichtungen schaden.

Skala des Schutzbedarfes

Deshalb wird das Studium des IT-Grundschutz-Handbu-

darf aus. Einen hohen Schutzbedarf hätten die in Personalinformationssystemen oder Sozialhilfeverfahren gespeicherten personenbezogenen Daten.

Die in Klinik-Informationssystemen gespeicherten personenbezogenen Daten der Patienten, insbesondere deren Diagnose- und Behandlungsdaten bedingen einen sehr hohen Schutzbedarf. Dabei reichten sogar die Standards nach dem genannten IT-GSHB-Ratgeber bei hohem oder sehr hohem Schutzbedarf nicht aus. Hier seien ergänzende Sicherheitsanalysen vonnöten.

Minimale Zugriffsrechte

Nachdem die Experten des Prüfungsverbandes sich veran-

(Fortsetzung auf Seite 4)

GZ Kolumne Gerhard Weber

*Liebe Leserinnen
und Leser!*

Im gesamten Bundesgebiet ist der Anstieg der Jugendhilfeausgaben alarmierend. Seit 1992 hat sich die Kostenspirale von 14,3 Mrd EUR auf rund 19,2 Mrd EUR in 2001 hochgeschraubt. Dies bedeutet eine Kostensteigerung um über 34 % innerhalb von 10 Jahren! Allein in Bayern sind die Bruttoausgaben seit 1991 von rund 0,8 Mrd EUR auf rund 1,5 Mrd EUR im Jahr 2001 gestiegen. Nach einer aktuellen Mitteilung des statistischen Bundesamtes ist zwischen 2000 und 2001 wiederum ein starker Anstieg (4 %) bei den Ju-



Behinderung Leistungen erhalten;
≠ Einschränkung des Leistungsrahmens für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) auf die Fälle, in denen eine Jugendhilfemaßnahme vor Volljährigkeit begonnen worden ist, d.h. keine neuen Hilfen für 18- bis 27-jährige!

≠ Praxisgerechtere Ausgestaltung der Regelungen des Datenschutzes;

≠ Optimierung der Jugendhilfeplanung;

≠ Rückholung von Länderkompetenzen bei der Aufsicht über Kindertagesstätten;

≠ Vereinfachung des komplizierten Verwaltungsaufwändigen Regelwerkes über die örtliche Zuständigkeit;

≠ die Einführung eines Landesrechtsvorbehalts für die Erhebung von Gebühren und

≠ Betonung der vorrangigen elterlichen Erziehungsverantwortung, durch Anrechnung des Kindergeldes auf Jugendhilfeleistungen.

Der Gesetzesentwurf der Bayerischen Staatsregierung hat erfreulicherweise mittlerweile erfolgreich den Bundesrat passiert und wurde dank der Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf den parlamentarischen Weg gebracht. Mit den Ausschussberatungen im Deutschen Bundestag kann Anfang Oktober gerechnet werden.

Darüber hinaus hat auf Bitte der kommunalen Spitzenverbände die Bayerische Staatsregierung aktuell ergänzende Vorschläge zur Reform des SGB VIII im Bundesrat nachgeschoben. Anlass ist der von der Bundesregierung - aus bayerischer Sicht nicht akzeptable - Entwurf zur Reform des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), künftig SGB XII. Der Bundesrat wird sich im Wesentlichen u.a. mit den folgenden Forderungen auseinandersetzen:

≠ Stärkere Kostenheranziehung von Eltern, Lebenspartnern und jungen Volljährigen;

≠ Kostenbeteiligung der Eltern bei ambulant-therapeutischen Maßnahmen der Jugendhilfe zum Beispiel Trennungs- und Scheidungsberatung, Erziehungsberatung, Legasthenietherapie.

Damit soll eine breite Debatte darüber eröffnet werden, dass die Kommunen qualifizierte, therapeutische Jugendhilfeleistungen nicht weiter „zum Nulltarif“ anbieten können. Es bleibt zu hoffen, dass auch bei den Ergänzungsvorschlägen die Länder an einem Strang ziehen und damit „Rot-Grün“ das unmissverständliche Signal geben, dass die Kommunen als tragende Säule der Kinder- und Jugendhilfe ihre Steuerungs- und Handlungsfähigkeit unbedingt zurückgewinnen müssen.

Gerhard Weber

Kinder- und Jugendhilfe auf dem Prüfstand

gendhilfeausgaben, nämlich um 746 Mio EUR, festzustellen. Ein Drittel des Gesamtausgabenanstiegs ist auf Kostenzuwächse bei den öffentlichen Ausgaben für Hilfen zur Erziehung und für junge Volljährige zurückzuführen. Weiterhin spielen innerhalb des breit gefächerten Hilfespektrums die Kosten für die Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte nach § 35 a SGB VIII eine zentrale Rolle. In den alten Ländern ist ein Anstieg von 14,4 % zu verzeichnen; in den neuen Ländern sind die Ausgaben hierfür sogar kaputtartig um 30 % angestiegen!

Dies sind enorme Belastungen für die Kommunen. Eine noch höhere kommunale Verschuldung und weitere ungedeckte Schecks auf die Zukunft unserer jungen Menschen sind nicht die Lösung! Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern haben deshalb mit der Bayerischen Staatsregierung - federführend dem Bayerischen Sozialministerium - ein umfassendes Reformpaket zur Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) geschnürt.

Mit dem Gesetzesentwurf wird durch kostendämpfende Effekte die Nachhaltigkeit in der Jugendhilfe gesichert. Insbesondere wird bei einigen Leistungen, insbesondere im Bereich der Leistungen für seelisch behinderte junge Menschen, eine ziel- und zweckgerichtete Leistungsgewährung ermöglicht und dadurch eine weitere Belastung der Kommunen vermieden oder zumindest deutlich eingedämmt. Außerdem werden bürokratische Hemmnisse weiter abgebaut, Länderkompetenzen gestärkt bzw. zurückgeholt sowie durch Deregulierungsmaßnahmen der Vollzug optimiert.

Eckpunkte des Reformpaketes sind im Einzelnen:

≠ Begrenzung der „ausufernden“ Eingliederungshilfe (§ 35 a SGB VIII); künftig sollen nur noch junge Menschen mit einer wesentlichen

von 24 Stunden. Außerdem müssten die bisher im Arbeitszeitgesetz enthaltenen Regelungen über die tägliche Höchstarbeitszeit entfallen; auch dürfe die Gestaltung der täglichen Arbeitszeit nicht von Vereinbarungen mit den Arbeitnehmern abhängig gemacht werden. Weitere Regelungen seien den Tarifvertragsparteien oder Betriebsvereinbarungen zu überlassen.

Behördenreform

Unter dem Gesichtspunkt einer bürgernahen Einheit der Verwaltung auf der unteren Ebene erscheine eine weitere Behördenreform geboten. Die Eingliederung der Gesundheitsämter und Veterinärämter sowie die Übertragung von verwaltungszusammenfassenden Aufgabenbereichen der Wasserversorgungsämter auf die Landratsämter hätten sich bewährt. Ein einheitlicher dreistufiger Verwaltungsaufbau würde laut Zellner sowohl die notwendige Zentralisierung als auch jede mögliche Dezentralisierung berücksichtigen und eine sachgerechte, bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung sicherstellen.

Der Bayerische Landkreistag wird zusammen mit den Landkreisen in den kommenden Monaten eingehend untersuchen, welche Aufgabenbereiche bzw. welche Sonderbehörden sich für eine Übertragung auf die Kreisverwaltungsbehörden eignen. Gleichzeitig soll geprüft werden, welche staatliche Aufgaben mit dem Ziel einer Entbürokratisierung gleich ganz oder teilweise abgeschafft werden könnten.

Erfolgreiche, teure R 6

Als voller Erfolg habe sich die vom Bayerischen Landkreistag unterstützte Einführung der sechszügigen Realschule erwiesen, sagte Zellner. Die mit der Einführung der R 6 auf die Landkreise zugekommenen und noch zu erwartenden Mehrkosten seien jedoch in einem Maße explodiert, wie es von den Landkreisen als Sachaufwandsträgern einfach nicht mehr verkraftet werden kann. Während der Freistaat Bayern noch vor vier Jahren von einer zusätzlichen Kostenbelastung für die Schulaufwandsträger in Höhe von rund 85 Mio. DM ausgegangen sei, habe eine Umfrage des Bayerischen Landkreistages bei den Landkreisen ergeben, dass allein die durch die R 6 bedingten Mehrkosten für Baumaßnahmen sich bei den Landkreisen auf mehr als 290 Mio. Euro belaufen. Hinzu kämen ein Mehraufwand für laufende Ausgaben und

Der VdW Bayern zieht Bilanz:

In Teilen Bayerns nimmt der Wohnungsmangel dramatisch zu

„Falsche Politik führt zur Ghetto-Bildung“ / Kritik an zu geringer Förderung

Der Wohnungsmangel in Bayerns Ballungsgebieten nimmt zu, die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum wird sich noch verschärfen. Davon geht der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern) aus. „Denn die Talfahrt im Mietwohnungsbau geht ungebremsst weiter,“ stellte VdW-Verbandsdirektor Heinz-Werner Götz vor der Presse anlässlich des 87. Verbandstages in Würzburg fest.

Zwar sei der Wohnungsmarkt in Bayern rein rechnerisch ausgeglichen, doch bestünden große regionale Unterschiede. Für Götz ist die Hauptursache der Misere, dass es in Deutschland keine ganzheitliche, vorausschauende Wohnungsbaupolitik gibt. Dieses Manko treffe besonders die Kommunen, für die Wohnungsbaupolitik Fundament ihrer Entwicklung sei.

Der VdW muss es wissen. Er hat einen guten Überblick über die Versorgung mit preiswertem Wohnraum, denn in ihm sind 489 Wohnungsunternehmen mit Schwerpunkt im sozialen Wohnungsbau zusammengefasst, darunter 339 Wohnungsgenossenschaften und 88 kommunale Wohnungsunternehmen. Die Mitgliedsunternehmen bewirtschaften circa 580.000 Wohnungen, in denen ein Fünftel aller bayerischen Mieter wohnt.

Abwärtstrend

In Bayern wären jährlich per saldo, also unter Berücksichtigung von Abriss, Zusammenlegung und Zweckentfremdung, 100.000 neu gebaute oder sanierte Mietwohnungen nötig, doch wurden 2002 nur knapp 57.000 Wohnungen fertiggestellt. Der Abwärtstrend im sozialen Wohnungsbau setzt sich schon seit Jahren unaufhaltsam fort. Die Zahl genehmigter Sozialwohnungen sank im Freistaat von 20.534 im Jahr 1993 auf ge-

für Schulbücher in Millionenhöhe und jährliche Mehrausgaben für die Schülerbeförderung von geschätzten 10,6 Mio. Euro.

„Wir hoffen sehr“, so Theo Zellner abschließend, „dass der Freistaat Bayern die Landkreise hier nicht im Regen stehen lässt und sie wenigstens teilweise entlastet.“ Das Angebot von Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthaus, die Finanzierungsproblematik in einem gemeinsamen Gespräch zu erörtern, hat Theo Zellner jedenfalls dankbar angenommen. **DK**

rade noch 9896 (- 52 %) im Jahr 2002. Bundesweit wurden 1993 noch 118.000 sozial gebundene Wohnungen bewilligt. Bis 2002 sank die Zahl um zwei Drittel auf 38.408. Und es geht weiter abwärts, denn bei vielen öffentlich geförderten Wohnungen - die meisten wurden zwischen 1950 und 1978 gebaut - laufen in den kommenden Jahren die Sozialbindungen aus, sodass sie dann frei vermietbar sind.

270.000 Sozialwohnungen

2002 umfasste der Bestand der Mitgliedsunternehmen des VdW Bayern rund 482.000 Wohnungen (- 1,7 %). Der Anteil sozial gebundener Wohnungen ist auf 179.405 (-2,1 %) gesunken. 4.847 Sozialwohnungen sind aus der Sozialbindung (+17,8 %) gefallen. Damit, so Götz, gingen 2002 erneut rund fünfmal so viele Sozialwohnungen verloren, wie neue hinzukamen. Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpfte allein im Bereich des VdW Bayern in den zurückliegenden zehn Jahren um fast 103.000.

Sozialwohnungen machen noch ein Drittel des gesamten Wohnungsbestandes aus. Der Verband schätzt, dass bis 2010 allein in seinem Bereich rund 80.000 aus der Sozialbindung fallen. Insgesamt gibt es in Bay-

ern derzeit noch etwa 270.000 Sozialwohnungen.

Die Mitgliedsunternehmen des VdW Bayern haben 2002 etwas mehr als 1 Mrd. € (- 1,5 %) investiert. Nur noch gut 300 Mio. € (-5 %) sind in den Neubau von 2.208 Wohnungen (- 5 %), davon 914 Sozialwohnungen (+ 21,7 %), gesteckt worden. Der Negativrekord beim Wohnungsbau von 2001 wurde damit nochmals unterboten. Den stärksten Rückgang gab es im Berichtsjahr beim Bau von Miet- und Genossenschaftswohnungen (- 6,2 %) sowie bei Eigentumswohnungen (- 4,8 %). Der Eigenheimbau legte dagegen um 3,6 % zu.

Über 70 % der Mittel dienen der Instandhaltung und Modernisierung. Viele Miet- und Genossenschaftswohnungen in Bayern sind dringend modernisierungsbedürftig (Heizung, Elektrik). Der VdW Bayern schätzt, dass die Mitgliedsunternehmen für Modernisierungen pro Wohnung „ohne Luxusmaßnahmen“ 50.000 bis 60.000 € investieren müssen, denn knapp die Hälfte der Wohnungen im Freistaat sind zwischen 1950 und 1978 gebaut worden.

„Das aber“, so Götz, „ist über die Miete nicht reinzuholen. Die Bestandsmiete beträgt im Bereich des VdW Bayern im Durchschnitt pro Quadratmeter (qm) 3,90 € was gegenüber 2001 eine Steigerung um 3,1 % bedeutet. In München beträgt die Bestandsmiete bis 4,50 € In Ballungszentren wie München sind die Mieten um 7 bis 12 % gestiegen.“ (Fortsetzung auf Seite 6)

Die Landkreise ...

(Fortsetzung von Seite 1) und Sozialhilfe als Aufgabe der Kommunen regeln und nicht in die Hände einer riesigen Bundessozialverwaltung geben will, fuhr der Präsident fort. Denn nur bei den Kommunen gewährleistet die Ortsnähe und Fachkompetenz eine dauerhafte Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Hierfür bedürfe es auch künftig der bei den Kommunen bestehenden sozialen Infrastruktur mit Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, Sucht- und Wohnungsfürsorge. Diese Strukturen fehlten bei den Arbeitsämtern.

Finanzaufbesserungen

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sei wichtiger Teil einer Gemeindefinanzreform, die zum Ziel habe, Kommunen aus ihrer Finanznot wieder zu befreien, so Zellner. Leider zeichne sich hier immer noch keine Lösung ab: „Die Situation ist dramatisch. Wir brauchen deshalb für das Jahr 2004 sofort wirkende Finanzaufbesserungen, wie sie der von Bayern im Bundesrat eingebrachte und verabschiedete Entwurf eines Soforthilfegesetzes vorsieht, nämlich Senkung der Gewerbesteuerumlage sowie höhere Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer.“

Als „befürchtete weitere Hilfsbotschaft mit weitreichenden Folgen für die Krankenhauser und das Krankenhausperso-

nal“ bezeichnete der Landkreistags-Präsident die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg vom 9. September, die den Bereitschaftsdienst im Krankenhaus als volle Arbeitszeit wertet und die Anpassung des deutschen Arbeitszeitgesetzes an die EU-Richtlinie 93/104/EG verlangt.

Neue Belastungen für die Krankenhäuser

Anzuerkennen sei der Versuch einer finanziellen Hilfestellung durch das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung. Jedoch werde sich rasch erweisen, dass der Betrag von jährlich 200 Mio. Euro ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Außerdem sei es kaum vorstellbar, die notwendigen Ärzte und Pflegekräfte für eine Anstellung zu finden.

Der in den Ausschussberatungen des Deutschen Bundestages eingebrachte Änderungsentwurf zum Arbeitszeitgesetz müsse aber insoweit abgelehnt werden, als er den Krankenhäusern neue Belastungen auferlegt. Zellner zufolge brauchen die Krankenhäuser Gestaltungsspielräume, um praxisgerechte Lösungen einzuführen. Daher würden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgefordert, für eine 1:1-Umsetzung der oben genannten EU-Richtlinie zu sorgen. Dies führe zur Festlegung der täglichen Ruhezeit von elf Stunden innerhalb des Zeitraums

Furchterregende ...

(Fortsetzung von Seite 3)

lasst sehen, die „bekanntesten Angriffsmethoden“ wie Portscanner, Spoofing, DOS-Attacken, Viren, Trojaner und Sniffer darzustellen, lässt das auf vor Ort noch fehlendes Fachwissen schließen. Hinzu gefügt wird: „Das grundlegendste Sicherheitsprinzip in der IT ist das Prinzip der minimalen Zugriffsrechte: Jeder Administrator oder Benutzer erhält nur die Rechte, die für die Erledigung der jeweils zugewiesenen Aufgaben benötigt werden. Dies verkleinert die Angriffsflächen und verringert den Schaden bei eventuellen Angriffen.“

Bei der eingehenden Darstellung einiger Firewall-Systeme bemühen sich die Experten Gruschka und Schneider, Vor- und Nachteile von Paketfilter, Proxy, Network-Address-Translation (NAT) zu analysieren.

Interkommunale Lösungen

Ob der Eigenbau einer Firewall wirtschaftlicher und zweckmäßiger ist, wollen die Autoren nicht von vornherein eindeutig beantworten, bleiben jedoch bei einem „eingeschränkten Ja“. Obwohl kommerzielle Systeme aufgrund ihrer durchdachten Oberflächen regelmäßig einfacher und effizienter zu administrieren seien als selbst gestrickte Lösungen, sei zu bedenken, dass auch deren Konfiguration komplex ist und Spezialwissen erfordert. Soweit es örtlich nicht vorhanden ist, sollten Planung, Implementierung und Pflege von Firewallsystemen an fachkundige und vertrauenswürdige Dritte mit Erfahrung und Zuverlässigkeit vergeben werden. „Für learning by doing“ oder Experimentieren ist in diesem kritischen Um-

feld kein Platz.“

Erfolg versprechend und auch wirtschaftlich sinnvoll scheinend der Ansatz, der sich auf Ebene der kreisangehörigen Kommunen bei Einbindung in die Landkreis-Behördennetze abzeichne. Personal und Technik müssten nur an einer zentralen Stelle vorgehalten werden. Die von den kommunalen Spitzenverbänden mit der Bayerischen Staatskanzlei im Juni 2002 abgeschlossene eGovernment-Vereinbarung dürfte diese Entwicklung in Zukunft verstärken. Das schließt jedoch aus örtlichen Gegebenheiten heraus eigene Übergänge zum Internet nicht aus.

Kein Allheilmittel

Zuletzt ist nachzulesen, vor welchen Gefahren selbst Firewalls nicht schützen: Vor schlecht konfigurierten oder schlecht abgesicherten Standardinstallationen von Betriebssystemen ohne System- und Sicherheitsrichtlinien, vor Benutzern mit weitreichenden Berechtigungen, vor der Verwendung schwacher oder leicht erratbarer Passwörter, auch von Installationspasswörtern. Ebenso wenig gibt es ein Patentrezept gegen eingeschleuste Viren, Trojaner usw. Gewarnt wird auch vor Diensten, die ihre Daten in zugelassenen Protokollen und Ports verstecken. Und wie gesagt, gegen Angriffe böswilliger, untreuer Mitarbeiter sowie von Hackern ist kaum ein Kraut gewachsen.

Der Jahresbericht beschäftigt sich zudem u.a. mit Besonderheiten bei der Wasserversorgung und der Wiederzulassung der Anliegerregie für die im öffentlichen Straßengrund liegenden Teile der Grundstücksanschlüsse. **mhb**

Die Städte im Jahr 2030

Resümee des Forschungsverbundes Stadt 2030

Im Frühjahr 2000 startete das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ den Forschungsverbund „Stadt 2030“. 21 Städte gingen als Preisträger aus dem vorgeschalteten Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ hervor. In einem Förderzeitraum von 18 Monaten sollten integrierte Zukunftskonzeptionen und Leitbilder für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung erarbeitet werden. Diese sollten visionären Charakter aufweisen und zugleich als Zielsysteme und Bewertungsrahmen für aktuelle politische Entscheidungen und Einzelplanungen dienen können. Inhaltlich beraten und fachlich begleitet wird der Forschungsverbund „Stadt 2030“ durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu).

An den 21 Städteprojekten waren 35 Städte und Regionen und mehr als 50 wissenschaftliche Institute oder Planungsbüros aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt. Über 250 Mitarbeiter waren in den Projekten beschäftigt und mehrere Tausend Menschen als Bürger oder Experten im Rahmen von öffentlichen runden Tischen, Zukunftswerkstätten und ähnlichen Aktivitäten zeitweilig in den Forschungsverbund „Stadt 2030“ einbezogen, um ihre Stadt der Zukunft zu entwerfen.

Wachsende Unterschiede

Ein erstes Resümee dieser Forschungsinitiative, die zu den größten jemals in Deutschland durchgeführten Forschungen zur Stadtentwicklung gerechnet werden kann, wurde im Rahmen des Abschlusskongresses in Braunschweig gezogen:

Die Bevölkerung der deutschen Städte wird bis zum Jahr 2030 sehr viel ungleicher sein als

es heute ist.

◦ Neben Wohlstand wird es auch deutliche Ausprägungen von Armut geben.

◦ Es werden sehr viel mehr Migranten in den deutschen Städten leben als bisher.

◦ Die deutschen Städte werden also sehr viel heterogener, vielfältiger - aber auch gefährlicher und spannungs- und konfliktreicher sein, als sie es heute sind.

Die Städte - vor allem in den Ballungsgebieten - werden sich zu Regionen oder Regionalverbänden zusammengeschlossen haben, um Probleme, die einzelne Städte überfordern, kooperativ gemeinsam zu lösen.

◦ Die städtischen Leistungen allerdings werden nicht mehr auf dem Standard und in dem Umfang wie heute verfügbar sein.

◦ Eigeninitiative und Selbsthilfe der Bewohner werden einen sehr viel größeren Raum einnehmen als das heute üblich ist.

Die Städte und Regionen werden sich untereinander in einer massiven nationalen und interna-

tionalen Konkurrenz befinden.

◦ Diese Konkurrenz zwingt sie dazu, sich selbst durch Erfolg versprechende Imagepolitik wie „Markenartikel“ zu positionieren.

◦ Stadtverwaltungen und Stadtpolitik werden sich intensiv darum bemühen, diese nach außen orientierten Images auch der eigenen Bevölkerung als Identifikationsangebote zu vermitteln und ein entsprechendes Fühlen und Handeln in der Bevölkerung zu „verankern“.

◦ Solche Images werden in der Regel harmonische Verbindungen von Tradition mit Modernität, von Wohlfehlen in der

Stadt mit Weltoffenheit signalisieren. Unvermeidliche Benachteiligungen und Armutsphänomene der zukünftigen Stadt rücken demgegenüber in den Hintergrund.

Stadtschrumpfung

Ein zentrales Thema des Forschungsverbundes ist die Stadtschrumpfung. Die vom Verlust an Einwohnern und Arbeitsplätzen betroffenen Städte werden ihren Charakter sehr stark verändern; selbst Stadtauflösungen sind langfristig nicht mehr auszuschließen.

Weitere Informationen - z. B. das Medieninfo des BMBF, Infos über die einzelnen Städte/Regionen, Thesenpapiere gibt es im Internet unter <http://www.difu.de/presse/030924/> oder <http://www.stadt2030.de>.

N-ERGIE ist Sponsor des Fränkischen Freilandmuseums

Erlebbar fränkische Geschichte

Bewahrung von Traditionen und regionale Verbundenheit

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft ist seit diesem Jahr einer der maßgeblichen Sponsoren des Fränkischen Freilandmuseums. „Auch das Fränkische Freilandmuseum ist von den finanziellen Engpässen des Bezirks Mittelfranken betroffen. Ohne die Unterstützung der N-ERGIE müssten wir auf einige der bereits fest geplanten Vorhaben verzichten“, so Museumsleiter Prof. Dr. Konrad Bedal.

Die von der N-ERGIE zur Verfügung gestellten Mittel werden u.a. für die Finanzierung einer Reihe von Publikationen verwendet. Hierzu zählen das Jahresprogramm, das Informations-Blatt „Geschichte erleben“ sowie die Kurzführer „Licht im Haus“, „Göpel und Dreschmaschine“. Den jüngsten allgemeinen

Kurzführer durch das Museum sowie eine neue Klangstation in der im letzten Jahr eröffneten Dauerausstellung „Göpel und Dreschmaschine“ stellte Konrad Bedal anlässlich des Herbstfestes Ende September vor. In der Klangstation vernehmen die Besucher das Geräusch einer Lokomotive sowie eines Bulldog-Schleppers - Ergänzung der Dokumentation zur Techni-



Partnerschaft, die allen nützt: Unser Bild zeigt v.l.n.r.: Prof. Dr. Konrad Bedal, Bezirkstagspräsident Gerd Lohwasser, N-ERGIE Vorstandssprecher Herbert Dombrowsky.

Teilen abgetragen und authentisch wieder aufgebaut wurden. Neben der Baugeschichte vermitteln sie das bäuerliche Alltagsleben vom Spätmittelalter bis in die jüngste Vergangenheit. Fränkische Tradition und Geschichte bleiben so für jährlich 180.000 Besucher erlebbar.

Breites Engagement

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft, der große Energiedienstleister der Region, ist als Sponsor von Kultur und Sport breit engagiert. „Mit dem fränkischen Freilandmuseum verbindet die N-ERGIE die Bewahrung von Traditionen und die regionale Verbundenheit“, erläuterte Herbert Dombrowsky. Ein weiteres Beispiel der Sponsoringaktivitäten der N-ERGIE in Mittelfranken ist der Fränkische Sommer - Musica Franconia.

sierung auf dem Lande. Das Herbstfest des Fränkischen Freilandmuseums unter dem Motto „Dreschen, Dörren, Mosten, Backen“ stand ganz im Zeichen traditioneller herbstlicher Arbeiten in Haus, Hof und Feld.

Größtes Freilandmuseum Süddeutschlands

Das Fränkische Freilandmuseum - größtes Freilichtmuseum Süddeutschlands und wissenschaftlich anerkannte Einrichtung in Europa - zeigt mittlerweile über 80 Gebäude aus ganz Franken, die in ganzen

Fünf Gemeinden engagieren sich in der XperRegio

Dass auch ländliche Regionen in einem größer werdenden Europa eine gute Zukunft haben können, davon ist der 1. Bürgermeister der niederbayerischen Marktgemeinde Arnstorf, Alfons Sittinger, fest überzeugt. Dazu müssten die Regionen freilich ihre besonderen Kompetenzen erkennen, pflegen und stärken. Gemeinsam mit seinen vier Bürgermeisterkollegen Josef Brunner (Landau/Dingolfing-Landau), Sepp Grübl (Rossbach/Rottal-Inn), Max Schadenfroh (Eichendorf/Dingolfing-Landau) und Alois Schrägmeier (Simbach/Dingolfing-Landau) hat er die fünf Nachbargemeinden landkreisübergreifend zu einer XperRegio, einer Expertenregion, zusammengeschlossen.

Ziel ist es, den Sachverstand, das Wissen, die Kenntnisse und Erfahrungen der in der Region lebenden Menschen zu fordern und zu nutzen. Nach den Erfahrungen der Bürgermeister sind es gerade die Menschen vor Ort, die begeistert von einem Thema, mit viel Sachverstand und großem Engagement heimatnahe Projekte vorantreiben und zu einem guten Ende führen. Es wäre, so die Bürgermeister, geradezu leichtfertig, diese Bereitschaft brach liegen zu lassen.

Professionelle Hilfe

Die „regionalen Experten“ sollen nicht ohne professionelle Hilfe bleiben. Sie werden bei der Projektumsetzung von dem in der Region ansässigen Hans-Lindner-Institut unterstützt, das sich zudem um eine intensive Kommunikation in der Region und nach außen bemühen wird. Diese Form von Regionalmanagement in Public Privat Partnership ist bayernweit ein Novum.

In den nächsten drei Jahren, so Sittinger, sollen gemeinsam mit dem Hans-Lindner-Institut 50 Projekte umgesetzt werden. Dabei solle das Institut für einige

Der Markt Arnstorf will dagegen seine Kompetenz zum Thema „Mittelalter“ noch besser vermarkten. So sollen beispielsweise handwerkliche Produkte und der europaweite Handel mit der Ausrüstung für eine wachsende Zahl von „Mittelalter-Freaks“ gefördert werden.

Themenpark des typisch Bayerischen

Mit dem „Bavaricum“ beabsichtigen die fünf Gemeinden

Projekte selbst die Verantwortung tragen: Für das Projekt „Starke Kinder“, das auf eine verstärkte Frühförderung bereits im Kindergarten setzt, und für „Unternehmen hautnah“, das eine engere Verzahnung von Schule und Wirtschaft anstrebt. Mit der „Unternehmensnachfolger- und Führungskräfte-Akademie“ will das Hans-Lindner-Institut die Chancen für eine erfolgreiche Unternehmensnachfolge deutlich verbessern.

Reiche Funde

Der Projektekatalog der XperRegio spart aber auch die Themen Kultur und Freizeit nicht aus; denn gerade ein heimatnahes Kultur- und Freizeitangebot stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen einer Region und erhöht deren Attraktivität nach außen. So wollen die fünf Gemeinden, die mit reichen frühgeschichtlichen Funden aufwarten können, mit dem Museum in der Stadt Landau ihre „Frühgeschichte-Kompetenz“ stärken. Gedacht ist dabei u. a. ebenso an experimentelle Archäologie wie „Grabungs-Tourismus“ und Keltenfest.

der XperRegio einen dezentral organisierten „Themenpark des typisch Bayerischen“ zu schaffen. Dazu soll das Regionalkulturbe im Schloss Mariakirchen dokumentiert und durch Workshops, Seminare und Einzelveranstaltungen Einheimischen wie Gästen nahe gebracht werden. Ein schönes Ergebnis des „Bavaricum“, in das als Elemente auch Werkstätten, Bauernhöfe, Wirtschaftshäuser und Handelsbetriebe der Region einbezogen werden sollen, wäre es, wenn die Familien

der Region zu Experten der eigenen Geschichte würden, hoffen ihre Initiatoren.

Attraktiv für Jugendliche

Wie das Projekt „Skate & Music“ zeigt, wird die Region durch die XperRegio auch an Attraktivität bei den Jugendlichen gewinnen. So soll zum Beispiel, einem Wunsch vieler Jugendlichen folgend, eine Halle so ausgestaltet werden, dass sie Gelegenheit zum Skaten und den vielen Nachwuchsbands in der Region Raum zum Proben, für Aufnahmen und sogar für Live-Konzerte bietet. Sicher ein Traum selbst für Jugendliche großer Städte!

Leader plus

Kein Wunder also, dass sich Bruni Mayer, Landrätin von Rottal-Inn, von diesem phantasievollem Konzept begeistert zeigt. Sie sicherte den fünf Bürgermeistern, die sich damit für das europäische Programm „Leader plus“ bewerben wollen, spontan ihre Unterstützung zu: „Ich versichere Ihnen: Der Landkreis Rottal-Inn steht hinter Ihrer geplanten YperRegio, und wenn wir bei der Umsetzung behilflich sein können, dann werden wir das Mögliche tun.“ Das Konzept sei ein starkes Beispiel dafür, wie man gute Ideen bündeln könne. **DK**

Gemeindeauflösung abgelehnt

Der erste bayerische Bürgerentscheid zur Auflösung einer Gemeinde ist gescheitert. Im oberpfälzischen Theisheil erreichte der Antrag einer Initiative, die selbstständige Kommune wegen der schlechten Finanzlage in die benachbarte Stadt Weiden einzugemeinden, lediglich eine Zustimmung von 42,4 Prozent der Bürger. 57,6 Prozent wollten die Eigenständigkeit ihrer Kommune erhalten. Die Wahlbeteiligung lag bei fast 84 Prozent. **DK**



Über die nächsten Schritte beim Aufbau der gemeinsamen Leitstelle für den Rettungsdienst und die Feuerwehralarmierung informierten sich die Landräte von Landsberg am Lech, Starnberg und Fürstenfeldbruck zusammen mit führenden Mitgliedern der Kreisbrandinspektionen der vier am Rettungszweckverband beteiligten Landkreise. Referent bei der Veranstaltung im Brucker Landratsamt war der Leiter der Berufsfeuerwehr Würzburg, Franz-Josef Hench. Unser Bild zeigt (v.l.): Kreisbrandrat Franz Ströbl, LL; Landrat Walter Eichner, LL; Landrat Thomas Karmasin, FFB; Landrat Heinrich Frey, STA; Kreisbrandrat Hans-Dieter Wurm, FFB; Kreisbrandinspektor Heinz Schmirler, DAH; Kreisbrandmeister Markus Reichert, STA und Franz-Josef Hench.

In Teilen Bayerns nimmt ...

(Fortsetzung von Seite 4)
Neue Wohnungen in mittlerer Lage kosten dort 9 bis 13 € pro qm. Bayernweit betrug die Mietsteigerung auf dem freien Markt aber nur 1,5 %. Als Ballungsräume mit Wohnungsunterversorgung gelten München und Oberbayern, Regensburg, Augsburg und zunehmend auch Nürnberg. Während die Verhältnisse in Mittelfranken einigermaßen stabil sind, stehen z.B. in Oberfranken Wohnungen leer.

Als Kapitalanlage nicht interessant

Der Wohnungsmangel in weiten Bereichen Bayerns hat laut Götz mehrere Ursachen. So haben ungünstige Rahmenbedingungen wie die zehnjährige Spekulationsfrist oder das neue Mietrecht Wohnungen als Kapitalanlage uninteressant gemacht. Noch Mitte der 90er Jahre finanzierten Kapitalanleger etwa die Hälfte der Eigentumswohnungen, derzeit sind es nur noch 10 %. Negativ wirken sich auch die schlechten steuerlichen Rahmendingungen und die staatlichen Reglementierungen auf gewerbliche Investoren aus. „Der Staat wälzt immer mehr Aufgaben und Risiken auf Unternehmer und Investoren ab, wie die Baustellen-Verordnung und Bauabzug-Steuer zeigen“, stellt Götz fest. „Die Folgen sind steigende Verwaltungskosten, die in den letzten Jahren um bis zu 10 % gestiegen sind.“

Eine weitere Ursache sind die schlechter werdenden Mieterstrukturen in Sozial-Wohnanlagen. Durch das Modellvorhaben „Pauschalierung der Sozialhilfe“ entstehe für Wohnungsbauunternehmen ein Zusatzrisiko.

Vollkommen von der Politik ignoriert wird laut VdW Bayern

aber die demographische Entwicklung in Deutschland. Trends wie steigender Altersdurchschnitt, veränderte Familienformen, Zuwanderung und wachsende soziale Unterschiede wirken sich negativ auf die bayerischen Wohnungsmärkte aus, denn sie verschärfen die Engpässe bei preiswertem und auch bei seniorengerechtem Wohnraum. „Die Folge wird eine zunehmende Ghettoisierung sein“, prophezeit Götz. Durch die EU-Erweiterung sei in den kommenden 15 Jahren mit einer Zuwanderung nach Bayern von etwa 590.000 Menschen zu rechnen.

Nach VdW-Darstellung wird es 2010 in Bayern rund 1,3 Mio. 65- bis 75-jährige geben (+ 18,2 %). Und auch die Zahl der „Bohnenstangen-Familie“ - Alleinerziehende, Singles, kinderlose Paare - wird weiter zunehmen. Es wird nicht nur die Zahl der Haushalte steigen - bundesweit geht man von zusätzlich jährlich 300.000 bis 350.000 aus -, sondern es steigt auch der individuelle Wohnraum-Anspruch.

Höhere Arbeitslosenzahlen

„Dies ist angesichts der zunehmenden Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern besonders dramatisch“, warnt Götz. 1980 habe es bundesweit bei etwa 1 Mio. Arbeitslosen rund 4 Mio. Sozialwohnungen gegeben. „Inzwischen ist die Zahl der Sozialwohnungen auf unter 2 Mio. zurückgegangen, die Zahl der Arbeitslosen aber auf etwa 4,5 Mio. gestiegen.“ Und diese Entwicklung werde sich weiter verschärfen, so Götz, „denn Arbeitsmarkt-Experten rechnen schon im kommenden Winter mit über 5 Mio. Arbeitslosen.“

Der Verband bayerischer

Wohnungsunternehmen fordert dringend eine langfristig analysierende ganzheitliche Wohnungspolitik, die gleichermaßen wirtschaftliche, finanzielle und soziale Aspekte berücksichtigt und antizyklisch vorgeht. Die Politik müsse endlich die demographische Entwicklung als Zeitbombe erkennen. Ohne gezielte Förderprogramme, die regional gegliedert seien und auch der Instandhaltung und Modernisierung dienen, werde es nicht gehen. Statt dessen sinkt die Wohnraumförderung kontinuierlich. Der Bund hat seine Mittel von 229 Mio. € im Jahr 1993 auf 28 Mio. € im Jahr 2002 (- 89 %) gekürzt. In Bayern sind 2002 fast 100 Mio. € dem Rotstift zum Opfer (- 34,9 %) gefallen.

Mehr Markt

Generell tritt der VdW für mehr Markt im Wohnungswesen ein. Für ihn gehört dazu die Abschaffung des Investitionshemmnisses Spekulationsfrist, die Rückführung der Grunderwerbssteuer auf wieder 2 % und die Erhöhung der Kappungsgrenze beim Mietrecht von 20 auf 30 %.

Die Gewerbesteuer, wenn sie denn neu konzipiert werde, dürfe keine Wertschöpfungssteuer werden, in der die Bemessungsgrundlage zum Beispiel auch auf Schuldzinsen ausgeweitet werde. Dies träfe die Wohnungswirtschaft mit ihrem vielen Fremdkapital hart. Und zu bedenken sei auch, dass Gemeinden mit eigenem Wohnungsbestand allenfalls ein Viertel der Gewerbesteuer selbst behalten könnten. Auch gegen eine betriebliche Vermögenssteuer spricht sich der VdW aus. Sie beschädige die Substanz der Unternehmen. **dho.**

Allgäu-WalserCard bei Österreichischem Staatspreis für eBusiness ausgezeichnet

Preisträger der Kategorie „E-Commerce und Kundenbindung“
Bestes Beispiel für touristisches E-Business / Schon über 300.000 Mal im Einsatz

Wien. Die „AllgäuWalserCard“ ist bei der Verleihung des „Österreichischen Staatspreis für Multimedia und E-Business“ als Preisträger „E-Commerce und Kundenbindung“ ausgezeichnet worden.

Der E-Business-Gedanke sei in der elektronischen Gästekarte mit digitalem Meldeschein vorbildlich umgesetzt, hieß es in der Jurybegründung. Eine einzige Karte integriere erfolgreich 600 touristische Leistungsträger wie Hotels, Pensionen, Bergbahnen und den öffentlichen Nahverkehr. Darüber hinaus mache die intuitive Benutzerführung auch Laien die Bedienung leicht. Damit sei die AllgäuWalserCard ein rundum gelungenes Best-Practice-Beispiel für touristische Regionen in der ganzen Welt.

Der Österreichische Staatspreis für Multimedia wird vom

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit ausgeschrieben. Er wurde bei der Staatspreisgala am 24. September im Tech Gate Wien verliehen.

Die AllgäuWalserCard wurde vom Ulmer Softwareunternehmen Wilken entwickelt und ist seit Anfang 2003 im deutschen Oberallgäu und im österreichischen Kleinwalsertal länderübergreifend im Einsatz. Die checkkartengroße Chipkarte ist für Touristen Skipass, Busfahrkarte, Eintrittskarte, Zimmerschlüssel und Gästepass in einem. „Einzigartig an dem System ist die Flexibilität“, so der

Kleinwalsertaler Tourismusdirektor Winfried Nesensohn. „Auf herkömmliche Prepaid-Karten können nur Standardleistungen, quasi Komplett-Menues, aufgebucht werden. Über die AllgäuWalserCard kann jeder Leistungsträger, egal ob Bergbahn, Erlebnisbad oder Hotelier, eigene Angebote „à la carte“ verkaufen. Und das ohne großes Programmier Know-how.“

Auch die Verwaltung wird entlastet, denn die Allgäu-WalserCard löst das papierbezogene Meldeverfahren ab. Umständliche Doppelerfassungen entfallen. Hat ein Hotel den Gast ins Buchungssystem eingetragen, gehen die Daten elektronisch an die Kurverwaltung. Das spart den Behörden Zeit und senkt die Kosten.

Wirtschaftsfaktor Tagestourismus

Der Tagestourismus im Fränkischen Seenland ist eine nicht zu übersehende Größe. 54 % der auf 139 Millionen Euro geschätzten Jahreseinnahmen kommen aus dem Tagesausflugsverkehr.

Die Geschäftsführung des Tourismusverbands hat jetzt ihren Bericht 2002 vorgelegt. Demnach hat es im letzten Jahr 1,3 Millionen Übernachtungen in den 9.157 Betten der Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Ferienwohnungen gegeben, dazu 483.000 Übernachtungen auf den 2.779 Stellplätzen der Campingplätze. 3,8 Millionen Tagesbesucher wurden gezählt.

37,6 % der Beherbergungsbetriebe bieten eine Verpflegungsleistung an, 62,4 Prozent sind Ferienwohnungen. „Diese Struktur kommt dem allgemeinen Trend zum Sparen durch Selbstversorgung entgegen“, stellt Geschäftsführer Horst Bieswanger fest. 58 % des Bettenangebots stellen die 277 gewerblichen Betriebe mit mehr als acht Betten.

Mit 33,4 % stellen die Gäste aus Baden-Württemberg die meisten Urlauber des Fränkischen Seenlands. Dahinter folgen mit 28,4 % und zunehmender Tendenz aber schon die

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Finger weg von meinen Feuerwehren!“ Mein Chef, der Bürgermeister, reagierte sehr verdrießlich auf Zeitungsberichte, wonach Kommunalpolitiker die Abschaffung hunderter Ortsfeuerwehren und die Bildung von an Gemeindegrenzen orientierten Feuerwehrezusammenschlüssen forderten. Mit dieser Organisationsreform soll die Gebietsreform für die Feuerwehren nachgeholt werden. Denn Anfang der 70er Jahre hätte man zwar im großen Stil Gemeinden zusammengelgt oder kleinere Orte größeren angegliedert. Aber in die Feuerwehstrukturen, die sich seit einviertel Jahrhunderten herausgebildet hatten, griff man nicht ein. Auch bei uns in der Stadt ist es so, dass es neben der städtischen Berufsfeuerwehr rund



uns haben sich wie ein Mann gegen den Vorschlag gestellt. Der Kommandeur im Stadtteil, in dem Hajo wohnt, murmelte düster etwas davon, dass der Lackaffe schon gezeigt bekomme, wo Bartel den Most hole und die Stadträte, die ihr Stimmenreservoir vor allem in den Ortsteilen haben, kündigten parteiübergreifend schon mal das obligatorische Verhinderungs-Bürgerbegehren an.

Es stimmt doch: Das Feuerwehrhaus ist in vielen stolzen, früher selbstständigen Orten der letzte verbliebene Kristallisationspunkt der dörflichen Identität. Von der Größe und Attraktivität von Feuerwehresten in manchen Weilern, die man nur mühsam auf einer sehr guten Straßenkarte findet, könnten sich manche professionell organisierte Events des Stadtmarketings eine Scheibe abschneiden. Und wo bitte soll man in Bayern Wahlkampf machen, wenn man die Größen seiner jeweiligen Partei nicht mehr zum 125jährigen Jubiläum der Feuerwehr Woasderdeiftwodexis einladen kann?

Außerdem funktioniert in Bayern das Feuerwehrwesen prima - trotz oder vielleicht wegen der etwas kleinteiligeren Strukturen. Ob technische Hilfe, Katastropheneinsätze oder das klassische Feuerwehrgeschäft mit löschen-retten-bergen: Die Zeiten des Spottes über eine „Freiwillige Feuerwehr Hinterhuglhapfung“ deren Motto lautete „Was nicht verdirbt des Feuers Schlund, richten mir mit Wasser z'grund“ sind endgültig vorbei. Sicherlich auch dank des einmaligen ehrenamtlichen Engagements, das in nicht wenigen Fällen durch Liebe und Stolz auf die engste Heimat gespeist wird.

Deshalb hat mein Chef, der Bürgermeister entschieden, eine Kommission einzuberufen. Damit ist Fanny abgewatscht. Hajo wird hineinberufen, darf sich als Experte blamieren und man kann die Änderung des Feuerwehrgesetzes abwarten - so sie kommt. Ich lege dem Chef noch ein Kalenderblatt mit dem Satz Gustav Mahlers hin: „Tradition bedeutet Weitergabe des Feuers - nicht Anbetung der Asche“.

The Journal

Finger weg von den Feuerwehren!

ein halbes Dutzend freiwilliger Feuerwehren in den ehemals selbstständigen Ortsteilen gibt.

An diese Tradition wollen nun einige Buchhalterseelen, die mit dem Rotstift in der Hand auf die Welt gekommen sind, ihre Konsolidierungsaxt legen und die kleinen Feuerwehren abschaffen. Große und wirtschaftlich effiziente Verbände sollen für das ganze Stadt- oder Gemeindegebiet zuständig sein. Was Wunder, dass unsere Fraktionsfurie Fanny Bacher als erste schrie und eine solche Strukturreform für unser Städtchen verlangte. „Vorreiter“ sollten wir sein und unverzüglich Pläne für eine „straffe professionelle Organisation unter Einbeziehung freiwilliger Feuerwehrpflichtiger“ entwickeln. Kräftig in dieses schräge Horn hat auch der Spiritus Rector aller intellektuellen Winde Fannys geblasen. In einem Leserbrief forderte Hajo Klein „als Mann der Wirtschaft, der es gewohnt ist zu rechnen“, dass die Stadtverwaltung „unverzüglich“ die wegweisende Idee Fannys aufnehmen solle, die beispielhaft sei für die notwendige Kreativität, wolle man dem drohenden Kollaps der städtischen Finanzen etwas entgegen stellen.

Nun, wer Wind säht, wird Sturm ernten. Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren bei

Leute aus dem Freistaat. Nur 10,9 % kommen aus Hessen, 8,4 % aus NRW und 7,7 % aus den neuen Bundesländern.

„Unwahrscheinlich stark“ ist das Interesse am Internetauftritt www.fraenkischeeseen.de plus der neuen Online-Zimmerauskunft. Infoterminals an seenahe Standorten bieten den Gästen guten Service und oftmals Hilfe in letzter Minute. **Falk**

Vorschau auf GZ 20

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 20, die am 16. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≠ Kommunalfinanzen
- ≠ Kommunale Abfallwirtschaft
- ≠ Umweltschutz in Bayerns Kommunen
- ≠ Kommunalfahrzeuge
- ≠ Freizeitanlagen
- ≠ Garten- und Landschaftsbau



Einer der zwölf Förderpreise zur Erhaltung historischer Bausubstanz mit insgesamt 600.000 Euro ging nach Zeilitzheim. Mit dem Preis, den die Kulturstiftung des Bezirks Unterfranken in Klingenberg am Main übergab, wird „das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement“ unterstützt, wie Bezirksstagspräsident Graf Albrecht von Ingelheim ausführte. „Unser Alltag wird geprägt von einer Vielzahl kleiner Geschichten und scheinbarer Selbstverständlichkeiten und sie prägen auch das Leben in einer Ortschaft, lassen sie zu einem lebendigen Teil unseres Lebens werden“, so der Bezirksstagspräsident. Beispielgebend dafür sei das Anwesen der Familie Ulrike und Helmut Bach in Zeilitzheim. Das Haus beherbergte in den Jahren 1870 bis 1996 unter anderem einen Kolonialwarenladen, eine Schneiderei, eine Schuhmacherei und nicht zuletzt das erste öffentliche Telefon im Ort. Mit der Sanierung des Hauses werde auch ein greifbares Stück öffentliche Erinnerung erhalten, denn das Gebäude sei bei der Bevölkerung in guter Erinnerung, so Graf Albrecht von Ingelheim.

Die Landkreise und kreisfreien Städte im Bezirk waren mit je einem Projekt vertreten. Für jedes stellte der Bezirk 50.000 € zur Verfügung.

Unser Bild zeigt (von links): Helmut Bach, Bezirksstagspräsident Graf Albrecht von Ingelheim, Bezirksrat Otto Eusemann, Ulrike Bach, und Landrat Harald Leitherer. Foto: Schwessinger

Gesucht: ein Trommler für Oberfranken

Bau stellt „Offensive Modellregion Oberfranken“ vor

bbiv. „Oberfranken hat traditionell hervorragende Standortvoraussetzungen. Wenn es gelingt, sie zu bündeln, können wir im Wettbewerb der Regionen wieder an die Spitze rücken.“ Trotz aktuell großer wirtschaftlicher Probleme insbesondere seiner Branche sieht der oberfränkische Bezirksvorsitzende des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Horst Klee, große Zukunftspotentiale.

Um diese zu aktivieren, entwickelte die Bauindustrie gemeinsam mit Baugewerbe und Industrieverband Steine-Erden eine „Offensive Modellregion Oberfranken“. Deren Ziel sei es, so Klee, die in vielen Bereichen führende industrielle

Kompetenz der Region, ihr hohes wissenschaftliches Potential und die aus der zentralen Lage in einer erweiterten EU erzielbaren Chancen zu bündeln. Eine Aufgabe, die politisches Management und Werbung verbindet. Damit sie be-

wältigt werden kann, will er die Position eines von Politik und Wirtschaft gemeinsam getragenen „Trommlers für Oberfranken“ schaffen.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieses Trommlers sieht Klee die Aufgabe, durch geschickte Anreize das hohe Potential der Menschen in der Region zu wecken. Dadurch soll die „Offensive Modellregion Oberfranken“ zum Selbstläufer werden. Konkret regt Klee vier Initiativen an:

« Die Vernetzung Oberfrankens mit Europa will er zum Gegenstand eines Schüler- und Studentenwettbewerbs „Der Nabe Europas Speichen geben“ machen.

« Universitäten und Wirtschaft sollen in einem Ideenwettbewerb „Wer ist der beste Gipfelstürmer“ einen Anreiz zur Entwicklung gemeinsamer Forschungsprojekte erhalten.

« Durch die Auslobung eines großzügigen Preises für das überzeugendste Projekt privatrechtlicher Realisierung staatlicher Aufgaben will Klee auch in der Öffentlichen Verwaltung die Spitzenstellung Oberfrankens ausbauen.

« Und schließlich regt er eine Aktion „Alternative Oberfranken: die Umwelt wird entrüm-

pelt“ an. Deren Ziel ist es, durch eine gründliche Verschlinkung des vollkommen unübersichtlichen Urwaldes an Umweltnormen modellhaft Signale über die Region hinaus zu setzen. Dem gleichen Ziel dient eine - im Übrigen schon von der Staatsregierung angeregte - Einschränkung des Klagerrechtes der Umweltverbände gegen Entwicklungsvorhaben aller Art. Das gesteckte Ziel hält Klee für hoch, aber erreichbar: „Was für den Bau gilt, gilt auch für Oberfranken: Wenn wir unsere Stärken bündeln, gewinnen wir die Zukunft.“

Mittelstand muss aktiver agieren

Stärker einbringen in die Politik möchte sich der bayerische Mittelstand. Dies war Tenor eines vom Münchner Stadtrat Thomas Schmatz moderierten politischen Stammtisches von Mittelstandsunion und Wirtschaftsbeirat der Union in der Traditionsgaststätte „Sedlmayr“.

Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner stellte dar, dass der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilde. Bayern habe nicht zuletzt deshalb die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer, weil hier überdurchschnittlich viele selbstständige Unternehmer und Mittelstandsbetriebe angesiedelt seien.

Vergabeunterlagen über Internet

Beckstein: „Wichtiger Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung“

Die Vergabeplattform „www.vergabe.bayern.de“ ist im Internet für die Öffentlichkeit freigeschaltet. Mit ihr wickelt die Hochbauverwaltung des Freistaats Bayern Vergabeverfahren für Bauaufträge nach der „Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen“ (VOB) auch elektronisch über das Internet ab. Die neue Lösung für die digitale Ausschreibung und Vergabe vereinfacht und verkürzt die Arbeitsabläufe bei Vergabeverfahren erheblich. „Sie ist damit ein wichtiger Beitrag zur Verfah-

rensbeschleunigung. Zugleich kommt mit der elektronischen Bauauftragsvergabe eine innovative Anwendung und Technologie zum Einsatz, die auch für andere Bereiche der elektronischen Datenverarbeitung zukunftsweisend ist“, freut sich Innenminister Dr. Günther Beckstein. Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern rechnet mit großem Interesse seitens der Bauwirtschaft. Dies hat sich bereits anlässlich von Infoveranstaltungen in diesem Sommer gezeigt.

Allein in den letzten zehn Jahren habe es in Bayern 117.000 Existenzgründungen gegeben. Jeder dieser neuen Betriebe schaffe im Schnitt vier neue Arbeitsplätze. Dass der Mittelstand 85 Prozent aller Ausbildungsplätze stelle, unterstreiche ebenfalls seine Bedeutung. Viele Unternehmen gerieten durch die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung in große Schwierigkeiten. Anstatt schüt-

zend einzugreifen, verschärfe Rot-Grün durch die geplante Gemeindefinanzreform die prekäre Situation für den Mittelstand zusätzlich.

In der Diskussion wurde bemängelt, dass sich der Mittelstand zu wenig vehement vernehmen lasse und nicht - wie andere Interessengruppen - seine Belange durch öffentliche Demonstrationen und Aktionen nachhaltig vertrete.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen zwei Prospekt bei:

« Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Kronach
« und Deutsche Post AG
Wir bitten um freundliche Beachtung.

1000 Jahre Stadt Creußen

Das oberfränkische Creußen feiert in diesem Jahr sein 1000-jähriges Jubiläum. Die Stadt verbindet Tradition mit den Erregenschaften der Moderne und hat ihren Charakter als lebens- und liebenswerte Stadt über ein Jahrtausend bewahrt. Vor allem die Erfolge von 20 Jahren Stadtsanierung geben Creußen mit seinem denkmalgeschützten Stadtensemble und seiner sehenswerten Altstadt ein besonderes Flair. Mit der Ausweisung von sechs Baugebieten und sechs Industrie- und Gewerbegebieten hat Bürgermeister Harald Mild gemeinsam mit seinem Stadtrat die Weichen für die Zukunft gestellt.

Neben den verschiedenen Feierlichkeiten anlässlich des Jubiläums war einer der Höhepunkte im Festkalender der durch ihr Steinzeug bekannten Stadt die Eröffnung des neuen Krügemuseums. Bereits im 17. und 18. Jahrhundert sorgten die „Creußener Krüge“ für die Bekanntheit der Stadt. Die Berühmtheit des Creußener Steinzeugs resultiert aus den in der Umgebung vorhandenen rötlichen Tone, die Brenntemperaturen bis zu 1300 Grad vertragen, was den Steinzeug-Gefäßen ein Höchstmaß an Haltbarkeit und Qualität verleiht.

Bayerische Gemeindezeitung

Sonderbeilage EDV

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 2. Oktober 2003

54. Jahrgang / Nummer 19/II

Fachtagung „Die virtuelle Behörde 2003“:

Werthaltiges eGovernment

Kongress der Bayerischen Gemeindezeitung bot umfassenden Überblick anhand von Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Ausstellungen

Inzwischen zur guten Tradition geworden ist die Fachtagung „Die virtuelle Behörde“, die am 2. Juli die neuesten Trends in der Computertechnologie zum Thema hatte. Die von der Bayerischen Gemeindezeitung gemeinsam mit dem Bayerischen Städtetag, dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Landkreistag und der gastgebenden Universitätsstadt Garching durchgeführte 7. Zukunftswerkstatt zeigte erneut, wie umfangreich und vielfältig der Informationsbedarf und das Interesse von Mitarbeitern und Entscheidungsträgern in den Kommunalverwaltungen ist. Die Resonanz war wie in den vergangenen Jahren sehr beachtlich.

Mehr denn je sind die Behörden gefordert, ihre Arbeitsabläufe zu optimieren. Bei technischen Innovationen im Behördenbereich spielen spezielle Hard- und Software-Komponenten eine zunehmend wichtige Rolle. Um mit ihnen wirklich einen Mehrwert zu erzielen, müssen sich die kommunalen Entscheidungsträger immer wieder über den aktuellen Stand der Technik informieren.

Qualität und Bürgernähe

Wie Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel bei ihrer Begrüßung hervorhob, ist es der GZ als Kommunikationsorgan der bayerischen Kommunen ein wichtiges Anliegen, ihre Leserinnen und Leser bei der Lösung von wichtigen Fach- und Sachfragen nach Kräften zu unterstützen. Qualität und Bürgernähe determinieren die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich eine moderne öffentliche Verwaltung entwickeln kann. „Die virtuelle Behörde“ habe sich in den vergangenen Jahren vor allem damit einen guten Namen gemacht, „dass sie es versteht, die Bedürfnisse der Entscheidungsträger aus Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung unter einen Hut zu bringen mit den fachlichen Angeboten, die aus der Wirtschaft kommen“.

Interesse an Reformen

Den Gästen attestierte Anne-Marie von Hassel ein großes Engagement in Sachen Verwaltungsmodernisierung. Es beweise, „dass die Behörden in Bayern – und gerade auch die Kommunalverwaltungen – Interesse und Freude an den Reformen haben“. Dass man in Zeiten knapper Kassen sehr genau darauf zu achten habe, wie man mit dem Geld der

Staatsanzeiger Online Logistik GmbH:

Papierlose Ausschreibung über Internet

Die Staatsanzeiger Online Logistik GmbH, eine 100%-Tochter des Bayerischen Staatsanzeigers, offeriert als einziger Anbieter eine lückenlose VOB/VOL/VOF-konforme Lösung für eine papierlose Ausschreibung über Internet.

Im Prinzip lässt sich die gesamte Ausschreibung papierlos abwickeln, dennoch wird derzeit von Bewerbern und Bietern das Verfahren hauptsächlich genutzt, um Ausschreibungsunterlagen zu sichten und sich diese per Download auf den hauseigenen Computer zu holen. Um den Ausschreibern in jedem Fall die Arbeit von Vervielfältigung und Versand abzunehmen, betreibt die Staatsanzeiger Online Logistik GmbH ein Servicezentrum (ADVS = Ausschreibungsunter-

Bürgerinnen und Bürger am schnellsten umgeht, spiele auch im Rahmen der GZ-Veranstaltung eine wichtige Rolle. Der besondere Dank der Chefredakteurin galt Garchings Erstem Bürgermeister Manfred Solbrig, der ein Grußwort an die Besucher richtete, und Prof. Klaus Jamin, der die Tagung inhaltlich vorbe-



Garchings Erster Bürgermeister Manfred Solbrig.

reitete und fachlich begleitete. Innerhalb einer umfangreichen Ausstellung, einer informativen Podiumsdiskussion, aufschlussreichen Interviews und insgesamt 26 Vorträgen wurden Lösungen für die moderne Verwaltung präsentiert. Unter den Teilnehmern wurden während der Veranstaltung wertvolle Hard- und Softwarepreise verlost. Der sensationelle Hauptgewinn wurde heuer gesponsert von „Münchner Freiheit“, dem offiziellen Partner von BMW-Motorrad. Der Gewinner Georg Kasperbauer aus Geiersthal konnte sich über eine dreitägige Motorrad-Tour der Luxusklasse für zwei Personen mit einem BMW-Motorrad freuen. Darüber hinaus sponserte die Kindermann & Co. GmbH sämtliche Beamer, die der Veranstaltung zur Verfügung standen. **DK**

lagen Druck und Versand Service), das auf jede Anforderung die kompletten Ausschreibungsunterlagen inklusive aller Pläne ausdruckt und versendet. Die Datenbanken liegen unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen auf einem Server der AKDB. Die Staatsanzeiger Online Logistik GmbH geht Partnerschaften mit anderen Ausschreibungsmedien ein, wie z.B. der Firma „Ausschreibungen Thüringen Online (AOT)“, die den Service unter ihrem Namen anbieten **DK**



Der glückliche Hauptgewinner der Verlosung, Georg Kasperbauer, (2. v. l.) zusammen mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel (l.), der Inhaberin des Reisebüros Münchner Freiheit, Hermine Weil, und Prof. Klaus Jamin.

baynet.de:

Mit Online-Formularen zur virtuellen Behörde der Zukunft

Wo statt eines Schalterbeamten eine Website bei der Abwicklung von Anträgen hilft, müssen Formulare in digitaler Form vorliegen. Diesem Umstand trägt ein Service Rechnung, den baynet.de vorstellte: Über einen Server können Behörden die Formulare für verschiedene Leistungen online bereit stellen lassen.

Antragssteller finden die Formulare bei baynet.de über den Behördenwegweiser oder unter der Rubrik Lebenslagen, wo sie gleich online ausgefüllt werden können. Je nach technischer Ausstattung der jeweiligen Behörde gehen die Anträge dann entweder per Post, Fax oder auch per E-Mail ans Amt zurück.

Behörden profitieren

Das bringt nicht nur den Bürgern Vorteile, die ihre Anträge ohne lange Wartezeiten auf dem Amt erledigen können und das zu jeder Tageszeit, sondern auch den Behörden: Nach wie vor arbeitet ein großer Teil der deutschen Verwaltung beinahe ausschließlich mit vergleichsweise teuren Papier-Vordrucken. Bei elektronischen Formularen entfallen jedoch die Kosten für Druck und Lagerhaltung, obendrein liegen sie immer abrufbereit in der rechtlich aktuellen Version auf dem Server.

Keine Verwurfskosten

Verwurfskosten wegen inhaltlicher Änderungen der Vordrucke fallen so ebenfalls nicht mehr an. Zusätzlich können die Formulare natürlich auch von Sachbearbeitern in der Behörde online abgerufen werden, sei es für den Austausch mit anderen Behörden, oder, wenn ein Bürger eben doch vor Ort für eine Antragstellung vorspricht.

Auf großes Interesse stießen in Garching auch die unterschiedlichen Nutzungsmög-

lichkeiten des Formularservers. Dabei bestimmen die Gemeinden selbst, welche und wie viele Formulare sie für ihre Bürger bereitstellen wollen. Um die Haushalte der derzeit stark gebeutelten Kommunen vor allzu großen Ausgaben zu bewahren, kann man den Formularserver mieten. Damit sind Kosten kalkulierbar – und die Kommunen können relativ risikolos die ersten großen Schritte in Richtung E-Government unternehmen.

Beispiel Gemeinde Hausen

Erste Früchte zeigte die Informationsveranstaltung bereits bei der Gemeinde Hausen (www.baynet.de/hausen). Die Gemeinde im Landkreis Forchheim nutzt jetzt alle baynet.de-Vorteile. Zum einen ist sie selber in den bayerischen Behördenwegweiser eingepflegt, zum anderen verfügt sie über einen Formularserver.

Leistungen per Mausclick

Da die ausgefüllten Formulare auch per E-Mail an die betreffenden Stellen gesendet werden können, sind die Bürger in der Lage, viele Verwaltungsanliegen komplett online zu erledigen. Hausen profitiert auch davon, dass alle Gemeinden im Landkreis Forchheim in baynet.de eingebunden sind. So gibt es per Mausclick auch die Leistungen der Nachbargemeinden und des Landratsamtes, die staatlichen Dienste liegen in baynet.de ohnehin vor.

Förderpreis für Geoinformatik

Der Runde Tisch Geoinformationssysteme e.V. verleiht im Rahmen des jährlich stattfindenden Münchner Fortbildungseminars Geoinformationssysteme seinen Förderpreis. Mit dem Förderpreis werden jährlich eine herausragende Diplomarbeit oder Dissertation ausgezeichnet. Für die Auszeichnung kommen Arbeiten in Betracht, die im Umfeld der Geoinformatik angesiedelt sind. Der Förderpreis ist mit 2.500 Euro dotiert. Der Einsendeschluss für die Vergabe des Förderpreises 2004 ist der 30. November 2003.

Unter <http://www.rtg.bv.tum.de/index.php/article/article-view/156/1/87/> können nähere Informationen zu den Vergabemodalitäten eingesehen werden.

Rüdiger Möller/T-Mobile:

Teilnahme am UMTS- Netzaufbau in Bayern

Umweltminister Werner Schnappauf, Uwe Brandl, der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, und Theo Zellner, der Präsident des Bayerischen Landkreistags, haben im November vergangenen Jahres gemeinsam mit den Mobilfunkbetreibern in Bayern den Mobilfunkpakt Bayern II unterzeichnet. Mit dem Mobilfunkpakt erhalten die bayerischen Kommunen mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Auswahl geeigneter Standorte für Mobilfunkanlagen.

Der besondere Schwerpunkt des Mobilfunkpakts I, so Rüdiger Möller von T-Mobile, sei darauf gelegt worden, den „Antennenwildwuchs“ durch Mehrfachnutzung zu vermeiden. Befragungen aus dem Jahr 2002 hätten folgende Ergebnisse zu Tage gefördert:

Umfrageergebnisse

- In Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern: Zugesagt 40%, erreicht 48%
- In Gemeinden größer als 5000 Einwohner: Zugesagt 20%, erreicht 45%
- Bei genehmigungspflichtigen Sendeanlagen: Zugesagt 80%, erreicht 87%

Fast 80 % der Städte und Gemeinden erklärten, dass es bei der Standortwahl selten oder nie zu Konflikten komme. Die allermeisten könnten einvernehmlich zwi-

schen Kommune und Betreiber gelöst werden. Eine weitere Formalisierung der Genehmigungsverfahren würde nur einen unverhältnismäßigen Aufwand bedeuten. Die Vereinbarung hat Möller zufolge entscheidend zur Versachlichung der Diskussion um Mobilfunkstandorte beigetragen.

Sachgerechte Kooperation

Fazit: Die Bereitstellung moderner Mobilfunkversorgung ist ein wichtiges Infrastrukturelement. Die Netzbetreiber verfolgen keine Ziele, die sich gegen die Interessen der Kommunen richten. Mit Verbändevereinbarung und Mobilfunkpakt liegt die Arbeitsgrundlage für eine gute Zusammenarbeit vor. Eine sachgerechte Kooperation bietet Vorteile für alle Beteiligten. Damit kennt die Kooperation nur Gewinner. **DK**



Der Geschäftsführer des Virtuellen Marktplatzes Bayern, Bernd Axmann (l.), im intensiven Expertengespräch.

Unilog Integrata:

Global denken, lokal handeln

Unilog Integrata ist der europäische Partner für individuelle und integrierte IT-Lösungen. Kunden aus verschiedenen Ländern und Branchen werden dabei unterstützt, neue Informationstechnologien effizient einzusetzen und den Weg zur Spitze schneller zu erreichen.

Internationale Erfahrung - gekoppelt mit räumlicher Nähe zum Kunden - ist ein Leitprinzip von Unilog Integrata. Von Kiel bis München, von Paris bis Nizza, von Wien bis Genf ist das Unternehmen in Europa so nah, wie es individuell gebraucht wird: mit Expertenwissen und maßgeschneiderten IT-Lösungen. Unilog Integrata ist gemeinsam mit ESCAN, der ersten europäischen Allianz für Informationstechnologie, in sieben Ländern Europas mit über 55 Niederlassungen vertreten. In Deutschland und Frankreich zählt Unilog Integrata zu den „Top Ten“ der IT-Branche. Mit den drei Business Lines Consulting, Engineering und Training bietet das Unternehmen seinen Kunden ganzheitlichen Service aus einer Hand.

Seit über 35 Jahren entwickelt die Firma für Großkunden aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Öffentliche Verwaltung Software-Lösungen, die

exakt auf den Bedarf und die Struktur des Unternehmens abgestimmt sind. Engineering ist ihr wichtigstes Geschäftsfeld und beinhaltet Software-Entwicklung, Integration und Anwendungsmanagement.

Die Kernkompetenz bei der Software-Entwicklung liegt vor allem in den Bereichen X-Net, e-commerce, Client-/Server- und objektorientierte Systeme sowie Einführung und Verwaltung von Multimedia-Netzwerken und mobiler Arbeitsplatz. Im Leistungsfeld Software-Integration sorgen bewährte und ständig optimierte Dienstleistungspakete wie QUADRATO für Sicherheit und Qualität - zum Beispiel bei Aufgaben wie ERP-Einführung und -Migration. Auch beim Anwendungsmanagement werden die Nutzer ganzheitlich entlastet. Das erfolgreiche Wartungspaket TEMPATO wird seit 1992 europaweit in vielen Großprojekten eingesetzt. **DK**

Dr. Manfred Mayer/Bayerische Staatskanzlei:

eGovernment-Initiative der Bayerischen Staatsregierung

Die umfassende Reform der Verwaltung hat längst auch in den bayerischen Behörden Einzug gehalten. Die Bayerische Staatsregierung hat es sich zum ausdrücklichen Ziel gesetzt, die neuen Informationstechnologien nutzbringend und umfassend auch in der öffentlichen Verwaltung einzusetzen.

Unter dem Schlagwort „eGovernment“ versteht sie dabei einen ganzheitlichen Reformansatz, der alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung und der Gerichte umfasst. Ziel ist es, den Kontakt von Bürgern und Wirtschaft mit Verwaltung und Justiz sowie die nötigen internen Arbeitsschritte innerhalb der Verwaltung auch online anbieten und sie damit erheblich erleichtern zu können.

Echte Alternative

Die neuen Medien sollen also zu einer echten und zukunftsweisenden Alternative für den Verkehr mit den Behörden und für die Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen werden. Dabei ist ein Spektrum von der einfachen Information über öffentliche Anzeigepflichten (z. B. Einwohnermeldeamt) und Antragsverfahren bis hin zum Einzug etwaiger Gebühren denkbar.

Dem Wirtschaftsstandort Bayern kann eine zukunftsorientierte und fortschrittliche Verwaltung nur nutzen. eGovernment ist damit auch ein wichtiger Faktor im nationalen und internationalen Standortwettbewerb und wird einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, die Attraktivität Bayerns für inländische wie ausländische Investoren zu steigern.

Bestandsaufnahme

Eine Bestandsaufnahme von 1.320 staatlichen Verwaltungsleistungen, abgeschlossen im Januar 2003, hat folgende Ergebnisse zu Tage gefördert:

- ≈ 30 % der Leistungen sind nicht geeignet für Online-Realisierung
- ≈ Über 10 % der geeigneten VL sind bereits online
- ≈ 45 % der Mitarbeiter wünschen sich eine EDV-Unterstützung
- ≈ 33 % sind bereits fehlerhaft

im Anstoß (z. B. fehlende Angaben, fehlende Unterschrift o.ä.). Plausibilitätskontrollen würden in 46% dieser Fälle Abhilfe schaffen

≈ ca. 60 % aller Verwaltungs-



Dr. Manfred Mayer.

leistungen sind von geringer Komplexität und damit standardisierbar

- ≈ bei ca. 42 % aller Verfahren gibt es Massennutzer
- ≈ ca. 50% der Leistungen werden im Freistaat mehr als

Thomas Hitzner/InfraServ:

Sicherheit durch Videoüberwachung

InfraServ, das Dienstleistungsunternehmen aus Gendorf, im Herzen des Bayerischen Chemiedreiecks gelegen, stellt Infrastruktur- und Serviceleistungen in Form von mehr als 60 Produkten zur Verfügung. Dazu gehört auch die Beratung, Konzeption, Lieferung, Installation und Wartung sog. Signalisierungssysteme wie Videoüberwachung, Videoübertragung und Videoaufzeichnung.

Wie Thomas Hitzner in seinem Vortrag „Sicherheit in öffentlichen Bereichen durch Videoüberwachung“ betonte, gehört die Videoüberwachung im öffentlichen Raum zu den umstrittensten Themen im Bereich der Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung. Videoüberwachung werde oft mit totalitären Strukturen (siehe Überwachungsstaat) in Verbindung gebracht. Aber selbst bisherige Gegner der Videoüberwachung müssten nun erkennen, dass ein Missbrauch dieser Technik bereits ab der Planung verhindert werden könne.

Zweckgebundener Einsatz

Die deutsche Datenschutzgesetzgebung ermöglicht nach Hitzners Darstellung die Installation verdachtsunabhängiger Videoüberwachungsanlagen mit Einschränkungen: Ohne konkrete Tatverdacht müssen die Kameras so eingestellt sein, dass einzelne Personen nicht identifiziert werden können. Nur der zweckgebundene Einsatz ist zulässig. Speicherung und Ausdruck sind nur erlaubt, wenn eine konkrete Straftat beobachtet wird. Die betroffene Bevölkerung sollte durch Veröffentlichungen, ggf. Warntafeln, auf die Videoüberwachung hingewiesen werden. In der Praxis existieren unterschiedliche Ländergesetzgebungen. Zukünftige Präzisierungen sind zu erwarten.

Laut Hitzner verfolgt die Videoüberwachung im öffentlichen Raum unterschiedliche Ziele:

- ≈ Die Abschreckung potenzieller Straftäter und Störer
- ≈ Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wird durch Präsenz und Erfolgsmeldungen erhöht

tausendmal pro Jahr erbracht.

Das weitere Vorgehen wird wie folgt aussehen: prozess-, nicht aufgabenorientierte Einzelprozessanalyse, ggf. Änderungen und Straffungen in der Aufbau- und Ablauforganisation der staatlichen Verwaltung, ggf. Streichung von Regeln, Vorschriften, Verordnungen oder Gesetzen (Deregulierung), technische Umsetzung unter Berücksichtigung von Basis-Komponenten und Standards. Kriterien für die Festlegung von Standards sind das Zwei-Säulen-Prinzip, d.h. bei der Festlegung von Produktalternativen muss eine aus dem Open Source Bereich stammen, sowie das Rettungsankerprinzip. Hier muss bei Ablösung des Produkts der Datenexport in ein anderes Produkt gewährleistet sein.

Ausbau des Behördennetzes

Seit Januar dieses Jahres wird das Bayerische Behördennetz in den Bereichen Sprache, Mobil, Daten und Internetzugang ausgebaut. Alle Ministerien sowie 89 staatliche Behörden und 872 Kommunen sind angeschlossen. Bereitgestellt werden zentrale Übergänge, z. B. zum Ausländerzentralregister und zur Datenbank BAYERN-RECHT. Es besteht die Möglichkeit einer Leitungsverkettung, der Sprach-Daten-Integration oder der Netztrennung in sog. Virtual Private Networks - VPN. DK

Prof. Dr. Klaus Jamin/FH München:

Wertorientierung - auch bei Behörden

Die E-Government-Visionen der Bundesländer verfolgen laut Prof. Dr. Klaus Jamin von der Fachhochschule München hauptsächlich drei Ziele: 1. Verstärkung der Bürgernähe und Orientierung an den Bedürfnissen der Kunden, 2. Erhöhung der Effizienz und Effektivität der Leistungserstellung sowie 3. Steigerung des Standortvorteils des Bundeslandes.

Wesensmerkmale modernen Verwaltungsmanagements sind die stärkere betriebswirtschaftliche Orientierung, die Anwendung von Managementkonzepten und -techniken, die auch in der Privatwirtschaft erfolgreich eingesetzt werden, Leitbilder für Dienstleistungsunternehmen, sowie die ergebnisorientierte Steuerung der Geschäftseinheiten, d. h. der Fachbereiche, Einrichtungen usw. ähnlich den Profit- oder Kostenzentren in privaten Unternehmen.

Keine Besserung in Sicht

So lange ständiges Wachstum für Unternehmer und Politiker die Grundbedingung für das Funktionieren des Systems darstellt, das wichtigste Ziel höhere Einnahmen sind, sich das Top-Management eigentlich nur für die Aktienkurse interessiert und Investoren der Geschäftsführung vorschreiben, welche Rendite - Konjunktur hin oder her - sie erzielen muss, so lange besteht Jamin zufolge keine Hoffnung auf eine grundlegende Besserung. Diese Denkweise habe auf viele Behörden abgefärbt.

Komplexer IT-Einsatz

Klaus Jamin geht davon aus, dass die Informationstechnologie (IT) zunehmend Service entscheidend, „wenn nicht gar überlebensnotwendig“ wird. Der Einsatz der Informationstechnologie wird allerdings auch immer komplexer, teurer und kurzlebiger. Gleichzeitig wachsen neben dem IT-Aufgabenportfolio auch die Erwartungen und nicht zuletzt die Ausgaben. Es ist deshalb entscheidend, den Erfolg der IT-Investitionen nachzuweisen sowie den Informatikeinsatz optimal zu steuern und zu planen. Die Datenverarbeitung wird vielfach über die Kosten gesteuert und nicht wie andere Investitionen behandelt.

Diffuser Nachweis der Wertschöpfung

Während in vielen Behörden die IT-Kosten mehr oder weniger gut nachgewiesen und zugeordnet werden können, bleibt der Nachweis der Wertschöpfung diffus. Allenfalls wird eine emotionale Beurteilung des Nutzens vorgenommen. Von dieser unbefriedigenden Praxis gilt es Abstand zu nehmen. Wert und Nutzen der IT müssen anschaulich und fassbar nachgewiesen werden. Neue Methoden sind hier nicht hilfreich. „Die meisten Managementgurus“, so

In der einjährigen Pilotphase wurden 158 Straftaten registriert. Der Rückgang der Straftaten lag bei etwa 14,6 Prozent. Hinweise auf eine Verdrängung der Kriminalität wurden nicht gefunden. Seit dem 1. September 2001 werden nur noch drei Bereiche überwacht. An diesen Stellen kann eine ständige Bildaufzeichnung vorgenommen werden.

Technische Umsetzung

Was die technische Umsetzung angeht, so ist die Kamera für Übersichtsbilder (Weitwinkel) eingestellt. Diese erlauben keine Identifizierung, gestat-

Jamin, „haben von richtiger Unternehmensführung keine Ahnung“. Sie entwickelten kurzzeitige Konzepte, die oftmals in die Irre führten. Unternehmensberater, die Unternehmen selbst gründen, scheitern immerhin zu über 70 %.

Neue Methoden

Beispiele für neue Methoden sind: Reengineering, Total Quality Management, Zeitwettbewerb, Outsourcing, Kernkompetenz, Balanced Scorecard, Customer Relationship, Management, usw. Benchmarks geben die Ansatzpunkte. Die meisten Benchmarks-(Vergleiche) betrachten leider auch nur die Kostenseite. Statistische Korrelationen lassen sich nur für die IT-Kosten, bezogen auf den Ausbaustand der Informatik und Kennziffern der Bürokratie herstellen. Schon die Korrelationen zum „Umsatz“ sind Jamin zufolge wenig aussagefähig. Ein statistisch aussagefähiger Zusammenhang zwischen IT-Investitionen und Ergebnissen (z.B. für Bürgerversorgung) besteht nicht.

Hohe Personalkosten

Berechnungen der Meta Group zufolge entfallen durchschnittlich nur 15 Prozent der gesamten IT-Kosten eines Unternehmens auf Software und 16 Prozent auf Hardware. Für Outsourcing-Projekte seien weitere 12 Prozent und für sonstige Kosten - etwa Anschaffungen im TK-Bereich - rund 15 Prozent zu veranschlagen. Den Löwenanteil - 42 Prozent - machen die Personalkosten aus, und genau darin liegt das Problem.

Fünf Goldene Regeln

Deshalb stellte Jamin zum Abschluss seiner Ausführungen „fünf Goldene Regeln für IT-Investitionen“ auf:

1. Alle Projekte sollen einen eindeutigen Bezug zum Kerngeschäft (Bürgernähe) haben.
2. Ein aussagekräftiger und quantifizierbarer Investitionsfall, bei dem sich die Ausgaben in zwei Jahren „amortisieren“ muss gefunden werden.
3. Synergien mit anderen Behörden gehen zwar zu Lasten der eigenen Freiheit, zahlen sich aber unter dem Strich aus.
4. Standardisieren, Outsourcen (auslagern) und Rationalisieren bedeutet vermeidbare Kosten einsparen.
5. Die IT muss ihre Querschnittsrolle im Unternehmen aktiv nutzen und dafür Verantwortliche bestimmen (Monitoring einführen). DK

ten aber eine Beurteilung der Lage. Schutzbereiche werden berücksichtigt und automatisch ausgeblendet. Dort sieht der Bediener selbst bei schwenk- und neigbaren Kameras keine Bilder. Die Aufzeichnung erfolgt in einem Kurzzeit-Ringspeicher, der nicht eingesehen werden kann. Erst auf Knopfdruck bei Erkennen einer Straftat werden die Dateien aus dem Ringspeicher gesichert und sind abrufbar. Die Betrachtung der Bilder mit dem 4-Augen-Prinzip verhindert Voyeurismus. Die Löschung aller Dateien entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erfolgt automatisch im System. DK

Karl-Heinz Gerl/E.ON Bayern:

Nutzung von Geodaten zur Optimierung der Arbeitsprozesse

E.ON Bayern, das größte regionale Versorgungsunternehmen in Deutschland, ist durch sein ausgedehntes Versorgungsnetz einer der größten Nutzer von Geodaten in Bayern. Am Beispiel Bauantrag machte Karl-Heinz Gerl den Nutzen aus Geodaten deutlich.

Die Vorteile für den Kunden bestehen darin, dass kompetente Gesprächspartner im Vorfeld und im Rahmen des Genehmigungsvorgangs zur Verfügung stehen und somit Hinweise auf mögliche Probleme bzw. Lösungsmöglichkeiten gegeben werden können. Der Vorteil für die Verwaltung liegt wiederum in der wesentlichen Zeitersparnis bei Prüfung und Bewertung der Unterlagen, im eingesparten Weg in die Örtlichkeit, im Entfallen der Suche nach Bauleitplanung und Bauunterlagen (jeder kann die Pläne einsehen) sowie in der möglichen Integration zur Beitragsrechnung. Entscheidend für den Nutzen aus Geodaten für Kommunen ist die Integration in die täglichen Arbeitsprozesse.

Paradigmenwechsel

Gerl zufolge hat ein Paradigmenwechsel beim GIS-Einsatz in der Kommune stattgefunden. Es ist eine konsequente Ausrichtung am Nutzen feststellbar, zudem geht die schnelle Verfügbarkeit vor Datenbereinigung. In fast allen Prozessen werden Geodaten verwendet - 80 Prozent aller Daten haben einen Geobezug. An Geodaten werden differenziertere Anforderungen als früher gestellt; vernetzt werden diese via Internet und schließlich an allen Arbeitsplätzen genutzt. Ziel ist die Vereinfachung von Geschäftsprozessen durch die wirtschaftliche Nutzung von Geodaten.

Im Vordergrund steht die Umsetzung

Das GeoService-Portal bietet ein Komplett-Paket zur wirtschaftlichen Nutzung von Geodaten - von der Beschaffung der Geodaten bis zur Integration in die Arbeitsprozesse. Die Kosten setzen sich zusammen aus dem Aufbau der Geodaten (einmalige Kosten), der Projekteinführung (einmalige Kosten), der Fortführung (regelmäßige Kosten) und der Nutzung (regelmäßige Kosten). Nicht die Technologie steht im Vordergrund, sondern die Umsetzung. Gemeinsam mit dem Kunden kümmert sich E.ON Bayern darum, dass in der jeweiligen Kommune 80 Prozent aller Daten räumlich genutzt werden können. Der Unterschied zu anderen Anbietern lautet: Projektverantwortung anstatt Verkauf von Soft- und Hardware.

Komplett-Service-Paket

Die Kosten für ein „Komplett-Service-Paket mit Erfolgsgarantie“ belaufen sich laut Gerl bei den einmaligen Kosten für die Datenlieferung und Aufbereitung, Installation und Schulung (ausgehend von einer Kommune mit 4000 Einwohnern in etwa 1000 Gebäuden auf einer Fläche von ca. 10qkm) auf pauschal 11.590 Euro. Bei den laufenden Kosten (Miete, System incl. Wartung und Hotline für alle Arbeitsplätze), spricht der Nutzung der Geodaten Basis, ist ein Jahres-Preis von 2880 Euro anzusetzen. DK

Walter Ganßer/Bayerisches Innenministerium:

Notwendige Standardisierung

Die „Notwendigkeit der Standardisierung und Herstellung von Interoperabilität“ stellte Ministerialrat Walter Ganßer vom Bayerischen Staatsministerium des Innern dar. Früher, so Ganßer, sei die IT-Landschaft heterogen gewesen. Es habe nur singuläre Lösungswünsche und kein gemeinsames Netz gegeben, zudem sei durch mangelhafte Ressourcen eine mangelnde Abstimmung zu verzeichnen gewesen. Pioniergeist habe zwar geherrscht, doch habe man sich immer wieder mit Verständigungsproblemen und Zusatzkosten auseinandersetzen müssen.

Vor diesem Hintergrund habe der Ministerrat am 9. Juli eine „drastische Vereinheitlichung der IuK-Binnenstruktur“ beschlossen. Darin wird der Koordinierungsausschuss beauftragt, „detaillierte, einheitliche technische Standards und Normen auszuarbeiten“.

Gesamtstrategie

Die Gesamtstrategie der IT-Reform umfasse die rasche Entwicklung von Online-Verfahren, die Entwicklung von Basis-Komponenten für Querschnittsanwendungen, die Zentralisierung der Rechen- und IT-Betriebszentren sowie IT-Standards und IT-Richtlinien. Grundsätzlich, so Ganßer, lasse sich eine Standardisierung sowohl über den Weg der Definition technischer Schnittstellenstandards als auch über die Festlegung auf bestimmte Pro-

Ingenieurbüro Wenninger:

Geoinformatik im Visier

Neue Technologien erlauben neue Abrechnungsmodelle. Das Internet revolutioniert die Zugriffs- und Anwendungsmöglichkeiten moderner Verwaltungssysteme. Am meisten profitieren davon grafisch orientierte Informationssysteme (GIS). Das Ingenieurbüro Wenninger in Ismaning widmet sich ausschließlich dem Thema Geoinformatik. Es stellt Werkzeuge und Daten zur Verfügung, um die reale Umwelt abzubilden, analysieren und verwalten zu können.

Vor allem die Möglichkeit zentraler Datenhaltung (z.B. Kataster beim Katasteramt, Kanal beim Zweckverband, Straße beim Straßenbauamt, Stadtplan beim Kartenverlag etc.) erleichtert die Arbeit ungemein - sie wird dort vorgenommen, wo die Daten zuhause sind und nicht doppelt und dreifach. Auch die Kosten werden dadurch dramatisch verringert. Bezahlt wird nur, was wirklich genutzt wird.

„Rundum Sorglos Paket“

Das „Rundum Sorglos Paket“ des Ingenieurbüros bietet eine Reihe von Highlights. So wird die Software für Auskunfts- und Administratorenarbeitsplätze zur Verfügung gestellt - und zwar immer die neuesten Versionen. Außerdem kümmert man sich um die Bereitstellung der notwendigen Geobasisdaten, bei entsprechender Berechtigung auch um das amtliche Liegenschaftsbuch. Der Kunde greift immer auf den aktuellsten Datenbestand zu, da Wenninger die Aktualisierung übernimmt bzw. auf die Originaldaten zugreift. Kostenlos werden auf der Basis von Stadtplänen die Orientierungsdaten mit Adresssuche zur Verfügung gestellt und die Stadtpläne nach ihren Angaben erweitert. Es gibt keine Beschränkung mehr für Auskunfts- und Analysearbeitsplätze, da es sich um normale Webbrowser-Technologie handelt.

Schulung des Personals

Hinzu kommt, dass Wenninger bei der Erfassung, Integration und Pflege der Fachdaten hilft und mit den betreuenden Fach-Ingenieurbüros kooperiert und das Personal der Kunden schult. Vom ersten Tag an wird mit den Daten und der Applikation gearbeitet - vom

einmalige Umstellung am Anfang gerechnet werden muss (Lizenzen, Migration, Umschulung), der Zwang zum Update auf neue Versionen und die Abhängigkeit von einem oder wenigen Herstellern besteht, eine Skalierbarkeit fehlt und eine gewisse Anfälligkeit gegen Viren bzw. Angriffen von außen vorhanden ist. Auch könnten vergabe- und wettbewerbsrechtliche sowie mittelstandspolitische Probleme auftreten. Somit sei eine genaue Abwägung der Chancen und Risiken vonnöten.

Chancen...

Chancen der Standardisierung seien in den besseren Konditionen der Lieferanten, der maximal übergreifenden Funktionalität, der einfacheren Schulung, Einführung und Support und dem vereinfachten Personalwechsel zu suchen, erläuterte Ganßer. Auch sei der Datenaustausch erleichtert, die Zentralisierung der Beschaffung möglich und der Produktwechsel einfacher. Zudem könnten Verwaltungsprozesse leichter vereinheitlicht werden.

... und Risiken

Risiken bestünden hingegen, dass bei einem Wechsel hohe Investitionen für neue Komponenten und Lizenzen nötig sind, mit sehr hohen Kosten für die

Bürgermeister bis zum Pfarrer, von der Kanalverwaltung bis zum Friedhofskataster. Notwendig ist nur ein Internetzugang. Der Kunde bestimmt, welche Daten nur intern und welche extern visualisiert bzw. abgefragt werden dürfen. Durch die flexiblen Abrechnungsmodelle hat er seine monatlichen Kosten exakt und übersichtlich im Griff. Mittels standardisierter Abfragemasken, amtlicher Daten sowie eines übergreifenden Informationssystems im Web wird eine höchstmögliche Akzeptanz bei Mitarbeitern und Bürgern erreicht. Schließlich ist auch die Integration in den Webauftritt der jeweiligen Kommune oder Behörde möglich. Die Abfrageergebnisse können sofort in die Standard-Office-Produkte integriert werden.

Langjährige Erfahrung

In den vergangenen Jahren sind auf der Basis langjähriger Erfahrung im Umgang und der Produktion von Geodaten und der Entwicklung von Software für die Geoinformatik, Telematik & Navigation und Vermessung zusammen mit Kunden und Partnern zahlreiche Projekte realisiert worden. Dazu gehören: ZÜRS - Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen für die Versicherungskammer Bayern und den Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft, Web-Mapper für Txnet, gemeinsam mit dem Werbebüro Wolfgang Thaler, Roadmap 320 für Magellan, einem der großen GPS-Hersteller, Terra Bavaria für das Bayerische Landesvermessungsamt und das Bayerische Finanzministerium, sowie GPS 2000 und 2000 professional für IPC-Archt, der Hersteller von Notebooks im Low-Budget Bereich. **DK**

einmalige Umstellung am Anfang gerechnet werden muss (Lizenzen, Migration, Umschulung), der Zwang zum Update auf neue Versionen und die Abhängigkeit von einem oder wenigen Herstellern besteht, eine Skalierbarkeit fehlt und eine gewisse Anfälligkeit gegen Viren bzw. Angriffen von außen vorhanden ist. Auch könnten vergabe- und wettbewerbsrechtliche sowie mittelstandspolitische Probleme auftreten. Somit sei eine genaue Abwägung der Chancen und Risiken vonnöten.

Robert Voglsgang/FAST:

Barrierefreiheit im Web

Der bayerische Ministerrat hat am 10. Dezember 2002 den von Sozialministerin Christa Stewens vorgelegten Entwurf eines Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung nach Durchführung der Verbandsanhörung endgültig beschlossen. Das neue Bayerische Gleichstellungsgesetz ist am 01. August 2003 in Kraft getreten.

In Artikel 9 Abs. 1 Satz 1 des BayBGG werden für die Behörden des Freistaates Bayern, für die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen unter der Aufsicht des Freistaates Bayern stehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts konkrete Pflichten zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und zur Schaffung von Barrierefreiheit und Teilhabe begründet. In Verbindung mit Art. 13 Satz 1 BayBGG wird hier explizit auch eine Verpflichtung zur barrierefreien Gestaltung von Internet- und Intranetauftritten und -angeboten aufgeführt.

FAST hat sich bereits vor einiger Zeit mit dem Thema Barrierefreiheit im Web befasst und sich hier ein umfangreiches Know-how angeeignet. So wurden durch FAST die Webauftritte für die Bayerische Staatskanzlei und das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie barrierefrei gestaltet.

Derzeit ist FAST mit der barrierefreien Gestaltung des Webauftritts für das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten befasst. In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbund werden mehrere Prototypen in Form von Templates erstellt, die es sowohl sehenden als auch blinden Menschen ermöglichen, die Navigation und den Inhalt der Webseiten barrierefrei zu erreichen. Je nachdem, mit welcher technischen Ausstattung (textbasierter Browser, Braillezeile, grafischer Browser etc.) der Besucher die Website aufruft, wird ein und dieselbe Webseite in unterschiedlicher Form passend aufbereitet ausgegeben. Durch die medienübergreifende Anpassung wäre es dann möglich, die Ausgabe der Informationen auch für PDA's oder Handy's zu optimieren. **DK**

Peter Schiefen/InterSource:

Einsparpotenziale durch elektronischen Einkauf

Nach Expertenschätzungen beschafft der Public Sector gegenwärtig Güter und Dienste im Wert von jährlich 300 Milliarden Euro. Davon könnten - so die Expertenschätzungen - zwischen acht und zwölf Prozent des Beschaffungsvolumens gespart werden, wenn alle Möglichkeiten der elektronischen Beschaffung ausgeschöpft würden. In Mark und Euro ausgedrückt bedeutet das: Es besteht im Public Sector ein jährliches Einsparpotenzial von rund 30 Milliarden Euro.

Einen Erfahrungsbericht aus der Praxis mit über 130 öffentlichen, davon über 100 kommunalen Verwaltungen, gab Dipl.-Kfm. Peter Schiefen, PSG Procurement Service GmbH, Geschäftsbereich InterSource, Lohmar bei Köln. InterSource, im Mai 2000 entstanden aus einem Pilotprojekt mit Kommunen im Erftkreis, bietet die führende Beschaffungsplattform für öffentliche Verwaltungen und deren Einrichtungen an.

Kosteneinsparung

Die InterSource-Systeme, gemeinsam mit Vergabebüros, Rechnungsprüfungsämtern und Beschaffern der öffentlichen Verwaltungen konzipiert, bieten der Verwaltung folgende Vorteile: Sofortige Kosteneinsparung (Einkaufspreise und Prozesskosten), zentrale Bestellung falls gewünscht bei zentraler Kontrolle, keine Investitionen in Systeme, Transparenz und Prüfbarkeit der Beschaffungsprozesse sowie Komplettlösung für Be-

schaffung und Ausschreibung. Die Vorteile für Lieferanten bestehen in einer vereinfachten Auftragsabwicklung, neuen Geschäftspotenzialen, dem Einstieg in eCommerce, der Kostenreduzierung im Vertrieb sowie der Wirtschaftsförderung durch Einbindung lokaler und regionaler mittelständischer Lieferanten. Im Mittelpunkt stehen Verbrauchsartikel für Rettungsdienst, Büromaterial, Papiere, Hausbedarf, Reinigung, Werkzeuge sowie IT-Verbrauchsmaterial und Hardware. Im Aufbau befinden sich u.a. Angebote in den Bereichen Schulbedarf und -möbel sowie Strassenunterhaltung/Winterdienst.

80%-Regel berücksichtigen

Fazit: Laut Ganßer müssen Prozesse erst reformiert und dann it-unterstützt werden. Wichtig sei es, nicht das Maximum zu fordern, sondern die 80%-Regel zu berücksichtigen. Lösungsansätze dürften nicht zerredet werden, im kommunalen Bereich seien neue Kooperationsmodelle zu diskutieren. **DK**

Reinhard Tandler/Tandler.com GmbH:

Mehr Sicherheit bei der Kanalisationsplanung

Das geografische Kanaldaten-Informationssystem KANAL++ der tandler.com GmbH, Buch a. Erlbach, gilt als richtungweisendes Support-System für die grafische Planung, Bearbeitung und Analyse von entwässerungstechnischen Aufgabenstellungen der Siedlungswasserwirtschaft.

Gerade in der gemeindlichen Siedlungsplanung spielt der ungehinderte Wasserabfluss eine zentrale Rolle, hängt an der einwandfrei und richtig eingeschätzten Stauemenge doch ein erhebliches Maß an Risiko, wenn es zu Überstaus bzw. Überflutungen kommen sollte. Die andere Seite, und für manchen kommunalen Anwender von entscheidender Bedeutung, ist die möglichst einfache und schnelle Durchführung von Analysen und Berechnungen.

Neue Wege im Informationsmanagement

KANAL++ beschreitet neue Wege im Informationsmanagement von unterirdischen Netzsystemen. Erstmals sind keine Zusatzbausteine wie relationale Datenbanken und externes Grafiksystem notwendig. KANAL++ stellt die Synthese beider Komponenten in einem einzigen kompakten, echt Objekt orientierten System dar. Außer einem WINDOWS Betriebssystem wird keine Zusatzsoftware mehr benötigt. KANAL++ ist damit das erste GKIS dieses Bereichs auf dem Markt.

Schnittstellenproblematik

Besonderes Augenmerk wird auf die Schnittstellenproblematik gelegt. In KANAL++ lassen sich hervorragend verschiedene Systeme mit bereits vorhandenen Daten zusammenführen; eine bisher nicht vorhandene Erleichterung in der Praxis aller bereits realisierten Projekte in Kommunen und Ingenieurbüros.

Analytische Stärken der Software

Seine analytischen Stärken zeigt die Software in den Highlights des Programms. Sie liegen in der direkten Anbindung von:

Widemann Systeme:

Breite Lösungspalette

Widemann Systeme wurde im Mai 2003 in Nizza von Autodesk als Best Sales Performance GIS-Partner für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2002 ausgezeichnet. Diese Auszeichnung erhält Widemann Systeme nun schon das dritte Jahr in Folge. Die langjährige Erfahrung des Unternehmens im Bereich GIS und sein über die Jahre hinweg kontinuierlich gewachsener großer Kundenstamm haben diesen Erfolg möglich gemacht.

Widemann bietet Lösungen für: Stadtplanung, Bauleitplanung, Landschaftsplanung, Objektplanung/Pflanzplanung, GIS, Straßenplanung, Kanalplanung, Hochbauarchitektur, Visualisierung, 3D Pflanzenbibliothek, Vermessung, CAD-Hardware und Netzwerke.

Freie Skalierbarkeit

Mit GIS von Autodesk und ESRI sowie darauf basierenden Eigenentwicklungen präsentiert das Münchner Unternehmen mit Stammsitz in Wiesbaden z.B. Anwendungen im Bereich Desktop-GIS, GIS auf CAD-Basis und Internet-/Intranet-GIS. Für den Garten- und Landschaftsplaner, Landschaftsarchitekten und Stadt-

1. Kanalnetzrechnungsmethoden: Alle zum Industriestandard gehörenden Berechnungsverfahren mit dem komplexen Parallelschnittverfahren. Hinsichtlich der hydrodynamischen Berechnungsmethoden werden verifiziert auch die Lagekoordinaten im G(K)IS bei der Berechnung auf zweierlei Weise ins Spiel gebracht: einmal bei den Einzugsgebieten, zum anderen bei der Berechnung von Schachtverlusten. Infolge der Multiprozessortechnologie sind auch beliebige Langzeitsimulationen und damit echte Überflutungsnachweise durchführbar.

2. KANAL-Vermögen-/Kosten-/Abrechnung: Mit ANLA, WERT für Windows und KANABIS bekommt man sämtliche Kosten in Zusammenhang mit dem Kanalnetz schnell und sicher in den Griff. KANABIS ermöglicht dabei sogar die Aufnahme beliebiger Leistungsverzeichnisse.

3. Schadensuntersuchung und -bewertung: Aufbau eines kompletten Videoinformationssystems zur Kontrolle der Befahrungen mit umfassenden Kontroll- und Datenanalysemöglichkeiten. So sind Bewertung und Ermittlung der Sanierungsprioritäten unter Berücksichtigung der Längenausdehnung der Schäden von Überlagerungen gezielt möglich.

4. Geländemodelle ermöglichen nunmehr die direkte Übernahme der Höhenkoordinaten in die Kanalnetzdaten und in die Einzugsgebietsdaten.

Mit diesen Funktionen ausgestattet, und vor allem mit der rechnerisch einzigartigen und in wissenschaftlichen Versuchen nachgewiesenen Genauigkeit von Rückstau- und Überflutungsszenarien, dürfte KANAL++ die Nummer Eins sein, was Wirtschaftlichkeit und nachhaltige Planungssicherheit angeht. **DK**

planer gibt es wiederum die Systemlösung WS-LAND-CAD. Diese ist frei skalierbar für sämtliche Bereiche der Freiflächenplanung, bis zur verbindlichen und vorbereitenden Bauleitplanung.

Kreative Planungen

Lösung bedeutet: Man bekommt bei Widemann mehr als nur die Software. Von der für den Kunden sinnvoll konfigurierten Hardware/Netzwerke über die Software sind auf Wunsch auch Installation, Schulungen und Support erhältlich. Ziel ist es, Lösungen an die Hand zu geben, die den Nutzer in seiner täglichen Arbeit unterstützen, so dass er sich ganz auf seine kreative Planung konzentrieren kann. **DK**

Gerhard Dix/Bayerischer Gemeindetag:

E-Government aus kreisangehöriger Sichtweise

„E-Government leistet einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Hier liegen Potenziale zur Effizienzsteigerung öffentlicher Dienstleistungen, zur Neustrukturierung öffentlicher Aufgaben und zur Modernisierung der Verwaltung.“ Trotz der zwischenzeitlich geschaffenen technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ließen die Zugriffszahlen auf kommunale Internetangebote allerdings noch zu wünschen übrig, erklärte Gerhard Dix, Bayerischer Gemeindetag.

E-Government-Aktivitäten in Rathäusern hingen, so Dix, ganz entscheidend von zwei Gesichtspunkten ab: Erstens von der Finanzkraft der jeweiligen Gemeinde und zweitens vom Know-how der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch interkommunale Zusammenarbeit ließen sich erhebliche Synergieeffekte erzielen, wie die Kommunalen Behördenetze auf Landkreisebene (KomBN) zeigten. Etwa die Hälfte der 71 bayerischen Landkreise verfügten über ein solches KomBN.

Einsparungspotenzial

Vorteile aus Sicht der bayerischen Gemeinden bestünden in schnelleren und sicheren Verbindungen zwischen den Behörden, landkreisweiten elektronischen Diensten (Behördenwegweiser, Verzeichnisse, Formulare, Veranstaltungskalender) sowie finanziellem Einsparungspotenzial durch gemeinsames Beschaffungswesen, gemeinsamer Errichtung der Schutzmaßnahmen und gemeinsamem Personalmanagement im EDV-Bereich.

Aktuelle Umfrage

Im Mai dieses Jahres führte der Bayerische Gemeindetag bei seinen 2000 Mitgliedsstädten, -märkten und -gemeinden im kreisangehörigen Bereich eine E-Government-Umfrage durch. Dabei gaben 87,9 Prozent der 750 tatsächlich teilnehmenden Kommunen an, einen eigenen Internetauftritt zu haben. Von den restlichen Gemeinden, die bislang noch keine Homepage haben, planen immerhin 93,3 Prozent diesen Schritt.

Die Vorteile beim Anschluss an ein KomBN werden gesehen in Synergieeffekten beim Perso-

naleinsatz, im Beschaffungswesen und inhaltlich in einem sicheren und schnellen Datenverkehr, in der Bereitstellung zentraler Dienste und schließlich im Zugriff auf ein Geografisches Informationssystem (GIS). Die Vorteile beim Anschluss an das Bayerische



Gerhard Dix.

Behördenetz liegen laut Umfrage in dem Zugriff auf die Datenbank BayernRecht. Kritisiert wurden die relativ hohen Anschlusskosten (20 Prozent) sowie noch fehlende Anwendungsmöglichkeiten für den kreisangehörigen Bereich (18 Prozent). Fünf Prozent der Befragten kennen das Bayerische Behördenetz nicht. 98 Prozent der antwortenden Gemeinden gaben an, per E-Mail erreichbar zu sein.

Fehlende Strategien

Fazit: Langfristig besteht nach Darstellung von Gerhard Dix durch den Einsatz neuer Medien die Chance, Kommunalverwaltungen effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Vor dem Erreichen dieses Ziels stünden aber noch gewaltige In-

vestitionen sowie Schulungen von Mitarbeitern. In den Rathäusern fehlten noch allzu häufig klare E-Gov-Strategien, notwendig seien deshalb politische Weichenstellungen vor Ort. Vielerorts biete sich interkommunale Zusammenarbeit an, in Zeiten leerer Haushaltskassen werden jedoch nicht alle Wünsche umgesetzt werden können.

Flexibilität ist gefragt

E-Government wird auch die Fragen nach den bisherigen Prozessabläufen und Zuständigkeiten eröffnen. So stünden die Beteiligten möglicherweise am Beginn einer Diskussion über eine Funktionalreform. Im übrigen, so Dix, würden schlankere Verwaltungen, Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen nicht durch Beharrungsvermögen erreicht, sondern durch Innovation und Flexibilität. Auch müsse man sich darüber im Klaren sein, dass die virtuellen Rathäuser die real existierenden nicht ersetzen, allenfalls ergänzen werden. Dix: „Die Ergebnisse der E-Government-Umfrage zeigen, dass von einer euphorischen Umsetzung von E-Government-Anwendungen keine Rede sein kann. Schritt für Schritt mit Augenmaß unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungskraft der einzelnen Gemeinde wird die digitale Welt weiter erschlossen.“ DK

Projekt PCBingo

Das Projekt PCBingo, das von Claudia Datzler und Prof. Dr.-Ing. Kurt Riederer von der FH Würzburg Schweinfurt initiiert wurde, hat sich zum Ziel gesetzt, die Grundschulen in Stadt und Landkreis Schweinfurt mit EDV auszustatten. Diesem ehrgeizigen Ziel dürfte die Aktionsgruppe nunmehr ein Stück näherkommen. Landrat Harald Leitherer, der mit OB Gudrun Griesser die Schirmherrschaft über das Projekt übernommen hat, übergab am 1. Oktober im Landratsamt an die Initiatoren 30 gebrauchte PCs, die voll einsatzfähig sind. DK



Sehr beachtlich war auch heuer das Interesse an der GZ-Fachtagung „Die Virtuelle Behörde.“

Fujitsu Siemens Computers GmbH:

Umfassendes Spektrum, fairer Preis

Fujitsu Siemens Computers ist das führende europäische Computerunternehmen und Marktführer in Deutschland. Mit rund 7.500 Mitarbeitern und modernsten Fertigungsstätten in Deutschland (Augsburg, Paderborn und Sömmerda) bietet Fujitsu Siemens Computers den Geschäfts- und Privatkunden in Europa, Afrika und dem Mittleren Osten (EMEA) eines der weltweit umfassendsten Produkt- und Lösungsportfolios: die gesamte Bandbreite des Personal Computing und Enterprise Computing - von mobilen Produkten, PCs und Workstations über Intel- und Unix-Server bis zu Großrechnern und Speicherlösungen.

Die neuen SCENIC Professional PCs stehen nicht nur für revolutionäres Design und modernste Technik bei Chipsatz und Prozessoren, sie sind vielmehr auch die Antwort auf eine immer dringlicher werdende Frage: Was lässt sich gegen Geräuschentwicklung und ihren Einfluss auf die menschliche Gesundheit und damit die Produktivität tun? Der neue SCENIC Professional PC ist ein mit modernster geräuschdämmender Technologie ausgestatteter Whisper PC - und das zu einem fairen Preis.

Spezielles Coaching

Die deutsche Vertriebsorganisation von Fujitsu Siemens Computers hat ihre Zentrale in Bad Homburg v.d.H. Die Orientierung auf definierte Kundensegmente sieht eine enge Zusammenarbeit mit den Kanälen und den Partnern sowie eine intensive Betreuung mit Unterstützung durch Expertenteams vor. Großkunden werden direkt von Account-Managern in Kooperation mit Part-

nern betreut. Acht Regionen decken das Bundesgebiet mit zwölf Geschäftsstellen komplett ab und sichern kurze Reaktionszeiten und Präsenz beim Anwender. Die Branchenorientierung wird durch spezielles Coaching verstärkt; neben Behörden und dem Bankensektor stehen Telekommunikation und der Bereich soziale Sicherheit im Vordergrund.

Regionale Gliederung

Im Segment Partner & Medium Enterprise Business wird die Zusammenarbeit mit Distributoren und Value Added Resellern und die Betreuung der Systemhäuser und Systemintegratoren intensiviert. Dadurch sowie durch die Beziehungen zu unabhängigen Software Herstellern (ISV) ergibt sich eine breite Leistungspalette für mittelständische IT-Anwender, die als wichtige Zielgruppe definiert wurde. Die Unterstützung der Partner bei der Betreuung der Kunden vor Ort wird durch die regionale Gliederung sichergestellt. DK

Kindermann & Co. GmbH:

Elektronische Präsentations-Systeme

Ein komplettes Zubehörportfolio und alle notwendigen Produkte für Konferenztechnik bietet Kindermann an. Damit ist das Unternehmen in der Lage, alle Produkte rund um visuelle Präsentationen zu liefern. Kindermann in Ochsenfurt produziert und vertreibt nicht nur Overheadprojektoren und Daten-/Videoprojektoren, sondern auch die gesamte Zubehör-Palette für den Konferenzraum. Ein großer Teil dieser Produkte werden im Unternehmen entwickelt und produziert. Der Verkauf erfolgt über die qualifizierten Fachhandelspartner des Unternehmens. „Gerade für gewerbliche Nutzer ist die Vermarktung über unsere Fachhändler ein Garant für individuelle und professionelle Beratung bis hin zur Installation eines kompletten Präsentationssystems mit allem notwendigen Zubehör“ erläutert Vertriebsleiter Michael Fries.

Zum Zubehörangebot gehört beispielsweise das neue Schienensystem, für Tafeln, Regale, Flipcharts und Leinwände. Alle einzelnen Komponenten sind kompatibel. So kommt mit diesem platzsparenden System nicht nur mehr Ordnung in den Konferenzraum, sondern deutlich mehr Flexibilität. Mit dem Conference Control hat Kindermann eine kompakte und leistungsfähige Mediensteuerung für Daten-/Videoprojektoren und Raumtechnik entwickelt. Damit werden alle Funktionen der eingesetzten Computer und Projektoren, bis hin zum Raumlicht oder der elektrisch betriebenen Leinwand gesteuert. Etwa 120 verschiedene Leinwände gehören ebenso zum reichhaltigen Zubehör-Programm bei Kindermann: von der einfachen Stativ-Leinwand über portable Projektionswände bis hin zu Lösungen mit Elektroantrieb im Format 300 x 300 cm - Übergrößen auf Anfrage. MultiMedia-Möbel, Projektionstische, Diaprojektoren, Moderationssysteme wie Flipcharts und Copyboards, Videokameras für Präsentationen und das komplette Zubehör wie Kabel, Monitorsplitter, Selektoren, Deckenhalterungen für Projektoren und anderes mehr runden das Angebot ab. DK

Richard Stelzer/Bayerischer Städtetag:

Verwaltungsrecht im E-Government-Zeitalter

Die Übermittlung elektronischer Dokumente ist zulässig, soweit der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet. Laut Richard Stelzer vom Bayerischen Städtetag ist es immer der Empfänger, der erklären muss, dass er zur Entgegennahme elektronischer Dokumente bereit ist.

Die ausdrückliche Zugangseröffnung durch Behörden vollzieht sich folgendermaßen:

≪ Bekanntgabe auf der Homepage

≪ Inhalt - v.a. zu verwendende Dateiformate und Standards für die Signatur bzw. Verschlüsselung

≪ Hauptzielrichtung ist die formfreie Kommunikation über E-Mail im Gegensatz zu formulargebundenen Angeboten

≪ Eine Beschränkung auf einzelne Bereiche der Behörde (z.B. Sachgebiete) ist möglich

≪ Eine Beschränkung auf ein Produkt bei der Signatur ist derzeit möglich und sinnvoll

≪ „Behörde gibt die Regeln vor und kann darauf verweisen“

≪ Musterzugangseröffnung durch Deutschen Städtetag.

Bei der konkludenten Zugangseröffnung durch Behörden wird eine E-Mail-Adresse auf einem Briefbogen oder einer Webseite bekanntgegeben.

Damit ist jedoch nicht das Einverständnis zum Empfang schriftformgebundener Eingänge verbunden. Stelzers

Empfehlung: „Wo E-Mail-Adressen von Behörden veröffentlicht werden, sollte auf die Regeln in der Zugangseröffnung verwiesen werden.“

Kommunikationsordnung

Folgen der Zugangseröffnung durch Behörden sind das zwingende Erfordernis einer regelmäßigen E-Mail-Eingangskontrolle und die Gewährleistung der Eingangskontrolle bei Abwesenheit von Mitarbeitern. Zu empfehlen ist hier der Erlass einer Kommunikationsordnung (zum Beispiel Dienstweisung). Ist ein der Behörde übermitteltes elektronisches Dokument zur Bearbeitung nicht geeignet, teilt sie dies dem Absender unter Angabe der für sie geltenden technischen Rahmenbedingungen unverzüglich mit.

Was die konkludente Zugangseröffnung durch Bürger und Unternehmen anbelangt, so sind die Grenzen bei Bürgern wesentlich enger zu se-

hen als bei Behörden und Unternehmen. Die Bekanntgabe einer E-Mail-Adresse auf einem privaten Briefbogen oder privaten Homepage ist keine konkludente Zugangseröffnung. Diese liegt dann vor, wenn der Bürger von sich aus auf elektronischem Wege den ersten Kontakt zur Behörde sucht.

Unzulässiges Pseudonym

Eine durch Rechtsvorschrift angeordnete Schriftform kann, soweit nicht durch Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist, durch die elektroni-

sche Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen. Die Signierung mit einem Pseudonym, das die Identifizierung der Person des Schlüsselinhabers nicht ermöglicht, ist nicht zulässig.

Überprüfbarkeit

„Wird für einen Verwaltungsakt die elektronische Form verwendet, muss auch das der Signatur zugrunde liegende qualifizierte Zertifikat oder ein zugehöriges qualifiziertes Attributzertifikat die erlassende Behörde erkennen lassen“, erläuterte Stelzer. Für einen Verwaltungsakt kann für die nach Art. 3 a Abs. 2 erforderliche Signatur durch Rechtsvorschrift die dauerhafte Überprüfbarkeit vorgeschrieben werden. **DK**

„Tage der offenen Tür“ bei komuna

An zwei Tagen im Juli lud komuna, spezialisiert auf die Beratung und Betreuung von Kommunalverwaltungen beim Einsatz von EDV-Lösungen, zu den „Tagen der offenen Tür“ ein. Über 300 Bürgermeister, Geschäftsleiter, Kämmerer und Mitarbeiter der komuna-Kunden nutzten im Stammhaus Altdorf bei Landshut wie schon im vergangenen Jahr das attraktive kostenlose Vortragsprogramm zur Fortbildung.

In den sehr gut besuchten Vorträgen konnten die Besucher interessante Neuigkeiten aus den Bereichen Finanzwesen, eGovernment und Technische Entwicklungen mit nach Hause nehmen. Dies lag vor allem auch daran, dass es gelungen war, kompetente Referenten für diese Vorträge zu gewinnen.

Dynamik des Systems

Zum Auftakt referierte Manfred Leib, kommunaler Rechnungsprüfer, über „die ersten Schritte ins Neue Kommunale Finanzwesen“. Grundgedanke der Budgetierung, so Leib, sei es, stärker auf Kompetenz, Fantasie und Motivation der Fachbereiche zu setzen, die notwendige Anpassungsfähigkeit und Dynamik des Systems zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, die Gesamtverantwortung der zuständigen Budgets zu stärken, die Fachbereiche stärker als bisher in die Finanzverantwortung einzubeziehen und schließlich die Kräfte der Eigensteuerung zu mobilisieren. Damit werde ein effektiver, sparsamer und wirtschaftlicher Mitteleinsatz erreicht.

Kostenfrage

Bislang sei die Steuerung der Verwaltung hauptsächlich über die zentrale Zuteilung von Ressourcen erfolgt. Die Frage, welche Kosten für die Erstellung einzelner Produkte anfallen, wurde meist als zweitrangig angesehen. In einem Budget wird nun im Regelfall eine Vielzahl von Einnahmen und Ausgaben zusammengefasst, die im Rahmen des Haushaltsplans z.B. einem Sachgebiet, vom Gemeinderat zur selbstständigen und eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen wird. Innerhalb des Budgets kann Leib zufolge die bewirtschaftende Stelle von den Haushaltsstellen nach oben bzw. unten abweichen, wichtig ist jedoch, dass das Gesamtvolumen des Budgets grundsätzlich nicht überschritten werden darf.

Prof. Dr. Dirk Heckmann, Universität Passau, beleuchtete in seinem Vortrag „eGovernment von unten“, Johann Glück vom Bayerischen Innenministerium stellte das Bayerische Behördennetz vor und erläuterte dessen Funktion. Dr.

Manfred Mayer von der Bayerischen Staatskanzlei wiederum präsentierte in seinem Vortrag die eGovernment-Initiative der Bayerischen Staatsregierung.

Die Bayerische Staatsregierung habe es sich zum ausdrücklichen Ziel gesetzt, die neuen Informationstechnologien nutzbringend und umfassend auch in der öffentlichen Verwaltung einzusetzen. Unter dem Schlagwort „eGovernment“ verstehe sie dabei einen ganzheitlichen Reformansatz, der alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung und der Gerichte umfasst. Ziel sei es, den Kontakt von Bürgern und Wirtschaft mit Verwaltung und Justiz sowie die nötigen internen Arbeitsschritte innerhalb der Verwaltung auch online anbieten und sie damit erheblich erleichtern zu können.

Ausbau des Behördennetzes

Seit Januar dieses Jahres wird das Bayerische Behördennetz in den Bereichen Sprache, Mobil, Daten und Internetzugang ausgebaut. Alle Ministerien, sowie 89 staatliche Behörden und 872 Kommunen sind angeschlossen. Bereitgestellt werden zentrale Übergänge, z. B. zum Ausländerzentralregister und zur Datenbank BAYERN-RECHT. Es besteht die Möglichkeit einer Leitungsver-schlüsselung, der Sprach-Daten-Integration oder der Netz-trennung in sog. Virtual Private Networks - VPN.

Bei den Vorträgen und Präsentationen von komuna wurden die Anlagenbuchführung, Kostenrechnung - NKf - Umsetzung in der Praxis, das Projekt der Gemeinde Altdorf „virtuelles Bürgerbüro“, mit dem die Gemeinde Altdorf in Zusammenarbeit mit komuna am Wettbewerb innovative Verwaltung teilgenommen hat sowie alle Produkte, die komuna im Portfolio hat, vorgestellt. So hatte jeder Besucher die notwendige Zeit und die richtigen Ansprechpartner, um sich ausgiebig zu informieren.

Das eigens dafür aufgebaute Bierzelt bot außer den kulinarischen Köstlichkeiten natürlich auch Platz für zahlreiche Fachgespräche und Diskussionen. Hier fand ein reger Erfahrungsaustausch zwischen den Kollegen und Kollegen statt. **DK**



Gedanklicher Austausch am Stand von Microsoft.

Dirk Werther/Microsoft Deutschland GmbH:

Optimierte Information mit komXpress

Gemeinsam haben das Landratsamt Cham, die LivingData GmbH und Microsoft „aus der Praxis für die Praxis“ komXpress entwickelt. komXpress ist eine Gesamtlösung für den Aufbau, die Pflege und Bereitstellung von Daten zu Personen, Adressen, Aufgabenbereichen und Geschäftsverteilungsplänen in der öffentlichen Verwaltung.

Das Herzstück von komXpress bildet ein Verzeichnisdienst, der alle Informationen über Personen, Aufgabenbereiche, Adressen und Geschäftsverteilungspläne zentral verwaltet. Zur Pflege der Daten im Verzeichnisdienst dient das Redaktionsmodul, mit dem eine dezentrale Pflege direkt durch die verantwortlichen Redakteure erfolgen kann. komXpress realisiert somit dynamische Web-Auftritte im Intranet und erweiterten Intranet sowie im Internet und im externen Intranet.

Alle Web-Auftritte werden aus den in komXpress abgebildeten Organisationen aufgebaut. Im zentralen Verzeichnisdienst wird über Freigabeparameter gesteuert, welche Informationen im jeweiligen Web-Auftritt sichtbar sein sollen.

Dabei sind die komXpress Inhalte problemlos in bestehende E-Government Lösungen integrierbar. komXpress bietet zudem die Möglichkeit, aus dem Verzeichnisdienst zu selektieren. Die selektierten Daten können z. B. in Microsoft Office Programme übernommen werden. So können Adressen für Serienbriefe miteinander verknüpft oder auch als E-Mail-Adressen für elektronische Rundschreiben verwendet werden. Organisatorische Grundinformationen können automatisch aus existierenden Verzeichnisdiensten, wie z. B. Microsoft Exchange, durch Importmodule übernommen werden.

Der zentrale Verzeichnisdienst bedient sich einer SQL-Datenbank. Die Benutzeroberfläche des Redaktionsmoduls ist als bedienerfreundliche Windows Anwen-

dung realisiert. Web-Auftritte sind nach modernsten Web-Standards, basierend auf XML, Active Server Pages und flexiblen Stylesheets, realisiert. Sowohl Optik als auch Inhalt der Ausgabe der komXpress Daten können im Web komplett angepasst werden. Die in komXpress enthaltene Web-Schnittstelle kann nahtlos in existierende Content Management- oder Redaktionssysteme integriert werden.

Umfangreiches Portfolio

Microsoft bietet eine individuelle Unterstützung für die jeweilige Verwaltungs-Lösung. Dieses Paket beinhaltet 75 Stunden Beratungsleistungen. Damit abgedeckt sind die Dokumentation der Infrastruktur, der Zugang zum Microsoft 24x7 Produkt-Support und die Wartung speziell entwickelter oder angepasster Module. Außerdem gibt der Microsoft Berater laufend aktuelle Informationen weiter.

Dienstleistungen, die über den Rahmen der beschriebenen Leistungen hinausgehen, bietet Microsoft separat an. Microsoft Services hält ein umfangreiches Portfolio an Beratungs-Leistungen bereit, die auf die jeweiligen Anforderungen und Geschäftsziele zugeschnitten sind.

Zu den Referenzkunden von komXpress gehören unter anderem die Landratsämter in Cham (Mittentwicklung), Augsburg, Bad Kissingen, Deggendorf, Ebersberg, Kelheim, Main-Spessart, Ostallgäu, Passau, Regen, Regensburg, der Landkreis Dachau sowie die Städte Würzburg und Passau. **DK**

Helmut Breitschopf:

Für jeden Anlass das richtige Geschenk

Seit über 20 Jahren bietet die Firma Helmut Breitschopf in Garching eine vielfältige Produktpalette an, die Geschenkartikel, Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden umfasst. Ihren bewährten Schnell-Liefer-Service nutzen mittlerweile über 500 Kommunalbehörden.

Sie kaufen preisbewusst und günstig ein und erhalten schnell und zuverlässig die bestellten Produkte. Außerdem ordern sie nur die Artikel, die sie tatsächlich brauchen, d.h.: keine Lagerbestände und damit Einsparen von Haushaltsmitteln!

Im Jahre 1985 wurden Pokale und Sportpreise für Vereine und Verbände mit aufgenommen. Seit 1998 werden auch Polizeidienststellen, Feuerwehren, Industrie- und Gewerbe mit speziellen Artikeln für Ehrungen und Auszeichnungen beliefert.

Breitschopf fertigt die Grafik und den Siebdruckfilm des ge-

wünschten Wappens oder Motivs, druckt Wappen- oder Motivbilder zum Einbrennen und lagert zehn Jahre fachgerecht Wappen- oder Motivbilder. Von repräsentativen Keramikkrügen in bester Qualität und Ausführung über Steingutkrüge in verschiedenen Formen und Farben und traditionellen Liter- und Halbliterkrügen bis hin zu speziellen Ehrentellern, Wandbildern, Kristallständen und handbemalten Keramikartikeln - die Palette an Präsentationen ist groß. Es gibt nur einen Lieferanten, dadurch können Versandkosten, Fracht- und Filmkosten gespart werden. **DK**

idomeoSOFTWARE GmbH:

Zukunftsorientierte Software

Das grafische Informationssystem idomeoFINIS wird seit 1999 von der Firma idomeoSOFTWARE GmbH, Landshut, in enger Zusammenarbeit mit Gemeinden und Ingenieurbüros entwickelt. Zielvorgabe war es, ein für bayerische Kommunen umfassendes, leicht bedienbares und dabei besonders kostengünstiges Informationssystem zu erstellen (ALB, DFK, Katasterdaten u.v.m.). Der Gemeindeverwaltung ermöglicht es einen schnellen Zugriff auf Einwohner- und Flurkartendaten. Zudem wird, wo immer möglich, auf Standardanwendungen zurückgegriffen, was die optimale Kompatibilität zu vorhandenen Systemen gewährleistet und gleichzeitig die Softwarekosten und den Schulungsaufwand minimiert.

IdomeoFINIS ist eine zukunftsorientierte und anwenderfreundliche Software. Im Gegensatz zu manch anderen Programmen, ist in idomeoFINIS ein absolut vollwertiges CAD-Modul integriert. Den Einsatzmöglichkeiten dieses umfassenden Moduls sind daher kaum Grenzen gesetzt. Ob digitale Flurkarte oder Bebauungsplan, Flächennutzungsplan oder Bauplan, Luftbild oder gescannte Karten: Mit diesem CAD-Modul kann fast alles auf den Bildschirm gebracht werden.

Ob Bauplan oder Bebauungsplan - den Kundenwünschen sind kaum Grenzen gesetzt. Das CAD-Modul kann selbstverständlich auch ohne GIS, als „stand alone“ Programm eingesetzt werden. Die Gemeinde kann somit auf den Bildschirm geholt werden. Die idomeoSOFTWARE GmbH hält hierfür optimale und kostengünstige Einstiegs Pakete bereit. Ob für einzelne Kommunen, für Verwaltungsgemeinschaften oder für komplette Landkreise.

Zeit- und Geldersparnis

Die idomeoSOFTWARE GmbH liefert auf jeden Fall eine zukunftsorientierte und auf die individuellen Bedürfnisse, wie der Gemeindegröße, optimal angepasste Software. Ob WINDOWS oder LINUX - es wird immer mit der individuell besten Lösung gearbeitet.

idomeoFINIS besitzt auch ein hervorragendes und äußerst leicht zu bedienendes ALB - Kataster Modul. Schnell ist das bisherige Programm bei diesem Funktionsumfang vergessen. Ohne Vorkenntnisse kann bereits nach wenigen Augenblicken sicher, rationell und sehr effektiv mit den ALB- und den darin integrierten Katasterdaten gearbeitet werden. Das spart ab der ersten Sekunde Zeit und Geld.

idomeoFINIS arbeitet durchgängig mit Standardformaten. Datenausgaben werden in „WORD“ und „EXCEL“ erledigt, ohne diese starten oder bedienen zu müssen. Die digitale Flurkarte und andere Pläne sind als DWG/DXF-Dateien im amtlichen GK-System hinterlegt. Kompatibilität gibt es serienmäßig.

Da ein guter Support genau so wichtig ist wie die Software, garantiert idomeoFINIS dies mit Ansprechpartnern, sprich Ingenieurbüros, die vor Ort sind und auch die örtlichen Gegebenheiten kennen. Im übrigen gibt es bei idomeoFINIS keine Schulungskosten. Ist das ein Wort? **DK**

Jakob Lacher/Bayerischer Landkreistag:

eGovernment bei den bayerischen Landkreisen

Laut Jakob Lacher vom Bayerischen Landkreistag sind mittlerweile örtliche Informationsangebote der Landkreise im Internet gang und gäbe, das e-mail wird als Kommunikationsmedium anerkannt.

In der Vergangenheit habe man versucht, interaktive Anwendungen für die Landratsämter im Arbeitskreis „Kommunales Behördennetz“ des Bayerischen Innovationsrings (1999 bis 2002) mit den Pilotlandkreisen Regen, Cham, Neustadt a.d. Waldnaab, Kulmbach und Miltenberg zu entwickeln.

Hierzu gehörte neben dem Auftrag zur Entwicklung eines lokalen Behördenwegweisers im Kommunalen Behördennetz inklusive Anbindung an den Virtuellen Marktplatz Bayern der Auftrag, interaktive Anwendungen im Bereich Verkehr (Kfz-Zulassung, Führerschein), im Bereich Soziales (Wohngeld, Sozialhilfe) und im Bereich GIS/Bau zu schaffen. Das Problem dabei, so Lacher, sei die tatsächliche Nachfrage bei den Nutzern gewesen.

Der Arbeitskreis wurde darauf hin in eine interkommunale Arbeitsgruppe eGovernment mit Vertretern aus Städten, Landratsämtern und Gemeinden überführt. Diese besteht seit Ende 2002. Um interaktive Anwendungen zu entwickeln, hat die AKDB fünf inhaltliche

Arbeitskreise gebildet: Bau-/Liegenschaftswesen und GIS, Kfz-Zulassungswesen, Führerscheinwesen, Sozial- und Jugendamt, eGov-Querschnittsaufgaben.

Bessere Kommunikation

Die Philosophie lautet Lacher zufolge: Das Landratsamt als Service-Center im IT-Sektor für die kreisangehörigen Gemeinden. Umgesetzt werden soll dies in einem gemeinsamen Intranet zwischen Landratsamt und kreisangehörigen Gemeindeverwaltungen. Vorteile bestehen in der besseren Kommunikation zwischen Landratsamt und kreisangehörigen Gemeinden, einheitlichen IT-Lösungen im Landkreis, einer einfacheren Bereitstellung des notwendigen Know-how, einem verringerten Ressourceneinsatz für alle Beteiligten, dem Zugang auch für die kreisangehörigen Gemeinden zum staatlichen Behördennetz BYBN und zur AKDB sowie in den günstigen Zugangskonditionen ins Internet.

Was den Verbreitungsgrad kommunaler Behördennetze an-

belangt, sei eine steigende Tendenz zu verzeichnen, erklärte Lacher. Von 71 Landkreisen in Bayern hätten immerhin 45 bereits ein kommunales Behördennetz (Stand: Juni 2003). Laut einem Bericht der Arbeitsgruppe eGovernment des Deutschen Landkreistags könne eGov eine Schlüsselrolle bei der Reform von Staat und Verwaltung zukommen.

Beispiel „Verwaltung 2000“

Am Beispiel des Projekts „Verwaltung 2000“ im Kreis Segeberg, Schleswig-Holstein, gab Lacher einen Ausblick auf

Werner Duske/Stadt Schweinfurt:

Mit neuer IT ins 21. Jahrhundert

Im Dezember 2000 beschloss der Schweinfurter Stadtrat, die Verwaltung zu beauftragen, ein Teiloutsourcing von EDV-Dienstleistungen mit der Deutschen Telekom AG durchzuführen. Ziel war es laut Werner Duske, eine sowohl wirtschaftliche als auch schnelle und serviceorientierte Verwaltung durch die Optimierung interner Prozesse aufzubauen.

Konkret bedeutete dies, die Basis für eine bürgernahe und effiziente Verwaltung zu legen, die EDV an die Herausforderungen der Verwaltung des 21. Jahrhunderts anzupassen, eine einheitliche Systemstruktur zu schaffen und ein optimales Preis/Leistungsverhältnis zu erzielen. Schließlich ging es auch um die Konzentration der städtischen EDV-Mitarbeiter auf Kernkompetenzen der Verwaltung (Fachsoftware, Organisation, Controlling).

Vertraglich festgelegt wurden eine Laufzeit von fünf Jahren, eine feste monatliche Zahlungsrate (Jahresendabrechnung), eine Entgeltanpassung nach Projektentwicklung (Halbjahreswertstellung) sowie festgelegte Statusmeetings.

Umfassend waren die technischen Anpassungen: Während die Stadt Schweinfurt früher über einen schmalbandigen Internetzugang für 20 Mitarbeiter verfügte, arbeiten seit der Umstellung 550 Mitarbeiter mit einem breitbandigen Zugang. Jeder hat eine email-Adresse, die Rechner-

übergreifende eGov-Lösungen. Ziel sei die effektive und effiziente Bündelung des Dienstleistungsangebotes der Verwaltung auf örtlicher Ebene. Eine Kommune soll Verwaltungsdienstleistungen verschiedener Ebenen unabhängig von ihrer bisherigen örtlichen und fachlichen Zuständigkeit organisieren, anbieten und abschließend erledigen.

Der Kunde muss die Möglichkeit erhalten, bei einer Kommune seiner Wahl diese Leistungen abfordern zu können (One-Stop-Shop). Die Bestimmung der Aufgaben erfolgt nach dem Prinzip, welche Aufgaben bei Anwendung der modernen Informationstechnik von wem an welcher Stelle am effektivsten wahrgenommen werden können. Im Projekt werden Geschäftsprozesse aus dem Einwohnermeldewesen, der Kfz-Zulassung und der Bauinformation vor Ort verlagert. **DK**

Jürgen Ammon/InfraServ Gendorf:

Die Zukunft des elektronischen Formularwesens

InfraServ Gendorf - der Name ist Programm, denn das Dienstleistungsunternehmen in Burgkirchen, im Herzen des Bayerischen Chemiedreiecks, stellt Infrastruktur- und Serviceleistungen in Form von mehr als 60 Produkten zur Verfügung. Mit technischen, administrativen und organisatorischen Dienstleistungen ermöglicht InfraServ den Kunden in- und außerhalb des Werkes Gendorf die Konzentration auf ihre individuellen Kernkompetenzen.

Zur Kommunikation gehört auch das Formular. Ein Bürger, ein Betrieb, erwartet laut Jürgen Ammon von der Kommunikation mit der Verwaltung eine bequeme Benutzung, zweiseitige Kommunikation, sichere Verbindungen, den Status der Abarbeitung und ein schnell verfügbares Ergebnis. Mit den Formularen G2B Government to Business (Agrarantrag online, Fördermittel Landwirtschaft), G2E Government to Employee (Wissensmanagement in der Hamburger Verwaltung), G2G Government to Government (Abrechnungsverfahren Bundesbehörde, Einzug und Verbuchungsverfahren), und G2C Government to Citizen (virtueller Arbeitsmarkt Nürnberg, Anträge online) bietet InfraServ ein umfassendes Kommunikationskonzept zum Wohle des Bürgers und des Staates. **DK**

Als mögliche Entwicklung nannte Ammon die Übertragung behördlicher Prozesse auf privatwirtschaftliche Betriebe. Darum sei es notwendig, die Initiative zu übernehmen, eine erfahrene Beratung zu suchen, Gesamtkonzepte aufzustellen, integrierte Prozesse zu ermöglichen, und den Landkreis/die Kommune stark und attraktiv für Bürger und Betriebe zu gestalten.

Resümee: Das elektronische Formularwesen ist ein wichtiger Teil des gesamten Formularkonzepts. Das Formularkonzept wiederum ist ein wichtiger Bestandteil des Kommunikationskonzepts einer Behörde. Das Kommunikationskonzept gehört zusammen mit Marketing und Verwaltungsprozessen zur County Identity. Diese trägt als weicher Faktor bedeutend zur Attraktivität einer Region bei. **DK**

Thomas W. Lipp/Microsoft Deutschland GmbH:

Zusammenarbeit mit dem E-Government Starter Kit

Das E-Government Starter Kit ist eine gemeinsame Entwicklung von Microsoft und HP, basierend auf offenen Industriestandards, die den öffentlichen Verwaltungen und Kommunen helfen soll, ihre Nähe zum Bürger zu steigern und dabei gleichzeitig kostensparend zu agieren. Bei der Entwicklung entschied sich Microsoft für HP Blade Server und qualifizierte diese als ideale Basis-Technologie für das E-Government Starter Kit.

Das Starter Kit ermöglicht, in Kombination mit entsprechenden Microsoft-Server-Technologien, den sicheren Betrieb von bereichsübergreifenden elektronischen Dienstleistungen. Automatisierte Verwaltungsprozesse, die Integration von Fachanwendungen oder der Datenaustausch mit anderen Verwaltungen und Unternehmen können mit dem Starter Kit in heterogenen IuK-Umgebungen in kürzester Zeit realisiert werden. Es kann als Basis für weitere E-Government-Dienstleistungen genutzt werden und ist aus diesem Grunde so konzipiert, dass es beliebig skalierbar ist.

Komponenten

Das E-Government Starter Kit besteht aus folgenden Komponenten: einer Integrationsplattform zur Kopplung von Fachanwendungen, zwei „E-Diensten“ auf der Basis von XML-Standards inklusive der Vorgehensmodelle mit Beispiel Quellcodes für die EWOMelderegister-Auskunft (unter Berücksichtigung des Melderechtsrahmengesetzes/3. MRRG-Änderungsgesetz) und die Beantragung von Urkunden für den Standesbeamten, ausführlichen Dokumentationen (die vorhandenen XMLDatenschemata und ein Konfigurationsleitfaden werden ebenso mitgeliefert wie die Schnittstellen-Beschreibungen für die Bezahl- und Buchungsfunktion), einer mandantenfähigen Frontend-Benutzerverwaltung mit Rechte- und Rollenkonzept, einer Web-Service Schnittstelle für Großkunden, und einer flexibel erweiterbaren Genehmigungsanwen-

dung, basierend auf XML/XSL. Optional beinhaltet das E-Government Starter Kit für Entwickler die innovative Microsoft NET-Entwicklungsumgebung. Die NET-Plattform ermöglicht die Entwicklung und Nutzung von XML-basierenden, maßgeschneiderten Anwendungen, Prozessen und Web-Services als Dienste, die darauf ausgelegt sind, Informationen und Funktionen gemeinsam zu nutzen und zu kombinieren - auf jeder Plattform und auf jedem so genannten Smart Device (zum Beispiel PC, PDA oder Mobiltelefon).

Implementierung notwendiger Serversysteme

Im Rahmen des E-Government-Entwicklungslabors bietet Microsoft auch die Implementierung der notwendigen Serversysteme vor Ort an, inklusive der Einrichtung der notwendigen Rechte- und Sicherheitssysteme. Dazu gehören auch die individuelle Anbindung der vorhandenen Fachanwendungen sowie ein umfassender Know-how-Transfer an die zuständigen Mitarbeiter oder an die Partnerunternehmen, mit denen die jeweiligen Verwaltungen bereits zusammenarbeiten.

Optimale Vorbereitung

Optional zum E-Government Starter Kit bietet Microsoft ein Implementierungskit, einen System-Builder-Workshop oder einen Betreiber-Workshop, mit denen die jeweils angestrebte Nutzung des E-Government Starter Kit optimal vorbereitet werden kann. **DK**

KOB EDV-Systeme:

Konsequent kommunal

Modernes Unternehmen Kommune - für die KOB EDV-Systeme GmbH, Stammham bei Ingolstadt, ist dies nicht nur eine leere Worthülse, sondern Antrieb für besondere Produkte rund um den kommunalen Bereich. adKOMM Kommunal-Software ist die derzeit umfassendste Lösung auf dem Markt der kommunalen Anwendersoftware in Deutschland. Die Produktpalette reicht vom Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen über Neues Kommunales Finanzmanagement speziell für Kommunalverwaltungen bis hin zum Einwohnermeldeamt.

Das „Technische Rathaus“ bietet nicht nur kommunale Flurstücksverwaltung, Geographische Informationen und adKOMM GRIS Plus, den Auskunftsplatz für Entscheidungsträger, sondern enthält alle Verwaltungsaufgaben des kommunalen Bauamtes. Verwaltungsfachleute und Spezialisten bilden hier eine starke Symbiose, in deren Handeln täglich der Kunde steht.

Sicherer Zugang

Die Ergebnisse sind übersichtliche Arbeitsumgebungen. Die Programme bieten einen schnellen und sicheren Zugang zu Informationen -schnittstel-

typen sind einheitlich modern. Zudem hat sich die Stadtverwaltung für ein einheitliches Betriebssystem - Windows 2002 - entschieden.

Serviceleistungen werden 24 Stunden lang an sieben Tagen erbracht. Man verfügt jetzt über eine Callcenterlösung mit zur Zeit fünf Auskunftsplätzen, mittlerweile sind auch Telearbeitsplätze möglich. Die Serverstruktur ist zentral, moderne Hochleistungsserver erleichtern die tägliche Arbeit. Entsprechend verringert hat sich der Personalaufwand für EDV-Arbeiten in der Verwaltung: Während früher ohne Outsourcing laut externem Gutachten 21,5 (14) Planstellen zu verzeichnen waren, sind es heute mit Outsourcing 7,5 Planstellen.

Ergebnis: Geschaffen wurde eine Basis für optimierte interne Arbeitsprozesse. Die Kosten/Optimierungsziele sind erreicht. Begonnen wurde indes mit den Stufen II und III, sprich dem Aufbau des eGov-Konzepts und der Optimierung der internen Verwaltungsabläufe. **DK**

lenfrei und natürlich fachübergreifend. „Kern“ der Programme ist adKOMM Office zusammen mit PERSIS = (Personeninformationssystem). Diese zentrale Adressdatei mit Vorgangsbearbeitung wird von allen Programmapplikationen fachübergreifend genutzt und muss somit nur einmal gepflegt werden.

Dienstleistung - ob Beratungen, Schulungen oder technischer Support - ist für KOB eine Selbstverständlichkeit. Vor Ort oder im Hause finden regelmäßig Einführungs- und Fortbildungsmaßnahmen statt. Ganz Eilige nutzen die Hotline. Das Firmenmotto lautet: „konsequent kommunal - innovativ und zuverlässig.“ **DK**

IT-Inventar systematisch verwalten:

Kosten und Zeit sparen durch besseren Überblick über die IT-Ausstattung

Der Zwang zu sparen und kostenbewusst mit den vorhandenen Ressourcen umzugehen, macht auch vor den kommunalen DV-Abteilungen nicht Halt. Andererseits ist es nicht leicht, bei den IT-Kosten Einsparpotenziale aufzudecken, denn allzu groß ist die Gefahr, am falschen Ende zu sparen, dadurch den täglichen Betrieb zu behindern und letztlich Kosten zu verursachen. Um bei den IT-Ausgaben richtige Entscheidungen zu treffen, ist eine umfassende und zeitnahe Verwaltung des vorhandenen Bestands an PCs und anderen IT-Ressourcen notwendig. Die Softwarelösung Quadriga-IT der Firma Quadriga Informatik aus Offenbach hilft bei dieser Aufgabe.

Nicht nur aus Kostengründen ist eine systematische Verwaltung der IT-Ressourcen zweckmäßig. Denn in den DV-Abteilungen stellen sich täglich Fragen, die einer raschen Antwort bedürfen: Wo steht welcher PC? Wie ist er mit Hard- und Software ausgestattet? Mit welcher Software haben die Anwender immer wieder Probleme? Wann läuft die Garantiefrist aus? Wieviele Lizenzen werden für ein neues Software-Update benötigt? Damit nicht unnötige Zeit bei Beantwortung dieser Fragen verlorengeht, lohnt sich eine systematische Verwaltung der IT-Ressourcen.

Hervorragende Alternative

Viele DV-Abteilungen verwalten Ihre PCs in einer Tabellenkalkulation oder einer selbstentwickelten Datenbank, die immer wieder notdürftig erweitert wird, obwohl der Alltagsbetrieb dafür eigentlich keine Zeit lässt. Quadriga-IT bietet dazu eine Alternative. Diese Lösung verwaltet in umfassender und bedienerfreundlicher Weise Hard- und Softwarekomponenten sowie die zugehörigen Anwender, Lieferan-

ten, Räume, Verträge und Problemfälle.

Vielfältige Möglichkeiten

Als Informationssystem gibt Quadriga-IT nicht nur schnell Auskunft über gerade benötigte Informationen, sondern erleichtert auch viele Arbeitsabläufe in der DV-Abteilung.

Kopierfunktion

Eine Option der Software erlaubt es beispielsweise, die Hardware-Eigenschaften der PCs und die auf ihnen installierte Software automatisch auszulesen. Eine manuelle Eingabe ist also nicht erforderlich. Ein weiteres Beispiel ist die Kopierfunktion: Wenn eine Lieferung von z. B. zehn gleich ausgestatteten PCs eingeht, ist nur der erste PC mit all seinen Komponenten wie Festplatte, Bildschirm, Grafikkarte und Software-Komponenten zu erfassen. Die anderen neun PCs werden mit einem einzigen Kopierbefehl erstellt, der Eingabeaufwand wird dadurch erheblich reduziert.

Auch die Bearbeitung von Problemen der PC-Anwender unter-

stützt Quadriga-IT weitgehend. Zum Zweck einer schnelleren Problemlösung kann die DV-Abteilung Lösungsvorschläge erfassen und bei Problemfällen immer wieder aufrufen. Wenn ein Intranet eingerichtet ist, kann der PC-Anwender seine Problemfälle direkt erfassen und sich im Intranet über den Fortgang der Problembearbeitung informieren.

Zeitersparnis

Zum Zweck der Bestandskontrolle lassen sich mit Quadriga-IT Inventaretiketten mit Barcodes gestalten und drucken. Eine Bestandskontrolle der IT-Ressourcen besteht dann nur noch darin, mit einem mobilen Barcode-Scanner umherzugehen, die Etiketten zu scannen und die Ergebnisse auf dem PC auszuwerten. Eine wesentlich zeitsparendere Vorgehensweise als die Verwendung von Strichlisten.

Allgemeine Inventarverwaltung

Da sich Quadriga-IT durch frei definierbare Zusatzfelder an unterschiedliche Bedürfnisse anpassen lässt, eignet sich die Software auch zur Verwaltung von Gegenständen, die nicht zu den IT-Ressourcen gehören. Im Rathaus, im Bauhof, für die Schulen und sonstige kommunale Einrichtungen kann die Software als allgemeine Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und technisches Gerät genutzt werden.



V. l.: Martin Häring (Sun Microsystems), Jörg Ludwig (IBM), Georg Unbehaun (Unilog Integrata), Anne-Marie von Hassel (Bayerische Gemeindezeitung), Prof. Klaus Jamin (FH München), Thomas Treml (Microsoft Deutschland), Joachim Wetzel (Stadt Rees).

Podiumsdiskussion:

Gibt es das „richtige“ Betriebssystem?

„Alles ist open!“ Mit diesen Worten schloss Prof. Klaus Jamin, FH München, die Podiumsdiskussion zum Thema Betriebssysteme. Tatsächlich handelt es sich bei der Wahl des „richtigen“ Betriebssystems (Microsoft versus Open Source) um eine individuell zu treffende, strategische Entscheidung. Neutrale Berater sollten hier miteinbezogen werden. Der Linux-Auftritt hat nach Jamins Ansicht das Geschäft eindeutig belebt.

Thomas Treml von Microsoft Deutschland sieht dies genauso: Linux werde als Betriebssystem durchaus ernst genommen. Entscheidungskriterien seien allerdings schwer messbar. Treml riet dazu, nicht auf den Einstiegspreis zu achten, sondern eine Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung durchzuführen.

Massive Investitionen in Open Source Bereich

Jörg Ludwig von IBM Deutschland erklärte, sein Unternehmen habe massiv in den Bereich Open Source Community investiert. Die strategische Ausrichtung von IBM sei an der Historie des Unternehmens festzumachen. Das Linux-Betriebssystem werde überall dort vermarktet, wo Chancen im Kunden-Portfolio gesehen werden. Open Source werde bei IBM komplementär positioniert. Auf der Basis von Standards würden die Produkte auf den Markt gebracht. Dabei werde ein „signifikanter Mil-

lionenbetrag“ erwirtschaftet.

Kaum Unterschiede in den Anschaffungskosten

Martin Häring, Sun Microsystems GmbH, sieht fast keine Unterschiede in den Anschaffungskosten von Linux bzw. Windows XP. Wichtig seien deshalb die Ergebnisse von Langzeitstudien. Der Stadt München gratulierte Häring zu ihrer Entscheidung, ausgehend von einer durch das Münchner Unternehmen Unilog Integrata erstellten Client Studie, künftig auf ihren ca. 14.000 PC-Arbeitsplätzen Open Source Produkte (z.B. Linux) - als Nachfolgeprodukte für Windows NT und Office97 - einzusetzen.

Strategische und emotionale Gründe

Für Häring hatte diese Wahl nicht primär wirtschaftliche, sondern vor allem strategische und emotionale Gründe. Bis zum Frühjahr 2004 sollen nun die konkreten Umsetzungs-

möglichkeiten in einem Feinkonzept ermittelt werden. Auf dieser Basis wird der Stadtrat dann beschließen, auf welche Art und Weise die Migration auf Linux erfolgen soll.

Geschlossene Welt

Joachim Wetzel, Projektkoordinator eGov in der Pilotkommune Rees bei Düsseldorf, wies darauf hin, dass eine „funktionierende, geschlossene Welt“ das A und O sei. Er geht davon aus, dass je mehr Ansprechpartner, sprich Softwareanbieter vorhanden sind, die individuellen Probleme um so weniger zu lösen sind.

Kritik an Ideologisierung

Georg Unbehaun, Unilog Integrata, kritisierte schließlich die „ganz furchtbare Ideologisierung“. Ausgefokelte werde ein Kampf David gegen Goliath. Der Slogan seines Unternehmens laute: „Unique solution for unique challenges.“ Die unterschiedliche Präjudizierung gründe sich auf unterschiedlicher Verhandlungsmasse. Letztlich sei die Entscheidung der Kommune immer individueller Art. Standardisierung müsse das Gebot der Stunde sein. **DK**

Prof. Dr. Klaus Jamin/FH München:

Vom Bürger zum Betriebssystem

Der Bürger stellt Anforderungen und vergleicht die Verwaltung mit der „Wirtschaft“, betonte eingangs Prof. Dr. Klaus Jamin von der Fachhochschule München. Im Umfeld des Wirtschaftens und der Verwaltung während des vergangenen Jahrzehnts hätten sich dramatische Veränderungen ergeben u.a. durch politische Revolutionen, Deregulierung und Privatisierung, technologische Revolution, das explosive Wachstum der Dienstleistungen, den gesteigerten internationalen Wettbewerb und die viel schnellere Produktentwicklung.

Rund 69 Prozent aller Einwohner Deutschlands wollen laut Jamin Behördengänge künftig ohne Warteschlangen online erledigen. Über 80 Prozent aller Unternehmen fordern beschleunigte Antrags- und Genehmigungsprozesse, um den Standort Deutschland zu modernisieren. 74 Prozent der deutschen Bürgermeister in Städten mit mehr als 50.000 Einwohner halten den strategischen Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken für eine dringliche Aufgabe kommunaler Verwaltungen. 91 Prozent aller Gemeinden planen die Einführung einer computerorientierten Lösung innerhalb der nächsten drei Jahre.

Modeerscheinungen

Jamin wies darauf hin, dass die meisten Modeerscheinungen im Bereich der Computer

schnell vorbei gewesen seien und sich fast nie ausgezahlt hätten.



Prof. Klaus Jamin.

Die Wahl des Betriebssystems sei ein internes Problem und interessiere den Bürger nicht - es sei denn, es funktio-

niert nicht. Der Bayerische Rechnungshof jedenfalls rate zu Open Source in der Verwaltung und in Schulen. Ohnehin, so Jamin, müsse die Frage nach der Gesamtlösung und nicht nach dem Betriebssystem gestellt werden.

Denkbare Kombinationen

Denkbare Kombinationen der Betriebssysteme seien unter anderem: 1. Windows XP als Betriebssystemstandard, dazu zugehörige Office XP-Produkte aus dem Hause Microsoft, 2. Windows XP als Betriebssystemstandard und Einsatz einer „Open Office“-Büroanwendung oder 3. Betriebssystem Linux und ein „Open Office“-Produkt als Standard für Büroanwendungen.

Pflichtenhefte stünden diesbezüglich für die Konzeption, Beschaffung und Installation von Hardware- und Kommunikations-Umgebungen, für die Auswahl von Standard-Anwendungs-Software-Produkten, wie auch für die Konzeption und Realisierung von Individual-Anwendungs-Software-Produkten, für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung. **DK**

Frank Jorga/FJD:

Kosten senken durch Prozessoptimierung

Die Integration von elektronischen Formularen in Webportale und auch kommunale Webseiten ist heutzutage problemlos und ohne Programmierkenntnisse möglich. Viele Gemeinden, Städte und Landkreise in Bayern und in den anderen Bundesländern haben diesen wichtigen Schritt auf dem Weg ins eGovernment Zeitalter bereits vollzogen. Sie bieten damit ihren Bürgern und auch ihren eigenen Mitarbeitern einen komfortablen Service und sparen dabei auch noch viel Geld. Denn: Elektronische Vordrucke sind um ein vielfaches günstiger als das klassische Papier, wie Frank Jorga, Vorstandsvorsitzender der FJD Information Technologies AG, darstellte.

Kostenerhebungen in Landkreisen und Gemeinden, durchgeführt von den Landratsämtern selbst und von FJD, haben ergeben, dass ein traditionelles Formular im Schnitt zwischen 1 Euro und 1,50 Euro kostet, bis es der zuständige Sachbearbeiter oder der Bürger in den Händen hält. In den neuen Ländern liegen die Kosten immer noch zwischen 60 und 80 Cent. Wenn sich Bürger und eigene Mitarbeiter an zentralen Formulareservern bedienen, sinken diese Kosten zwischen 50% und 75%.

An Hand einiger Beispiele

zeigte Jorga die Einbindung von elektronischen Formularen auf: Baynet.de beispielweise ist das Landesportal für den Behördenwegweiser Bayern.

Über 150 Formulare

Derzeit werden von FJD über 150 Formulare personalisiert für alle Landkreise „transparent“ gestellt. Das heißt, dass baynet über einen Frame oder direkt als Link die Formulare direkt aus dem FJD Hauptserver einbindet. Zusätzlich wird der von FJD betriebene Service „BSO - BehördenServiceOnli-

ne“ an den entsprechenden Lebenslagen mit angeboten.

Der gezeigte Link öffnet eine Gesamtübersicht der für den Landkreis Tirschenreuth zur Verfügung stehenden Formulare. Alternativ kann das benötigte Formular auch über die entsprechende Lebenslage gefunden und geöffnet werden. Eventuell vorhandene Daten werden dabei bereits automatisiert personalisiert übernommen.

Beste Webauftritt

Die Gemeinde Wurmberg gewann 2002 den Internet-Preis für den besten kommunalen Webauftritt in Baden-Württemberg. Maßgebliches Kriterium war die Einbindung von FJD Formularen, die digital signiert und elektronisch zurück geschickt werden können. Das Landratsamt Karlsruhe mit über 300 Arbeitsplätzen nutzt die Möglichkeit von XANIA Formularen, automatisierte Stammdaten in Formulare zu übertragen. Die Anschrift und Telefondurchwahl des Sachbearbeiters wird in je-

den Briefkopf automatisiert übernommen.

Die Stadt Magdeburg hat alle wichtigen Formulare für Bürger und Unternehmen in ihren Webauftritt integriert. Besonders hervorzuheben sind die Anmeldung eines Hundes



Frank Jorga.

sowie die Anzeige der Vermögenssteuer. Beide Formulare werden elektronisch angenommen und die Daten automatisiert in eine BS 2000 Großrechner Schnittstelle eingespielt. Die entsprechenden Bescheide werden automatisch erstellt und nur noch von einem Sachbearbeiter kurz geprüft. Der gesamte Prozess wurde dadurch in enormer Weise beschleunigt.

Hauser Office Management:

Umfangreiches Leistungsspektrum

Hauser Office Management GmbH & Co.KG, München, bietet den heute so entscheidenden Wettbewerbsvorteil durch ihr ganzheitliches Konzept aus erstklassiger Beratung, Verkauf, Support und Service für alle Bereiche der Büroumgebung.

Hauser hilft, das „Office“ sinnvoll und investitionssicher zu gestalten, optimiert die Arbeitsabläufe und senkt dadurch die Kosten. Das Leistungsspektrum umfasst die Fachbereiche EDV-, Kopier- und Drucksysteme, Büroeinrichtung, Präsentationstechnik, Supplies und Zubehör.

Professionelle Unterstützung

Was die Hauser Office Management - IT-Lösungen angeht, so bietet das Unternehmen Unterstützung in den Bereichen Netzwerkinstallation, -migration und -wartung sowie Seminaren und unabhängigem Consulting.

Hauser kann hierbei mit folgenden Stärken aufwarten:

- ☞ ein zentraler Ansprechpartner für alle Themenbereiche
- ☞ hochqualifizierte Netzwerkspezialisten und Techniker
- ☞ optimierte Servicekoordination für kurze Reaktionszeiten
- ☞ umfassende Betreuung auch heterogener IT-Netze (PC, Apple und Linux)
- ☞ Security-Lösungen für LAN und WAN (Firewall, VPN, etc.)
- ☞ Servicedienstleistungen individuell auf die Anforderungen des jeweiligen Unternehmens abgestimmt
- ☞ bis hin zum kompletten Serviceteam vor Ort
- ☞ langjährige Partnerschaften zu seinen Kunden. **DK**

Das Landratsamt München betreibt einen zentralen Formulareserver für sich selbst und alle 29 Gemeinden im Landkreis. Dabei wird zwischen Formularen unterschieden, die gedruckt und unterschrieben werden müssen, per email versandt werden können oder direkt elektronisch über den FJD-Transponder eingereicht werden können.

XANIA Formulareserver

Viele Formulare können heute bereits online abgegeben werden. Ein besonders schönes Beispiel aus dem Landkreis München findet sich in Garching. Das Meldeformular kann auf Englisch ausgefüllt werden. XANIA erlaubt die au-

tomatische Durchschrift in das bayerische Meldeformular.

Das Landratsamt Neu-Ulm betreibt einen zentralen Formulareserver für sich selbst und die Gemeinden im Landkreis. Die Formulare werden zentral gewartet und können in unterschiedlichen Formaten personalisiert abgerufen werden.

Dem Bürger wird vorher erklärt, welche Formate genutzt werden können und was die entsprechenden System-Voraussetzungen sind. Limbach-Oberfrohna in Sachsen schließlich hat mit dem Einsatz des XANIA Formulareservers den aufwendigen und teuren Papiereinkauf faktisch eingestellt und druckt nur noch bei Bedarf die entsprechenden Vordrucke aus. **DK**

Michael Pyschny/IBM:

Linux in der Praxis am Beispiel Schwäbisch Hall

Die Stadt Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg) hat eine richtungweisende Entscheidung getroffen: Sie stellt als erste deutsche Kommune ihre IT-Struktur auf das freie Betriebssystem Linux um und spart dabei viel Geld.

In der 36.000 Einwohner zählenden Stadt brachen - beginnend mit dem Jahr 2002 - 85 Prozent der Steuereinnahmen weg. Aus diesem Grund entschied sich die Stadtverwaltung dafür, ihre gesamte IT-Infrastruktur von Windows auf das freie Betriebssystem Linux umzustellen. Durch den Einsatz von SuSE Linux auf Servern und Desktop-PCs wurde eine vorhandene Windows-Infrastruktur abgelöst. Das Einsparpotential durch diese Lösung liegt im sechsstelligen Euro-Bereich und trägt maßgeblich zur Entlastung des Haushalts der Kommune bei. Das Projekt wird unter dem im Juni 2002 von Otto Schily und dem Bundesinnenministerium (BMI) vorgestellten Rahmenvertrag zur Einführung von Linux in der öffentlichen Verwaltung realisiert.

PC-Umrüstung

Das Projekt zur Umstellung der IT-Infrastruktur der Stadtverwaltung und zur Bereitstellung der Programme und Anwendungen für die Aufgaben der Stadtverwaltung unter Linux schließt die Umrüstung von im ersten Schritt 120 PCs, in der Endausbaustufe von bis zu 400 PCs auf der Clientseite von Windows und Microsoft-Office auf SuSE Linux Enterprise Client und Open Office ein. Auf der Serverseite kommt der

SuSE Linux Enterprise Server auf der Hardwarebasis eines Intel-basierten IBM xSeries-Clusters in Kombination mit IBM Blade-Servern zum Einsatz.

Das Projekt wird mit SuSE und IBM bis 2004 realisiert. Die ersten Schritte des Projekts - die Umrüstung der ersten PCs und der Aufbau der Server-Infrastruktur - haben bereits 2002 begonnen. Das Gesamtprojekt wird mit einem innovativen Finanzierungspaket begleitet, das der Stadtverwaltung maßgeschneiderte Ausbaumöglichkeiten eröffnet.

Servicekonzept

Eingebunden in das Projekt ist auch ein umfangreiches Servicekonzept, das die Eröffnung eines Linux-Kompetenz-Centers in der Stadtverwaltung vorsieht. Dieses dient in der ersten Ausbaustufe zur Schulung und Information der Mitarbeiter, in weiteren Schritten auch zur Nutzung durch örtliche Schulen, Krankenhäuser und die Öffentlichkeit, um die Potentiale von Linux-Lösungen möglichst weiten Teilen zugänglich zu machen. Darüber hinaus sind auch der Aufbau einer Hotline für die Mitarbeiter, zielgruppen-genaue Schulungen zu Linux und Beratungsangebote für die Auswahl und Umsetzung von weiteren linux-basierten Anwendungen vorgesehen. **DK**



Auszeichnung für die mps-Kommunallösung.

mps-Software von Microsoft zertifiziert

Zum 25. Firmenjubiläum gab es für MPS Software & Systems GmbH zusätzlich Anlass zum Feiern: Microsoft zeichnete die mps-Kommunallösung als qualifizierte Branchen-Lösung aus

Die Software-Komplettlösungen für das neue kommunale Finanzmanagement und das Einwohnermeldewesen erhielt von Microsoft Business Solutions offiziell das Zertifikat als qualifizierte Branchen-Lösung.

„MPS kann sich mit diesem Zertifikat als Lösungsanbieter herausheben, der seine Verfahren auf Basis der Microsoft Business Solutions par excellence implementiert hat. Wir haben sehr klare Vorstellungen im sogenannten Branchenprogramm, wie Lösungen speziell im Government-Bereich auszusehen haben. Und MPS hat es geschafft, unseren Anforderungen zu 100% gerecht zu werden“, so Wolfgang Ebermann von Microsoft Deutschland GmbH bei der Überreichung an MPS-Geschäftsführer Frank Penkert im Rahmen der Feierlichkeiten zum 25. MPS-Firmenjubiläum.

Konsequenter Einsatz

Frank Penkert zur Zusammenarbeit mit Microsoft: „Wir werden unsere Software permanent weiterentwickeln - auch hinsichtlich der Richtung, die Microsoft mit .Net vorgibt. Der konsequente Einsatz von Standardlösungen ist die richtige Strategie, als Software-Haus kann man all diese Programmierleistung nicht mehr alleine erbringen, wir nutzen das Entwicklungspotential von Microsoft für uns und nehmen die Standardkom-

ponenten, die Microsoft schon im Markt hat, entwickeln dazu unsere Individual-Lösungen, abgestimmt auf die Anforderungen der Verwaltungen. Diese bauen auf der gleichen Datenbank und der gleichen logischen Bedienung auf. Als Partner von Microsoft arbeiten wir nicht alleine am Markt, sondern nutzen einen weltweiten Standard. Das macht sich in den Kosten bemerkbar und gibt die nötige Zukunftssicherheit.“

Unter den 400 Gästen der Feierlichkeiten waren viele Bürgermeister und Verwaltungsmitarbeiter sowie Professor Dr. Dietrich Budäus von der Universität Hamburg und Roland Schäfer vom Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Neue Komplettlösungen

MPS ist seit 25 Jahren auf die Entwicklung von Software-Systemen für öffentliche Verwaltungen spezialisiert und seit 2001 Entwicklungs- und Service-Partner von Microsoft Business Solutions. Im Jubiläumsjahr präsentiert sich MPS mit neuen Komplettlösungen im Bereich des kommunalen Finanzmanagements und des Einwohnermeldewesens auf Basis von Microsoft Business Solutions-Navision. Verwaltungen können über Online-Demos auf der neuen MPS-Website Einblick in die MPS-Software-Lösungen erhalten: www.mps-solutions.de

Martin Häring/Sun Microsystems:

Open Systems for Open Minds

An IT-Lösungen wird heutzutage ein klar umrissenes Anforderungsprofil gestellt. Dazu gehört die Unabhängigkeit von bestimmten Produkten und Herstellern ebenso wie das Vertrauen in die IT-Architektur, eine übersichtliche Lizenzpolitik, niedrige Betriebskosten, offene Standards, Plattformunabhängigkeit sowie Flexibilität.

Open Source Technologien schaffen, so Martin Häring, Direktor Marketing, Sun Microsystems GmbH, Freiheit und Auswahlmöglichkeit, gewährleisten niedrige Kosten durch Konkurrenz, bieten Unabhängigkeit von Betriebssystem und HW, ermöglichen eine leichte Integration in bestehende IT-Architekturen, gewähren Einsicht in den Quelltext und schaffen damit Vertrauen, ermöglichen den Zugriff auf das Know-how einer breiten Community, und fördern schließlich Innovation in der IT-Branche durch Wettbewerb und Bündelung von Know-how.

Meinung der Analysten

Was ist nun die Analystenmeinung? Laut Cybersource ist Open-Source-Software häufig zwei Drittel preisgünstiger als Microsoft-Produkte. Meta-Group zufolge ist innerhalb der nächsten 24 Monate mit einer Steigerung des Verbreitungsgrades von Open-Source-Produkten von 25 auf 35 Prozent zu rechnen. IDC zufolge basieren mehr als 40 Prozent der IT-

Projekte in euro-päischen und US-amerikanischen Unternehmen auf Offenen Plattformen. Die Gartner Group wiederum prognostiziert bis 2004 eine Steigerung des StarOffice-Anteils im weltweiten Markt der Office-Pakete für Windows auf 10 Prozent. Und laut Berlecon Research setzen bereits 31 Prozent aller Unternehmen und Organisationen in Deutschland Open-Source-Software auf ihren Servern ein.

„Write Once, Run Anywhere“

Ohne offene Basistechnologien wie das Network File System (NFS) und Java wäre das Internet in seiner heutigen Form nicht denkbar. NFS wurde 1984 von Sun Microsystems entwickelt und der Unix-Welt bald darauf lizenzfrei zur Verfügung gestellt. Heute ist es ein offener Industriestandard. 1995 stellte Sun die Programmiersprache Java der Öffentlichkeit vor. Vollkommen neu war die Plattformunabhängigkeit: „Write Once, Run Anywhere“.

Standard für Network-Computing-Anwendungen, und mehr als drei Millionen Entwickler arbeiten mit Java.

Maximale Offenheit und Standardisierung

Produkte von Sun Microsystems zielen auf maximale Offenheit und Standardisierung. Denn „Open Systems for Open Minds“ zählt zu den wichtigsten Überzeugungen. Kunden, die auf offene Systeme bauen, bleiben frei und unabhängig von Herstellern. Denn sie finden zahlreiche offene Schnittstellen vor, um Produkte einzusetzen, die die für sie preiswerteste und beste Lösung bieten.

Sun Microsystems hat viele

Standards selbst geschaffen und auch bekannte Formate wie TCP/IP, LDAP und XML maßgeblich geprägt. Alle Linux-Schnittstellen werden mit Solaris bereits seit 1999 unterstützt.

„Open Systems for Open Minds“

Sun ist eine Open-Source-Company: Die SPARC-Prozessorarchitektur kann von jedem Hersteller eingesehen und lizenziert werden. Der Solaris-Quellcode ist jederzeit zugänglich. Den Quellcode von Star Office hat Sun Microsystems der Community zur Verfügung gestellt - so entstand OpenOffice.org, das mit rund 8 Millionen Zeilen Quelltext größte Open-Source-Projekt der Welt. Sun Microsystems ist davon überzeugt, dass Kunden wissen wollen, welchen Code sie im eigenen Haus einsetzen, zum Beispiel um die Sicherheit der Programme einschätzen oder um Programme individuell anpassen zu können. **DK**



„We make the net work“: Angeregte Gespräche am Stand der Sun Microsystems GmbH.

Münchner Freiheit:

Mehr sehen - mehr erleben

Seit 20 Jahren firmiert die Münchner Freiheit am gleichnamigen, traditionsreichen Platz in München-Schwabing. Die Münchner Freiheit ist ein Spezialveranstalter für perfekt organisierte Reisen auf BMW Motorrädern und lässt auf unterschiedlichsten Touren die Freiheit auf zwei Rädern spüren.

Zur Verfügung steht eine anspruchsvolle Flotte von BMW Motorrädern und auch die neuesten BMW Modelle kann der Interessent auf Short Trips oder Wochen-Touren kennenlernen.

Sorgfältig ausgewählte Fahrtrouten

Die Fahrtrouten sind sorgfältig recherchiert und ausgewählt, bestens organisiert und auf die unterschiedlichsten Fahrkenntnisse ausgerichtet. Unterwegs wird der Kunde von versierten Reiseleitern oder Instruktoren begleitet, denn Sicherheit und Fahrvergnügen stehen an erster Stelle. Deshalb hält man sich abseits der großen Verkehrswege, entdeckt Land und Leute, nimmt sich Zeit für Sehenswürdigkeiten und übernachtet dort, wo es gemütlich und romantisch ist, mal landestypisch, mal betont anspruchsvoll. Losgelöst vom Alltag, kann man bei den Reisetouren, die mindestens zwei, höchstens aber elf Tage dauern, einen faszinierenden Motorrad-Urlaub genießen - getreu dem Motto der Münchner Freiheit: Mehr sehen - mehr erleben.

Tagesetappen von bis zu acht Stunden

Teilnehmen kann jeder, der einen gültigen Führerschein (Modell der europäischen Gemeinschaft) der Klasse A besitzt sowie eine unterschriebene Haftungsausschluss-Erklärung vorlegt. Inhaber von ausländischen Führerschein sowie nicht im kompletten EU-Gebiet gültigen Führerscheinen müssen diesbezüglich ihre Teilnahme mit dem Veranstalter gesondert abklären. Außerdem dürfen die Teilnehmer selbstverständlich auch keinem aktuellen Fahrverbot unterliegen. Etwas Erfahrung im Umgang mit Motorrädern sollte vorhanden sein, denn es werden Tagesetappen von bis zu acht Stunden gefahren. Partner oder Partnerin fahren auf Wunsch als Sozia oder Sozia zum ermäßigten Preis mit. Bei allen Touren stehen die neuesten BMW Motorrad-Modelle zur Verfügung. Für Führerscheinhhaber der Klasse A beschränkt (bisherige Führerscheinklasse 1a) stehen auch Motorräder mit 25 kW (34-PS) bereit.

Ausstattung und Service

Alle Maschinen sind mit Motorradkoffern ausgestattet. Bei einigen Touren gibt es unterwegs die Möglichkeit, die Motorräder untereinander auszutauschen, um möglichst viele Modelle kennen zu lernen. Bei technischem Defekt wird das Motorrad abgeholt und dafür gesorgt, es möglichst innerhalb von 24 Stunden kostenlos zu ersetzen. Dies gilt allerdings nicht

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Angelo Di Lorenzo/Advantic GmbH:

Wirtschaftsförderung an praktischen Beispielen

Die Advantic GmbH wurde 1999 in Lübeck gegründet und ist Hersteller des Content-Management-System iKISS. Das System ist modular aufgebaut und zeichnet sich insbesondere durch eine leichte Bedienbarkeit aus.

Um neue Inhalte einzupflegen und zu veröffentlichen, benötigt der Anwender lediglich einen Internetzugang und den Microsoft Explorer. Es müssen keinerlei Client-Komponenten oder PlugIns installiert und erlernt werden. So können Sachbearbeiter jederzeit ohne HTML- oder Programmierkenntnisse neue Web-Inhalte erstellen. Die Software findet insbesondere bei Kommunen im gesamten Bundesgebiet großen Anklang.

So hat sich beispielsweise der Betreiber des Virtuellen Marktplatzes Pfaffenhofen „www.paf-24.de“ für das Produkt iKISS entschieden. Mit Hilfe dieses Content-Management-Systems, das auch speziell die Belange der öffentlichen Verwaltung unterstützt, wird der virtuelle Internet-Marktplatz für den Landkreis Pfaffenhofen noch übersichtlicher und informativer gestaltet.

Virtueller Marktplatz Pfaffenhofen

Das Internetportal www.paf-24.de des virtuellen Marktplatzes Pfaffenhofen fasst unterschiedliche innovative Dienstleistungsangebote zusammen und fungiert als Verteilerplattform zwischen Anbietern und Nachfragenden. Alle Informationsangebote des Virtuellen Marktplatzes wie das Gesundheitsportal, die Direktvermarkterdatenbank, die Existenzgründerseite oder der Shop mit Spezialitäten aus der Hollerdaun werden Stück für Stück in das neue System integriert. Neben einem breiten Informationsangebot versorgt die Plattform Kunden, Unternehmen und Kommunen in der Region mit umfangreichen Dienstleistungen in den Bereichen Beratung, Projektmanagement und Webdesign.

Content-Management-System iKISS

Als erster Landkreis in Bayern entschloss sich am 10. Oktober 2001 Schwandorf für das Content-Management-System iKISS zur Erstellung seines Internetauftrittes und nutzt dieses bereits seit der Onlineschaltung am 2. Mai 2002. Im Hauptsystem des Landkreises Schwandorf wurde als Subsystem die Verwaltungsgemeinschaft Oberviechtach mit deren Mitgliedsgemeinden integriert. Als weitere Subsysteme sind die Städte Maxhütte-Haidhof, Markt Wernberg-Köblitz und Teublitz, die Verwaltungsgemeinschaft Wackersdorf sowie das Tourist-Info-Zentrum Schwandorf hinzugekommen. Die Verwaltungsgemeinschaft Oberviechtach hat am 9. August 2002 als erste dieser Verwaltungen ihr kommunales Webangebot online geschaltet.

Durch den Einsatz des Content-Management-System iKISS haben die am System teilnehmenden Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften optimale Startbedingungen auf dem Weg zur innovativen Verwaltung. **DK**



Dr. Markus Jodl, Pressesprecher von T-Mobile, am Stand des Marktführers.

Robert Wagner/T-Mobile:

Zukunftstechnologie UMTS

UMTS bedeutet für den Marktführer T-Mobile Wachstum durch Evolution, erläuterte Robert Wagner. UMTS sei ein technischer Baustein, der es neben der Videotelefonie ermöglicht, u.a. Fotos und Videos zu verschieben, für sichere E-Mails zu sorgen und einen schnellen Internetzugang zu gewährleisten. T-Mobile-Anwendungen, so Wagner, werden auf Kundenbedürfnisse maßgeschneidert.

Mobile Datendienste verändern die Gewohnheiten. Mobile PC's beispielsweise verfügen über ein integriertes Mobiltelefon, d.h. es ist keine Verbindung zu einem separaten Endgerät nötig. Sogenannte t-zones garantieren ein mobiles Infotainment. E-Mail, Kalender und Internet sind auf dem mobilen Endgerät zu finden. Die Funktionalität wird permanent erweitert - Beispiel Navigare (mobile Navigationslösung). Der Ausbau evolutionärer Download- und Streaming-Inhalte wird die UMTS-Zukunft bestimmen.

Lizenzbedingungen als Eckdaten für UMTS-Ausbau

Als Eckdaten für den UMTS-Ausbau nannte Wagner folgende Lizenzbedingungen: 25% Bevölkerungsabdeckung bis Ende 2003, 50% Bevölkerungsabdeckung bis Ende 2005, „Multimediafähigkeit“, Dienstleistungen in freier Entfaltung und im freien Wettbewerb anbieten, jeweils eine unabhängige Infrastruktur aufbauen. Ausgelegt ist die Systemtechnik-Hardware für maximale Datenraten von 384 kbit/s.

Keine Kompromisse

Bei der UMTS-Einführung von T-Mobile werden laut Wagner keine Kompromisse eingegangen. Höchste Qualität werde gewährleistet durch eine

große UMTS-Netzstabilität, segment-spezifische Endgeräte und Dienste, größte Netzabdeckung sowie hohe Sicherheit bei Datenübertragungen. Heute bestehende T-Mobile Angebote seien auch mit UMTS verfügbar, möglich sei das Handover zwischen UMTS und heutigem Netz, der Fokus der UMTS-Versorgung richte sich zunächst auf Ballungsgebiete (z.B. München, Nürnberg, Augsburg) und „Hotspots“.

Test- und Pilotphase

Zur Zeit läuft eine großräumige Test- und Pilotphase. Anforderungen an eine Basisstation sind:

≪ sich möglichst im Zentrum des Versorgungsbereichs zu befinden

≪ die umliegende Bebauung geringfügig überragen

≪ am Zellrand auch innerhalb von Gebäuden gerade noch sicher versorgen

≪ mit möglichst kleiner Leistung arbeiten, um die Nachbarzellen nicht zu stören.

Regelmäßige Strukturen erforderlich

Fazit: Ein leistungsfähiges Mobilfunknetz erfordert regelmäßige Strukturen und schränkt die Spielräume bei der Standortwahl ein. Funktechnisch optimal positionierte Standorte reduzieren Gesamtmission und Standortzahl. **DK**



Bürgermeister Franz Meitinger, Corinna Göring, Brigitte Graef-Schregle und Zweiter Bürgermeister Gottfried Wenger (von links) gaben den Startschuss für den Internetauftritt der Gemeinde Mittelneufnach. Bild: Walter Kleber

Gemeinde Mittelneufnach:

Staudengemeinde im Internet

www.mittelneufnach.de bietet viel Wissenswertes / Startkapital vom Theaterverein

Mittelneufnach (wkl). Den offiziellen Startschuss für die Internet-Homepage der Staudengemeinde Mittelneufnach gaben dieser Tage Bürgermeister Franz Meitinger und sein Stellvertreter Gottfried Wenger. Bereits vor zwei Jahren hatte der Gemeinderat den Beschluss gefasst, die 1100-Einwohner-Gemeinde in der südwestlichsten Landkreisecke an die weltweite Datenautohahn anzuschließen.

Nach ausgiebigen Vorarbeiten war es jetzt soweit: Die Homepage www.mittelneufnach.de wurde ins Internet eingestellt. Weil der Gemeinderat für das Projekt Internet äußerste Sparsamkeit verordnet hatte, steuerte der örtliche Theaterverein aus dem Erlös einer Kabarett-Veranstaltung das Startkapital bei. Weitere Einnahmen versprechen sich die Gemeindeväter von den Einträgen der ansässigen Firmen, die mit einer attraktiven Sonderkondition (20 Euro für fünf Jahre) gelockt werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, als Sponsor aufzutreten und dafür auf einer eigenen Sponsorentafel erwähnt zu werden.

Profi-Partner

Mit der Erstellung der Seiten und des ansprechenden Designs war die in Ettringen ansässige Firma Computent betraut, die bereits mit viel Fingerspitzengefühl für den Internetauftritt der Regionalentwicklung Stauden (RES), www.diestauden.de, verantwortlich zeichnete. Mit den Mittelneufnacher Internetseiten betrat die Unterallgäuer Firma, die bereits für diverse Firmen und Unternehmen in Sachen Homepage tätig war, Neuland: Erstmals wurde in der Ettringer Internet-„Schmiede“ ein kommunaler Auftritt auf den Weg gebracht. Computent-Geschäftsführerin Corinna Göring und Web-Designerin Brigitte Graef-Schregle waren deshalb mit dabei, als die Bürgermeister Meitinger und Wenger mit dem symbolischen ersten „Klick“ das Internetzeitalter für die Staudengemeinde eröffneten.

Historisches Portal

Die Startseite zeigt das historische Portal des ehemaligen Mittelneufnacher Schlosses, in dem heute die Forstverwaltung untergebracht ist. Durch dieses schicke Portal betritt der virtuelle Besucher die online-Welt von Mittelneufnach. Unter dem Button „Unser Dorf“ finden sich interessante Beiträge zu den Themen Gemeinderat, Geschichte, Kindergarten, Vereine und über den Gemeindegeld Reichtshofen. Im Stenogrammstil werden zudem wichtige kommunale Einrichtungen - von der Wasserversorgung über das Gemeindezentrum bis hin zu den Feuerwehren, der Staudenbahn und zur Gemeindepartnerschaft mit Nuillé-sur-Vicoin in Frankreich - erläutert. Klickt der Besucher auf den Button „Unsere Heimat“, so erfährt er alles rund

um die Flurbereinigung, die in Mittelneufnach kurz vor dem Abschluss steht.

Gästeseiten

„Für unsere Gäste“ ist eine weitere Rubrik überschrieben, die mit Informationen über die örtliche Gastronomie, Übernachtungsmöglichkeiten, lokale Sehenswürdigkeiten und einer Anfahrtskizze aufwartet. Tipps für ausgedehnte Wander- und Radtouren durch die stimmungsvolle Staudenlandschaft rund um Mittelneufnach und Reichtshofen runden das Freizeitangebot für Urlauber und Tagesausflügler ab.

Fotoimpressionen über idyllische Winkel zu allen Jahreszeiten sowie ein umfangreicher Terminkalender („Schwarzes Brett“) mit allen wichtigen Veranstaltungen der Vereine, der Gemeinde und der Kirche vervollständigen das interessante

Rocom Informationstechnik GmbH:

Softwarelösungen für das Sozialwesen

Seit nunmehr 10 Jahren entwickelt die Rocom GmbH, Riedering bei Rosenheim, Softwarelösungen für das Sozialwesen. Als Systemhaus konzentrieren sich ihre Stärken auf Konzeption, Software-Ergonomie und Informatik-Spezialwissen.

„PC-Betreuung Behörde“ wurde speziell für das Aufgabengebiet der Betreuungsbehörden entwickelt. Mit integrierter Aufgabenliste vom Gericht lassen sich alle relevanten Aufgaben, z.B. Sachverhaltsmittlungen, Sozialberichte usw. gezielt und effizient bearbeiten. Durch die integrierte Word-Schnittstelle können sämtliche Daten aus PC-Betreuung Behörde per Mausclick in Word weiterverwendet werden. Eine doppelte Erfassung entfällt.

Sämtliche Informationen lassen sich über ein Reporting-Modul komfortabel auswerten und ggf. nach Excel exportieren. So können z.B. „alle ehrenamtlichen Betreuer, die in den letzten drei Monaten eine Betreuung übernommen haben“ herausgefiltert und als Serienbrief für eine Veranstaltung angeschrieben werden.

Die wichtigsten Leistungsmerkmale im Überblick:

- ≪ Elektronische Aufgabenliste
- ≪ fristgerechte Bearbeitung der Anfragen
- ≪ Elektronische Akte - automatische Ablage der Dokumente beim Klienten

Niederbayerischer Städtetag:

IT-Kostenoptimierung durch Outsourcing

„IT-Kostenoptimierung durch Outsourcing, kommunale Zusammenarbeit und durch den Einsatz von Open-Source-Software“ lautete das Thema einer Sonderbezirksversammlung des Bayerischen Städtetages für Niederbayern in Straubing. Bürgermeister und EDV-Beauftragte von kreisangehörigen und kreisfreien Städten aus dem niederbayerischen Raum ließen sich von Fachleuten über die verschiedenen Möglichkeiten, auf dem IT-Sektor Geld zu sparen, informieren.

Straubings Oberbürgermeister Reinhold Perlak betonte einig, dass moderne Informati-

ons- und Kommunikationstechnologien in den Rathäusern der Städte zu unverzichtbaren Hilfsmitteln bei der Bewältigung der täglichen Arbeit geworden seien. Ohne funktionierende Informationsverarbeitung könne keine Stadt ihre Geschäftsprozesse kostengünstig und effizient abwickeln.

Einsparpotenziale

Bisher habe jede Stadt für sich Hard- und Software-Systeme eingekauft, ihr Dienstgebäude vernetzt, Internet- und e-Mail-Zugänge etabliert, einen kommunalen Auftritt im Internet geschaffen und eigenes IT-Fachpersonal zur Betreuung der technischen Umgebung und der Endanwender beschäftigt. Das Investitionsvolumen für diese Infrastruktur belaufe sich allein bei den niederbayerischen Kommunen auf eine siebenstellte Summe. Deshalb sei es gerade für Verwaltungschefs be-

Werner Popp/AKDB:

Das Neue Kommunale Finanzwesen in Bayern

Die Innenministerien von NRW, Hessen und Niedersachsen bereiten laut Werner Popp, Leiter Entwicklung Finanzwesen (OK.FIS), die Erweiterung der GemHVO für die Einführung der Doppik vor (zwingend mit Übergangsfristen). Weitere Länder arbeiten an der gesetzlich normierten Einführung einer erweiterten Kameralistik. Für Bayern hat sich das BStMI für das sog. Optionsmodell entschieden. Entsprechende Verordnungen sind für Ende 2004 angekündigt.

Als Eckpunkte der Reformbewegung im Bereich Finanzwesen nannte Popp: Unterstützung der Budgetierung, eine zeitgemäße Haushaltsgliederung umsetzen, Steuerung durch Leistungsvorgaben verbessern, Umsetzung des Ressourcenverbrauchsmodells, Zuordnung von Ressourcen zu Leistungen, Vollständige Abbildung von Vermögen und Schulden, einen systemkonformen Buchungsstil einführen, Basis für Berichtswesen und Controlling verbessern, Steuerung der Beteiligungen integrieren, Vereinheitlichung des Rechnungswesens im „Konzern Kommune“, ein modernes Finanzmanagement für die Zukunft schaffen.

Abbildung des Ressourcenverbrauchs

Die Erwartungen an ein neues Rechnungswesen auf doppischer Basis sind Popp zufolge: Abbildung des gesamten Ressourcenverbrauchs, Darstellung des Vermögens der Gebietskörperschaft, Beendigung der „Fragmentierung“ des Rechnungswesens. Wesentliche Ziele sind Planung (politische Entscheidungsfindung), Steuerung (durch die Verwaltungsleitung sowie Dokumentation (umfassende Information über das Finanzgebaren für die Öffentlichkeit).

Befragung über Vorteile

Eine Befragung der Kämmerer aller Kommunen Nordrhein-Westfalens im August 2002 durch Mummert+Partner hat folgende Ergebnisse ergeben: 70% sehen die Vorteile des Rech-

nungswesens auf doppischer Grundlage in der Förderung der Mittelfristorientierung durch die Darstellung des Ressourcenverbrauchs, 73 % in der Erleichter-

Gemeinsame Nutzung

Mit der gemeinsamen Nutzung eines Anschlusses an das Bayerische Behördennetz durch die Stadt Straubing, die Landkreiskommunen und das Landratsamt Straubing-Bogen sei ein bayernweit einmaliges Modell auf den Weg gebracht worden, erklärte Perlak. Die technischen Komponenten seien am Landratsamt gebündelt. Die Systemtechnik erreicht durch die gemeinsame Nutzung einen effizienteren Auslastungsgrad und setze damit bei allen Beteiligten nachhaltige Synergieeffekte frei. Mit der gemeinsamen Lösung spare die Stadt Straubing im Nutzungszeitraum von fünf Jahren rund 33.500 Euro im Vergleich zu einem eigenen Behördennetzanschluss.

Richard Mayer von der AKDB-Geschäftsstelle München erklärte, das Auslagern von Teilaufgaben an externe Partner stelle eine mögliche Variante dar. Auch öffentlich-rechtliche Institutionen wie die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern böten Outsourcing-Dienstleistungen an. **DK**

SYSTEMS 2003:

Public-Komplettangebot

Im Kommunalen Lösungszentrum der SYSTEMS 2003, in der Neuen Messe München, werden Anwendungen speziell für den kommunalen Bereich präsentiert. Software- und Systemhäuser, die sich auf Systeme für den kommunalen Sektor spezialisiert haben, zeigen in der eGovernment Area in Halle A1 vom 20. bis 24. Oktober ihr Leistungsspektrum.

Hierzu zählen insbesondere folgende Anwendungsfelder: Bürgerinformationssysteme, Einwohnerwesen, Finanzwesen, Grundstücks- und Liegenschaftsverwaltung (GLS) und Personalwesen.

Im Workflow-Demozentrum für innovative Verwaltung werden anspruchsvolle Szenarien für das elektronische Dokumenten- und Wissensmanagement vorgestellt. Führende Anbieter präsentieren Produkte, die zur Vereinfachung der Interaktion zwischen Verwaltung und Bürger, zwischen Verwaltung und Wirtschaft sowie innerhalb der Verwaltung beitragen. Interessenten erhalten so einen wertvollen Einblick in das umfangreiche Leistungsspektrum und finden Best-Practice-Beispiele aus den Anwendungsbereichen Aus- und Weiterbildung, Content Management, Dokumentenmanagement/Workflow, eProcurement/elektronische Ausschreibung, Personalmanagement/Controlling, Geo-Informationssysteme, Katastrophenschutz, Personalmanagement und webServices. **DK**

Die Innenministerien von NRW, Hessen und Niedersachsen bereiten laut Werner Popp, Leiter Entwicklung Finanzwesen (OK.FIS), die Erweiterung der GemHVO für die Einführung der Doppik vor (zwingend mit Übergangsfristen). Weitere Länder arbeiten an der gesetzlich normierten Einführung einer erweiterten Kameralistik. Für Bayern hat sich das BStMI für das sog. Optionsmodell entschieden. Entsprechende Verordnungen sind für Ende 2004 angekündigt.

R-zwo-R GmbH:

Maßgeschneiderte Beratung und Dienstleistungen

Die R-zwo-R GmbH, ein mittelständisches IT-Systemhaus bzw. IT-Systemintegrator mit Sitz in Rohrdorf, wurde im Jahr 2002 als Spin-off gegründet. Alle Mitarbeiter haben langjährige Erfahrung in der IT-Branche.

Consultants und Systemingenieure beobachten ständig den Markt, informieren sich über neue Produkte und Trends und werden permanent auf dem neuesten Stand der Technik ausgebildet. Sie helfen dem Kunden, neue Trends frühzeitig zu erkennen und zu nutzen, strategische Entscheidungen richtig zu fällen, Geschäftsprozesse in IT-Strukturen abzubilden, den maximalen Nutzen aus den Systemen zu ziehen, Systeme sicher und anwenderfreundlich zu gestalten, die permanente Verfügbarkeit zu gewährleisten.

Behördenkunden

Zu den Kunden des Systemhauses zählen vorwiegend mittelständische Firmen, Großunternehmen und Behörden aus dem gesamten deutschsprachigen Raum. Dabei ist die partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit sehr wichtig. Die langjährige Erfahrung im Bereich der IT-Security und bei den Produkten von Sun Microsystems ermöglicht es,

Projekte kompetent und fachgerecht abzuwickeln.

Beratung für SunONE

Ein Spezialgebiet der R-zwo-R GmbH ist die Beratung bei der Einführung von SunONE Software und die Migration von Microsoft Office auf StarOffice. Ausgesuchte Mitarbeiter mit einem hohen Maß an Spezialwissen stehen hierbei zur Verfügung. Von der Planung bis hin zur Umsetzung und der Schulung der Mitarbeiter steht die R-zwo-R GmbH dem Kunden beratend und begleitend zur Seite.

Auch berät das Systemhaus kompetent bei der Dimensionierung und Auswahl der Hardware-Komponenten. Dabei wird großer Wert auf qualitative hochwertige, zuverlässige Produkte, individuelle und kundenorientierte Konzepte sowie Investitionsschutz für die Zukunft gelegt. Dem Kunden wird ein umfangreiches Know-how in der Implementierung und Integration sowie bei Installation und Konfiguration angeboten. **DK**

Expertentagung des Bayerischen Städtetags:

Windows oder Linux - keine „Glaubensfrage“

Viele Städte warten auf Erfahrungen aus München und Schwäbisch Hall
Münchner Entscheidung nicht ohne weiteres übertragbar

Nach der Vorentscheidung der Landeshauptstadt München, künftig bei den PC-Arbeitsplätzen Open-Source-Software einzusetzen, stellt sich für viele Kommunen die Frage, wie sie reagieren sollen. Eine Expertentagung des Bayerischen Städtetags zeigte, dass die Entscheidung für Windows oder Linux nicht pauschal, sondern nur unter Abwägung der Verhältnisse vor Ort getroffen werden kann.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt hatte Ende Mai entschieden, künftig bei ca. 14.000 PC-Arbeitsplätzen nicht mehr Microsoft, sondern OpenSource-Produkte einzusetzen. Der bekannteste Vertreter dieser Softwaregruppe ist das Betriebssystem Linux. Für viele Städte stellt sich die Frage, ob sie dem Beispiel der Landeshauptstadt München folgen sollen.

Um die Thematik von verschiedenen Seiten zu beleuchten und den Städten Entscheidungshilfen zu geben, veranstaltete die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management zusammen mit dem Bayerischen Städtetag eine Informationstagung. Dabei erläuterte Christel Marquardt vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) einige Grundbegriffe von OpenSource-Software. Entscheidend war die Aussage, dass OpenSource nicht gleichbedeutend mit kostenlos sein muss. Vor allem im professionellen Einsatz - z.B. in Behörden - wird eine kostenpflichtige Unterstützung durch Firmen und eine garantierte Weiterentwicklung der Produkte erforderlich sein. Damit ist ein Ziel des Einsatzes von OpenSource-Software, nämlich eine Kosteneinsparung gegenüber kommerzieller Software, nur eingeschränkt zu erreichen.

Die reinen Lizenzkosten machen bei einer Umstellung ohnehin nur etwa 10 Prozent aus. Einsparmöglichkeiten und eine höhere Sicherheit waren die Gründe, warum sich die Stadt Schwäbisch Hall zu Gunsten von OpenSource entschieden hat. Horst Bräuner, Mitarbeiter der Stadtverwaltung, teilte mit, dass derzeit die Arbeitsplätze umgerüstet werden. Ab 2004 soll auf allen PCs der Stadt freie Software

eingesetzt werden. Dr. Stefan Werden von der SuSE Linux AG in Nürnberg machte deutlich, dass eine Weiterentwicklung der OpenSource-Produkte in Zusammenarbeit mit professionellen Partnern gewährleistet ist. Die Landeshauptstadt München hat im Vorfeld ihrer Entscheidung eine umfangreiche Studie durch die Firma Unilog Integrata erstellen lassen. Vertreter der Firma, Dr. Kliese und Schmaderer erläuterten, dass die Microsoftvariante gegenüber der OpenSource-Lösung bei Berücksichtigung aller Kosten geringfügig günstiger wäre.

Strategische Überlegungen ausschlaggebend

Letztendlich gaben in München qualitativ-strategische Überlegungen den Ausschlag. Nicht übersehen werden darf auch, dass für München ganz andere Rahmenbedingungen gelten als für die meisten anderen Städte. Die Stadt hat keine Microsoftprodukte im Serverbereich eingesetzt. Norman Heydenreich kommentierte aus der Sicht von Microsoft die Münchner Entscheidung mit den Worten, dass es sich „um eine politische Entscheidung gehandelt hat“. Die wirtschaftlichen Fakten hätten für Microsoft gesprochen. Markus Hofmann von der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (AKDB) erklärte, dass momentan von AKDB-Kunden noch kein Druck zum Einsatz von OpenSource-Software zu spüren sei. Allerdings sei die AKDB durch den Einsatz entsprechender Entwicklungswerkzeuge auf diese Systemplattform vorbereitet. Die Tagung zeigte deutlich, dass die Entscheidung für Windows oder Linux keine Glaubensfrage ist. Sie muss je-

weils individuell nach Anforderungen und der Ausgangslage vor Ort getroffen werden. Die Münchner Entscheidung hat allerdings eine rege Diskussion ausgelöst und Bewegung in die bisher weitgehend einheitliche Softwareszene gebracht. Das kann für die Städte und Gemeinden nur vorteilhaft sein. Auch ein marktherrschendes Unternehmen wie Microsoft muss auf die neue Situation mit flexiblen Angeboten reagieren. Vorläufig werden die meisten Kommunen abwarten, wie sich der Markt entwickelt und welche Erfahrung die Landeshauptstadt und Schwäbisch Hall auf ihrem Weg in die Welt



Aufmerksame Zuhörer beim Vortrag von Ingo Rudolph.

Ingo Rudolph/AKDB:

eGov zum Anfassen

Praktische Beispiele aus den Bereichen eMeldewesen und Bau-GIS demonstrierte Ingo Rudolph, AKDB München. Zu den zahllosen Lösungen des Softwarehauses gehört die Zentrale Melderegisterauskunft ZEMA, ermöglicht durch die Novellierung des Melderechts.

Basierend auf den melderechtlichen und datenschutzrechtlichen Grundlagen bietet die AKDB mit dem neuen Produkt ZEMA die Möglichkeit, über ein einheitliches bayernweites Internet-Portal Abfragen aus den zentralen Einwohnerdatenbeständen im Rechenzentrum der AKDB vorzunehmen.

Die Datenbestände in diesem Rechenzentrum, die derzeit über 10 Mio. Einwohner umfassen und aus den aktuellen Melderegistern der Gemeinden gespeist werden, sind seit vielen Jahren die Basis für eine Reihe von gesetzlich geregelten Datenübermittlungen wie z.B. dem automatisierten Abfrageverfahren der Polizei nach § 8 der Bayerischen Meldedaten-Übermittlungsverordnung. Die Datenbestände bieten der AKDB die Möglichkeit, die Online-Melderegisterauskunft schnell, sicher und flächendeckend - sowie für alle Nutzer und die Kommunen - wirtschaftlich bereitzustellen.

ZEMA ist eine Anwendung für registrierte Nutzer, die einfache Melderegisterauskünfte regelmäßig und in größerem Umfang in Anspruch nehmen. Hierzu zählen sog. Power-User wie z.B. Inkassodienste, Versandhäuser, Versicherungen, usw., aber auch Behörden, Organisationen und sonstige Einrichtungen. Power-User können ebenso wie Bürger von der einfachen Handhabung profitieren. Die Kommunen dürfen steigende Einnahmen ohne zusätzliche Personal- und Sachkosten erwarten. Ein Kostenvergleich unter www.egovkommune.de mit eigenen Nutzerzahlen zeigt die Wirtschaftlichkeit.

Auch mit den neuen internetfähigen Anwendungsvarianten OTS BAUweb, TERAwin und w3GIS ist ein wichtiger Schritt hin zur praktischen Einführung

außerhalb von Microsoft machen.

OpenSource-Software

Bei OpenSource-Software handelt es sich um freie Software, d.h. der Quellcode ist für jedermann frei verfügbar und kann selbst weiterentwickelt werden. Häufig geschieht dies durch „Freizeitprogrammierer“, die aus Idealismus Software entwickeln. Der Austausch des Quellcodes erfolgt oft über das Internet. Lizenzkosten fallen nicht an. Das bekannteste Produkt ist Linux. Im professionellen Umfeld, wo eine Nachhaltigkeit gewährleistet werden muss, wird OpenSource-Software von Firmen angeboten und hierfür Unterstützung gewährt. Dabei fallen entsprechende Kosten an. Das Gegenteil von OpenSource-Software ist kommerzielle Software. Diese wird gegen Lizenzkosten vertrieben. Der Quellcode ist nicht frei verfügbar. Der weltweit größte Anbieter von kommerzieller Bürosoftware ist Microsoft (Windows, Word, Excel).

Indische IT-Unternehmen auf dem Vormarsch in .de

Bis 2008 gehen bis zu 20 Prozent deutscher IT-Budgets nach Indien

Durch Offshore-Outsourcing werden indische Unternehmen bis zum Jahr 2008 bis zu 20 Prozent der IT-Budgets der deutschen Großunternehmen erobern. Das entspricht einem Umsatzpotenzial für indische IT-Unternehmen von bis zu 14 Mrd. Euro im Jahr. Dies geht aus einer von der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Deloitte & Touche <http://www.deloitte.com> durchgeführten Studie hervor. Demnach steht die deutsche IT-Landschaft unmittelbar vor einer tiefgreifenden strukturellen Veränderung: Durch die Auslagerung von IT-Aufgaben in Niedriglohnländer wie beispielsweise Indien sollen Kosten gespart werden.

In Indien verfügen IT-Unternehmen über äußerst erfolgreiche Unternehmenskennzahlen, mit denen sich europäische Unternehmen nicht messen können. Umsatz- und Gewinnwachstum in Höhe von 25 Prozent, Umsatzrenditen von 28 Prozent und Marktkapitalisierung in der Relation des achtfachen Umsatzes sind dort realistische Kenngrößen. Firmen wie WIPRO, Infosys und andere große indische IT-Unternehmen verzeichnen ein rasantes Umsatzwachstum bei hoher Profitabilität. Gleichzeitig werden sie an der Börse mit acht-fachem Umsatz bewertet.

Große Erwartungen

Indische Unternehmen verbinden der Studie zufolge hohe Erwartungen mit dem deutschen Markt. Fast alle befragten indischen IT-Unternehmen versprechen sich hohe Wachstumschancen im deutschen Markt und planen derzeit aktiv Strategien bezüglich eines Markteintritts. Indische Unternehmen exportieren mittlerweile Dienstleistungen im Wert von zehn Mrd. Dollar in die USA, einige von ihnen sind bereits NASDAQ oder NYSE gelistete Unternehmen.

Hohe Wachstumschancen

Mit den hohen Börsenbewertungen indischer Unternehmen einhergehend ist die hohe Erwartungshaltung der Investoren, die an hohe Wachstumsraten gewöhnt sind. Um das Wachstum beizubehalten, versuchen die Investoren nun, bisher nahezu unerschlossene Märkte wie

Deutschland aktiv und aggressiv zu bearbeiten. Der deutsche Markt bietet als größter IT-Markt in Europa sehr hohe Wachstumschancen. So gibt es allein in Deutschland 167 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Mrd. Euro. Durchschnittlich geben Unternehmen 3,4 Prozent des Umsatzes für IT aus.

Zentrales Thema Outsourcing

Der Studie zufolge ist für 71 Prozent von Deutschlands größten Unternehmen der IT-Branche Outsourcing das Thema mit zentraler Bedeutung. Obwohl die meisten der befragten Unternehmen bisher noch keine Erfahrungen mit indischen Unternehmen gemacht haben, sind sie gegenüber einer künftigen Kooperation mit indischen Unternehmen sehr aufgeschlossen. Die Mehrzahl verspricht sich Kostensenkung durch Outsourcing zwischen zehn und 20 Prozent.

Übernahmen zu erwarten

Indische IT-Unternehmer ihrerseits verfolgen konsequent verschiedene Strategien hinsichtlich eines Markteintritts in Deutschland. „In den nächsten Jahren werden zahlreiche Übernahmen deutscher IT-Unternehmen durch indische durchgeführt werden. Auch IT-Abteilungen von Großunternehmen, die bisher intern organisiert waren, sind davon betroffen“, erläutert Andreas Pohl, Geschäftsführer bei Deloitte & Touche Corporate Finance.

Passwort-Klau durch Lücke im Internet Explorer

Heise berichtet am 25.09.2003: Auf den Mailinglisten Full Disclosure und Bugtraq wurden mehrere Vorfälle gemeldet, die über Angriffe von Webseiten gegen Anwender berichten.

Durch eine ungepatchte Sicherheitslücke im Internet Explorer kann ein Angreifer mit manipulierten HTML-Dokumenten beliebige ausführbare Dateien (.exe, .vbs) auf den PC des Anwenders laden und ausführen. Dazu reicht es bereits aus, die manipulierte Webseite im Internet Explorer anzusehen (siehe dazu auch: Internet Explorer lädt und startet beliebige Programme).

Fingierte Mails

In einigen Fällen sollen AOL-Benutzer mit fingierten Mails auf eine Webseite gelockt worden sein, die anschließend ein VB-Skript auf dem PC installierte und startete, um Benutzername, Passwort und Buddyliste des AOL Instant Messengers auszuspähen. Auf den Webseiten von Spammern finden sich ebenfalls derartige Exploits, um PCs anzugreifen. Auf dem Rechner des Anwenders wird der Windows Media Player überschrieben oder unter C:\ finden sich Dateien wie „l.exe“ und „2.exe“. Ersten Hinweisen zufolge gibt es bereits 0190-

Dialer, die sich auf diese Weise im PC einnisten können.

Frei verfügbarer Code im Internet

Der Code zum Programmieren solcher Exploits ist frei im Internet verfügbar. Daher ist damit zu rechnen, dass demnächst eine große Zahl von Webseiten im Internet präsent sein werden, die versuchen, diese Sicherheitslücke im Internet Explorer auszunutzen. Anwender sollten sich genau darüber im Klaren sein, welche Webseiten sie besuchen.

Kein 100%iger Schutz

Da im Moment kein Patch verfügbar ist, hilft das Abschalten von Active Scripting und ActiveX. Allerdings nur beim IE in der Version 6, bei älteren Versionen funktioniert der Angriff dennoch. Personal Firewalls und Antivirenprogramme können den Angriff zwar erkennen und unterbinden, dies ist jedoch kein hundertprozentiger Schutz, da die Exploits sehr stark variieren.

Deutsche Unternehmen überwachen jeden dritten Arbeitnehmer

Jeder zweite Mitarbeiter hat dafür Verständnis

Hamburg - Die Arbeitsplätze von mehr als einem Drittel der deutschen Arbeitnehmer werden von den Chefs überwacht. Zwei von drei Internetnutzern haben jedoch mit ihrem Arbeitgeber keine betriebliche Vereinbarung über die private Online-Nutzung. Das ergab eine aktuelle Online-Trendumfrage von Mummert Consulting und dem IT-Dienstleister inworks <http://www.inworks.de> sowie die mit der Informationweek <http://www.informationweek.de> von Mummert Consulting erarbeitete Studie „IT-Security 2003“. <http://www.informationweek.de/index.php3?studien/studien.htm>

Der Studie zufolge hat fast jeder zweite Mitarbeiter (44 Prozent) Verständnis für die Nutzung von Überwachungsprogrammen durch den Arbeitgeber. Problematisch ist jedoch, wenn es zum Streit, beispielsweise aufgrund zu langer privater Internetnutzung, kommt, da ohne Betriebsvereinbarung die Rechtslage unklar ist. Hier steht das Persönlichkeitsrecht des Mitarbeiters gegen das Arbeitgeberinteresse an ordnungsgemäßer Erfüllung der Arbeitsaufgaben und dem Schutz der Unternehmensdaten.

Sensibilisierung durch Virenangriffe

Durch die aktuellen Viren- und Wurmangriffe sind die Unternehmen sensibler geworden, wenn es um die private Internetnutzung geht. 47 Prozent aller Sicherheitsverletzungen in Unternehmen wurden im vergangenen Jahr durch Viren, Würmer oder Trojanische Pferde verursacht. Die Hälfte der Unternehmen macht Computerhacker dafür verantwortlich, 41 Prozent haben zudem auch eigene Mitarbeiter unter Verdacht. Als Folge davon kontrollieren immer mehr Firmen die Surfgeohnheiten ihrer Angestellten durch spezielle Programme. Allein der Umsatz mit Filterprogrammen, die den Zugriff auf bestimmte Webseiten überwachen und sperren, wird bis 2007 weltweit um rund 300 Prozent steigen, so die Studie.